



Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Wohlstand ohne Wachstum?

Joachim Wiemeyer

Wachstum – oberstes Ziel der Wirtschaft?

Hervé Pierre Guillot

Wie lassen sich Lebensqualität und Wohlstand messen?

Johannes Hirata

Glücksforschung und Wirtschaftspolitik

Michael Schramm

Befähigung zum Gedeihen

Axel Bohmeyer, Christian Spieß

Zu drei sozialetischen Impulspapieren der Deutschen Bischofskonferenz

Sozialinstitut Kommende Dortmund
3/2011



Impressum

5. Jahrgang 2011 Heft 3

Herausgeber

Prälat Dr. theol. Peter Klasvogt, Dortmund

Sozialinstitut Kommende

Prof. Dr. Markus Vogt, München

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Bochum

Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethiker

Prof. Dr. Peter Schallenberg, Mönchengladbach

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Stefan Lunte, F-Bresson/B-Brüssel

Redaktion

Dr. phil. Dr. theol. Richard Geisen (Kommende, Dortmund)

Dipl.-Theol. Detlef Herbers (Kommende, Dortmund)

Dr. phil. Wolfgang Kurek (KSZ, Mönchengladbach)

Konzept Schwerpunktthema

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

Redaktionsanschrift

Sozialinstitut Kommende, Redaktion Amosinternational,

Brackeler Hellweg 144, D-44291 Dortmund

Mail redaktion@amosinternational.de

Internet amosinternational.de

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich

(Februar, Mai, August, November)

ISSN 1867-6421

Verlag und Anzeigenverwaltung

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 31

Anzeigen: Petra Landsknecht, Tel. (0251) 69 01 33

Anzeigenschluss: am 20. vor dem jeweiligen Erscheinungsmonat

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Münster

Bezugsbedingungen

Preis im Abonnement jährlich: 49,80 €/sFr 85,-

Vorzugspreis für Studenten, Assistenten, Referendare:

39,80 €/sFr 69,20

Einzelheft: 12,80 €/sFr 23,30; jeweils zzgl. Versandkosten

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Abonnements gelten, sofern nicht befristet, jeweils bis auf Widerruf.

Kündigungen sind mit Ablauf des Jahres möglich, sie müssen bis

zum 15. November des laufenden Jahres eingehen.

Bestellungen und geschäftliche Korrespondenz

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 36

Druck

Druckhaus Aschendorff, Münster

Printed in Germany

Umschlaggestaltung

freistil – Büro für Visuelle Kommunikation, Werl



Editorial	<i>Peter Schallenberg (Mönchengladbach)</i> Perspektivwechsel Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Joachim Wiemeyer (Bochum)</i> Wachstum – oberstes Ziel der Wirtschaft? Anfragen aus der Sicht kirchlicher Sozialverkündigung	3
	<i>Hervé Pierre Guillot SJ (Brüssel)</i> Wie lassen sich Lebensqualität und Wohlstand messen? Zu den Methoden und den Konsequenzen für die Europapolitik	11
	<i>Johannes Hirata (Osnabrück)</i> Glücksforschung und Wirtschaftspolitik Wachstum und Wohlstand unter neuer Perspektive	19
	<i>Michael Schramm (Hohenheim)</i> Befähigung zum Gedeihen Auf dem Weg zu integrativen Wirtschaftsindikatoren	30
	<i>Christian J. Matuschek (Warstein)</i> Trickle-down economics	28
Buchbesprechungen	Wohlstand ohne Wachstum	38
	Zauberformel Soziale Marktwirtschaft	39
	Global aber gerecht	41
	Jetzt die Zukunft gestalten!	42
	Theologischer Rationalismus und politische Rationalität im Gespräch	44
Vorgestellt	Digitale Mediengesellschaft – Nachhaltige Energieversorgung – Chancengerechte Gesellschaft Drei aktuelle Impulspapiere der Deutschen Bischofskonferenz, vorgestellt und kommentiert von <i>Axel Bohmeyer</i> und <i>Christian Spieß (Berlin)</i>	45
Der Überblick	Summaries	55
	Résumés	56
Impressum		U2



Peter Schallenberg

Die internationale Finanzmarktkrise genauso wie die Schuldenkrise im Euro-Raum und in den USA haben uns wieder in Erinnerung gerufen, dass die bloße Steigerung der auf dem Markt bewegten Kapital- und Gütermenge kein hinreichender Indikator für eine gute Wirtschaftsentwicklung ist. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Aussagekraft einzelner Wirtschaftsdaten und -zahlen ist begrenzt. So steigert bekanntlich jeder Verkehrsunfall das Bruttoinlandsprodukt, aber niemand wird behaupten wollen, dass darin ein nicht nur quantitatives, sondern auch qualitatives Wirtschaftswachstum liegt. Und was im Kleinen stimmt, gilt auch im Großen: Ein auf soliden realwirtschaftlichen Leistungssteigerungen basierendes Wirtschaftswachstum ist von einer anderen Qualität als ein durch billiges Geld erzeugter Boom, dessen trügerischer Glanz in den derzeitigen Erschütterungen ganzer Volkswirtschaften entzaubert wird.

Schon aus volkswirtschaftlicher Sicht gilt also, was aus ethischer Perspektive immer wieder betont werden sollte: Wirtschaftswachstum muss nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gemessen und bewertet werden. Das ist auch eines der Hauptanliegen von Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika *Caritas in Veritate*, wenn er von der Notwendigkeit eines ganzheitlichen Verständnisses von Entwicklung spricht. Damit erteilt der Heilige Vater dem in der Diskussion nach wie vor dominierenden reinen Ökonomismus und Institutionalismus eine klare Absage. Er betont, dass jede ökonomische Entwicklung, ja jede wirtschaftliche Handlungsentscheidung des Einzelnen eine moralische Qualität hat. Dass er damit

keineswegs als einsamer Rufer in der Wüste steht, zeigen die Beiträge zu dem Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes. Auch in den Wirtschaftswissenschaften gibt es neuerdings einen Diskurs darüber, welche anderen Indikatoren als das Bruttoinlandsprodukt existieren, um den Wohlstand und die Lebensqualität in einer Volkswirtschaft zu bestimmen. Quantität ist ein mathematisches Kriterium, Qualität dagegen eine explizit ethische Kategorie.

Perspektivwechsel

Der Ökonomismus hat lange Zeit auch die sozialpolitische Diskussion beherrscht. Der paternalistische Wohlfahrtsstaat des letzten Jahrhunderts hat als nahezu einziges Mittel zur Lösung sozialer Probleme die Alimentierung von sozial Benachteiligten betrieben. Dieses System sozialstaatlicher Umverteilung stößt allerdings seit geraumer Zeit an seine Grenzen. Trotz eines in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegenen Sozialbudgets wachsen die sozialen Unterschiede, und die breite Mittelschicht, die das System finanziert, stöhnt unter der dadurch bedingten Steuer- und Abgabenbelastung.

Mit ihrem neuen Impulstext *Chancengerechte Gesellschaft* versucht die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz einen Beitrag dazu zu leisten, diesen gordischen Knoten der Sozialpolitik zu lösen. Vorgeschlagen wird ein Perspektivwechsel, in dem der einzelne Leistungsempfänger nicht mehr als Objekt staatlicher Fürsorge wahrgenommen wird, sondern als selbstverantwortliches Subjekt, das auf dem Weg subsidiärer staatlicher Hilfe wieder befähigt werden soll, seine Eigenverantwortung auch wahrzunehmen. Soziale Gerechtigkeit versteht das Papier daher nicht primär als am Ideal sozia-

ler Gleichheit orientierte Verteilungsgerechtigkeit, sondern als Chancen-, Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit. Wenn wir unsere Rede von der Menschenwürde und den Menschenrechten ernst meinen, müssen wir die Freiheit respektieren. Aber aus Freiheit wird – außerhalb des Gartens Eden – notwendigerweise immer ein gewisses Maß an Ungleichheit resultieren. Zugleich verpflichtet uns die Menschenwürde aber darauf, dass wir niemanden aus den zentralen Lebensvollzügen der Gesellschaft ausschließen. Inklusion statt Exklusion ist hier das entscheidende Stichwort.

Völlig zu Recht betont die Kommission die herausragende Bedeutung der Bildungspolitik, die sich aus einem solchen Verständnis sozialer Gerechtigkeit ergibt. Der umverteilende Sozialstaat hat jahrzehntelang die Bildungspolitik als vorsorgende Sozialpolitik vernachlässigt. Dabei sind Investitionen in Bildung oftmals der einzige Weg, Kinder aus sozial benachteiligten Schichten vor einer lebenslangen Abhängigkeit von sozialstaatlicher Alimentierung zu bewahren. Es bleibt zu hoffen, dass diese auch von der Politik inzwischen erkannte Aufgabe trotz enger werdender Spielräume der staatlichen Haushalte angegangen wird. Selbst ausgeprägte „Ökonomen“ sollten erkennen, dass die finanziellen Aufwendungen für bessere Bildung durch eine stattliche soziale Rendite mehr als ausgeglichen würden. Und aus Sicht der Sozialethik ist der Weg der Bildung letztlich immer der Weg einer ganzheitlichen Ausbildung der Person und ihrer unverwechselbaren Persönlichkeit: Ausbildung des Gottesebenbildes nennt das Meister Eckart, und das ist bis heute ein Markenzeichen der christlichen Sozialethik.



Wachstum – oberstes Ziel der Wirtschaft?

Anfragen aus der Sicht kirchlicher Sozialverkündigung

Die kirchliche Sozialverkündigung steht einer reinen Wachstumsorientierung der Wirtschaft kritisch gegenüber. Ihrer Auffassung nach darf nicht das gesamte gesellschaftliche Leben von ökonomischem Denken und entsprechenden Verhaltensweisen dominiert werden, so dass geistig-kulturelle Werte zurücktreten und das Sozialkapital der Gesellschaft gefährdet wird. Eine gerechte Verteilung des Erwirtschafteten, ökologische Rücksichtnahme und Arbeitsbedingungen, die mit den Menschenrechten vereinbar sind, haben eine so hohe Bedeutung, dass für sie auch Wachstumseinbußen hinzunehmen sind. Auch Entwicklungsländer sollten ihre Entwicklung nicht allein nach technokratisch-ökonomischen Gesichtspunkten ausrichten.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion feierte 2010 der damalige liberale Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nach der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit den neuen Aufschwung in Deutschland als „Wachstum XXL“. Wachstum wird damit wieder als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik ausgegeben. Nicht nur in der Politik und in den Medien, sondern auch bei internationalen Vergleichen der ökonomischen Leistungsfähigkeit von Ländern durch Wirtschaftswissenschaftler und internationale Organisationen (z.B. Internationaler Währungsfonds) wird die Höhe des Wirtschaftswachstums als zentraler Indikator herausgestellt. Außerdem werden von vielen Beobachtern die anhaltend hohen Wachstumsraten in China und anderen Schwellenländern bewundert. Diese Wachstumsorientierung hat zur Konsequenz, dass sich die Politik einer undifferenzierten Wachstumsförderung verschreibt. Neben dem Wachs-

tumsziel spielen in der ökonomischen Betrachtung noch die Höhe der Arbeitslosigkeit und die Inflationsraten eine relevante Rolle.

Die jüdisch-christlichen Tradition distanziert sich von einer Verabsolutierung der Wirtschaft. Zum einen kommt dies zum Ausdruck durch das strenge Arbeitsverbot am Sabbat. Vor allem das lukanische Doppelwerk (Lukas-Evangelium, Apostelgeschichte) benennt die Gefahr, dass Menschen ihr Herz an die Anhäufung materieller Güter hängen und damit ihr wahres Lebensziel, das immer in einer lebendigen Beziehung zu Gott und den Mitmenschen besteht, verfehlen können. Das Armutsideal der Ordensgemeinschaften, in denen die einzelnen Ordensleute auf persönlichen Besitz verzichten, ist ein Zeichen, das alle Christen immer wieder erneut vor der Überbetonung materiellen Strebens warnt.

In der traditionellen Wirtschaft vor der Industriellen Revolution gab



Joachim Wiemeyer

es kaum wirtschaftliches Wachstum, das das Bevölkerungswachstum überstieg. Die Wirtschaft war stärker reguliert, z.B. durch Zünfte und Gilden, und man gab der Bedarfsdeckung gemäß der standesgemäßen Lebensführung der Bevölkerung den Vorrang vor einer Wachstumspolitik, die mehr Freiheit und damit auch Unsicherheit mit sich gebracht hätte. Die liberalen Reformen des späten 18. Jahrhunderts wie des 19. Jahrhunderts setzten Wachstumskräfte frei, die bis dahin in der Menschheitsgeschichte unbekannt waren. Mit Hilfe des Wirtschaftswachstums wurde es in westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften erstmals möglich, den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise deutlich über das lebensnotwendige Niveau hinaus anzuheben. Dies geschah dadurch, dass die neuen ökonomischen Freiheiten auch die Entfaltung der kreativen Fähigkeiten vieler Menschen ermöglichten, so dass diese in den Dienst der Gesellschaft gestellt



wurden. Bei steigendem Lebensstandard stieg somit die Bevölkerung zuerst in den Industrieländern. Später war dann auch ein Bevölkerungswachstum in vielen Entwicklungsländern zu verzeichnen, von denen einige zu Schwellenländern aufstiegen. Um dies zu ermöglichen, wurden jeweils die natürlichen Grenzen des Wachstums durch Innovationen (z. B. Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft durch Kunstdünger, Überwindung von Energiemangel durch Nutzung fossiler Energien) verschoben.

„Darum verdienen technischer Fortschritt, Aufgeschlossenheit für das Neue, die Bereitschaft neue Unternehmen ins Leben zu rufen und bestehende zu erweitern, die Entwicklung geeigneter Produktionsverfahren, das ernsthafte Bemühen aller irgendwie am

Produktionsprozess Beteiligten, überhaupt alles, was zu diesem Fortschritt beiträgt, durchaus gefördert zu werden.“ (Gaudium et spes Nr. 64). Wachstum hat damit eine berechnete ethi-



Wirtschaftliches Wachstum muss den Menschen dienen

sche Dimension, wenn es auf der Entfaltung von kreativen Kräften der Menschen basiert und auf Armutsüberwindung abzielt. Es muss aber im Dienst am Menschen stehen, nicht nur hinsichtlich seiner materiellen Bedürfnisse, sondern auch für das, „was er für sein geistiges, sittliches, spirituelles und religiöses Leben benötigt“ (Gaudium et spes Nr. 64).

che und technische Fortschritt nicht zur Vernichtung des Menschen führen, sondern dem kulturellen Aufstieg dienen“ (Master et magistra Nr. 210). Diese Position wurde von Benedikt XVI. erneut unterstrichen: „Die Technik wirkt auf den Menschen sehr anziehend, weil sie ihn den physischen Beschränkungen entreibt und seinen Horizont erweitert. *Aber die menschliche Freiheit ist nur dann im eigentlichen Sinne sie selbst, wenn sie auf den Zauber der Technik mit Entscheidungen antwortet, die Frucht moralischer Verantwortung sind*“ (Caritas in veritate Nr. 50, Hervorhebung im Original).

Das rein quantitative wirtschaftliche Wachstum hat Grenzen und richtet Schäden an. „Mitbestimmung und Mitverantwortung sind für die künftige Gesellschaft nicht weniger bedeutsam und wichtig als die Menge und Vielfalt der produzierten und dem Verbraucher zugeführten Güter. Hat der Mensch erst einmal die einseitige Sucht

Sozialverkündigung gegen Wachstum um jeden Preis

Die Soziallehre der Kirche hat damit zwar positive Wirkungen des wirtschaftlichen Wachstums anerkannt, aber sich gegen eine einseitige materialistische bzw. ökonomistische Orientierung gewandt, die ein Wachstum um jeden Preis anstrebt. „Nicht wenige Menschen, namentlich in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, sind von der Wirtschaft geradezu versklavt, so daß fast ihr ganzes persönliches wie gesellschaftliches Leben von ausschließlich wirtschaftlichem Denken bestimmt ist, und dies ebenso in Ländern, die einer kollektivistischen Wirtschaftsweise zugetan sind, wie in anderen“ (Gaudium et spes Nr. 63). „Das Wachstum ist weder ausschließlich dem Automatismus des Tuns und Lassens der einzelnen Wirtschaftssubjekte noch ausschließlich dem Machtgebot der öffentlichen Gewalt zu überantworten“ (Gaudium et spes Nr. 65).

Diese kritische Sicht zeigte sich gleichermaßen in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus und dem Liberalismus. Der wirtschaftliche Liberalismus sieht

im Wachstum den Schlüssel zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme und ist zudem in der Regel durch einen ungetrübten Technikoptimismus geprägt. Dagegen kennt die Soziallehre der Kirche auch die Befürchtung, dass einer rein technokratisch ausgerichteten Politik für ein möglichst hohes Wachstum ein verengtes Freiheitsverständnis zugrunde liegt und in einer allein daran orientierten Gesellschaft religiöse und kulturelle Werte zurücktreten und ggf. auf dem Altar der Wirtschaft geopfert werden. Nach Auffassung der kirchlichen Soziallehre besteht somit die Gefahr, dass neue Techniken ohne hinreichende ethische Reflexion in einem naiven Fortschrittsdenken propagiert werden. Die Menschen nehmen mit Schrecken wahr, „wie die durch technische Mittel freigelegten Kräfte zwar dem Fortschritt dienen, nicht minder aber auch zum Verderben der Menschen führen können. Darum mögen sie beherzigen, dass geistige und sittliche Werte vor allen anderen den Vorrang haben müssen, soll der wissenschaftli-



Die Kirche kritisiert die Verengung des Fortschritts auf die ökonomische Entwicklung und die Produktion materieller Güter

überwunden, alles nach dem Erfolg in der Gütererzeugung und im Güteraus-tausch, nach Macht- und Nutzenbeziehungen zu beurteilen und zu messen, dann will er diese quantifizierbaren Güter ersetzen durch vertieft menschliche Beziehungen, Verbreitung des Wissens, Entfaltung vielfältiger Formen des Geisteslebens, Austausch wechselseitiger Dienste, Einsatz aller für gemeinsame Aufgaben“ (Octogesima Adveniens Nr. 41).

Ebenso führte die Kirche eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus. Karl Marx macht den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus von der Entfaltung der Produktivkräfte im Kapitalismus abhängig, bis sie dort an Grenzen stoßen, und erklärt damit ein hohes Wachs-

tum als zentrale Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ist dann von einer weiteren Entfaltung der Produktivkräfte abhängig, um den vielfach als materielle Überfluggesellschaft beschriebenen Kommunismus zu realisieren. Da der Übergang zum Sozialismus in einem rückständigen Land (Rußland) erfolgte, wurden in der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, aber auch in China, Millionen von Menschen als Arbeitskräfte auf dem Altar des Aufbaus des Sozialismus geopfert. Das Wachstumsziel wurde mit umfangreichen Beschränkungen individueller Freiheit vorangetrieben. Ebenso wurde die Natur rücksichtslos ausgebeutet. Der Konkurrenzkampf zwischen dem Ostblock und dem Westen war nicht nur ein Rüstungswettlauf, ein Wettlauf in der Erschließung des Weltalls, sondern auch ein Wettlauf um die Wachstumsraten. Der Sowjetführer Chruschtschow verkündete 1960, durch höhere Wachstumsraten die USA bis 1980 übertreffen zu wollen. Solchen materialistischen Philosophien stellte die Kirche ihr ganzheitliches Weltverständnis entgegen. In Konkurrenzkampf mit dem Ostblock entsteht in westlichen Industrieländern eine Wohlstands- und Konsumgesellschaft, die „den Marxismus auf der Ebene eines reinen Materialismus“ besiegen will, wobei aber dort wie im Kommunismus „geistige Werte ebenso außer acht gelassen werden“ (Centesimus annus Nr. 19 Abs. 4). Während auf dem Markt nur bezahlte Nachfrage befriedigt wird, ist zu betonen, dass es „unzählige menschliche Bedürfnisse [gibt], die keinen Zugang zum Markt haben“ (Centesimus annus Nr. 34 Abs. 1).

In der Diskussion um eine nachholende Entwicklung wird festgehalten: „Tatsächlich erkennt man heute besser, daß die reine Anhäufung von Gütern und Dienstleistungen, auch wenn sie einer Mehrheit zugutekommt, nicht genügt, um menschliches Glück zu verwirklichen“ (Sollicitudo rei socialis

Nr. 28). Eine zu große Güterfülle einer Überfluggesellschaft kann im Gegensatz zum wahren Glück der Menschen

Symbolische Bedeutung arbeitsfreier Sonn- und Feiertage

In dieser Auseinandersetzung hatten für die Kirche der arbeitsfreie Sonntag sowie die Arbeitsfreiheit an hohen christlichen Feiertagen einen besonderen Wert mit symbolischer Bedeutung. So wollte die Sowjetunion zeitweise mit dem jüdisch-christlich geprägten 7-Tage-Rhythmus der Gesellschaft brechen und eine 10-Tage-Woche einführen. Am Streit um den arbeitsfreien Sonntag kam das Spannungsfeld zum Ausdruck, das zwischen der Absolutsetzung ökonomischen Wachstums und der Achtung religiöser und kultureller Werte in der Gesellschaft besteht. In seiner ersten Sozialenzyklika „Rerum novarum“ hatte Leo XIII. auf diesen Aspekt hingewiesen: „Die Sonntagsruhe bedeutet nicht soviel wie Genuß einer trägen Untätigkeit. Noch weniger besteht sie in der Freiheit von Regel und Ordnung, und sie ist nicht dazu da, wozu sie manchen erwünscht ist, nämlich um Leichtsinn und Ausgelassenheit zu begünstigen oder um Gele-

stehen. Entwicklung hat eine notwendige ökonomische Dimension, darf sich aber darin nicht erschöpfen.

genheit zu überflüssigen Ausgaben zu schaffen. Sie ist vielmehr eine durch die Religion geheiligte Ruhe von der Arbeit“ (Rerum novarum Nr. 32; vgl. auch Mater et magistra Nr. 248–253).

Um arbeitsfreie Sonntage sowie die Anzahl der Feiertage entzündeten sich immer wieder Auseinandersetzungen. Mitte der 1990er Jahre wurde der Buß- und Betttag bei der Einführung der Pflegeversicherung geopfert. Nur das Land Sachsen bildete eine Ausnahme. Der 1919 in einer Koalition von Zentrums- und Sozialdemokratie durchgesetzte Schutz des Sonntages in der Weimarer Verfassung, dessen Kirchenartikel in das Grundgesetz übernommen wurden, führt bis in die Gegenwart zu gerichtlichen Auseinandersetzungen, etwa hinsichtlich der Ladenöffnungszeiten an vier Adventssonntagen in Berlin. Das Berliner Ladenöffnungsgesetz wurde 2009 für verfassungswidrig erklärt.

Arbeitsvollzug menschenwürdig gestalten

Eine Beschränkung der Arbeitszeit hat nicht nur religiös-kulturelle Bedeutung, sondern ist Ausdruck einer menschenwürdigen Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Beschränkungen der Arbeitszeit ermöglichen Erholung und können damit einem Raubbau der Arbeitskraft entgegenwirken. Dies gilt auch für Regulierungen der Arbeitszeit von Kindern und Jugendlichen und für die besonderen Schutzbestimmungen für (schwängere) Frauen. Die Soziallehre der Kirche tritt damit nicht nur Überforderungen der Arbeitnehmer und Gefährdungen ihrer Gesundheit durch Unfallgefahren und Berufskrankheiten entgegen. „Es ist durchaus

möglich, dass die Wirtschaftsbilanz in Ordnung ist, aber zugleich die Menschen, die das kostbarste Vermögen des Unternehmens darstellen, gedemütigt und in ihrer Würde verletzt werden“ (Centesimus annus Nr. 35 Abs. 3). Die Kirche warnt auch die einzelnen Arbeitnehmer davor, durch kurzfristiges Streben nach höheren Einkommen ihre Gesundheit selbst zu gefährden. Dies betrifft z.B. Entlohnungssysteme wie die Akkordarbeit, die einzelne Arbeitnehmer zu hohen Leistungen veranlassen, die auf Dauer aber nicht durchzuhalten sind. Ebenso kann sich der einzelne Arbeitnehmer selbst überfordern, wenn er sich nach Überstunden



drängt, Zweitjobs annimmt oder auch Schwarzarbeiten nach der regulären Arbeit durchführt. Wenn auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene Wachstum um jeden Preis abgelehnt wird, gilt dies ebenso auf der individuellen Ebene.

Allerdings ist auch die Gesellschaft verpflichtet, dort, wo nur ein niedriges Einkommen erzielt wird, für einen ausreichenden Unterhalt durch Sozialleistungen zu sorgen. Es wäre z.B. eine Fehlinterpretation des Subsidiaritätsprinzips, wenn von einem Familienvater verlangt würde, den Lebensunterhalt seiner Familie durch laufende Überstunden oder Zweitjobs zu sichern.

Neben einem ausreichenden Freiraum für zentrale Bereiche menschlichen Lebens (Religion, Familie, Freunde, Erholung, Kultur) jenseits der Arbeit, tritt die Soziallehre der Kirche auch für einen humanen Vollzug der Arbeit ein. Dies bedeutet, dass der einzelne Arbeitnehmer im Betrieb als Person respektiert und geachtet wird. Dieser Gedanke der Menschenwürde in der Arbeitswelt hat zunächst Konsequenzen für die Gestaltung der Arbeit selbst, soll der arbeitende Mensch doch nicht einfach Anhängsel einer Maschine sein und solche Arbeitsvorgänge verrichten, die (noch) nicht maschinell durchführbar sind (vgl. *Laborem exercens* Nr. 7 Abs. 3). Zur Entfaltung in der Arbeit gehört, dass Menschen eigene Anlagen und Fertigkeiten einbringen können. Daher spricht sich Paul VI. in seiner Ansprache vor der Internationalen Arbeitsorganisation (Nr. 12) gegen sehr kurze Taktzeiten von Arbeitsvorgängen sowie gegen fehlende eigene Gestaltungsspielräume und Verantwortungsbereiche aus.

Zur Einbindung der Mitarbeiter in einen betrieblichen Ablauf gehört auch, dass dem einzelnen Arbeitnehmer bewusst werden kann, welchen Beitrag er selbst für den kooperativen Prozess im Betrieb insgesamt beisteuert. Außerdem ist er über die Lage des Unternehmens (Auftragslage, wirtschaftliches Ergebnis) wie über Verände-

rungsprozesse zu informieren. Die betriebliche Organisation der Arbeitsabläufe soll zudem den arbeitenden Menschen im Betrieb ermöglichen, menschliche Kontakte zu pflegen. Arbeitnehmer sollten auch die Möglichkeit erhalten, durch betriebliche Vertretungsorgane ihre Anliegen in die



Menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und Betriebsabläufe haben Vorrang vor Gewinn- und Einkommenssteigerung

Unternehmenspolitik einzubringen (Betriebsräte, Mitbestimmung). Solche Faktoren bedingen auch, dass eine gewisse Stabilität von Arbeitsverhältnissen gegeben sein muss, indem z.B. ein Schutz vor willkürlichen Kündigungen besteht. Arbeitnehmer sollten die Chance bekommen, ihre Arbeitsfähigkeit weiterzuentwickeln, so dass Möglichkeiten zur betrieblichen Weiterbildung, zum Aufstieg im Unternehmen etc. eröffnet werden.

Solche Faktoren können sich im ökonomischen Sinne vielfach auch rechnen und sind im Sinne der Produktivität eines Unternehmens langfristig wachstums- und gewinnfördernd, obwohl sie kurzfristig in der Kostenrechnung als belastend erscheinen. Wenn

Arbeitnehmer Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie nicht physisch oder psychisch krank machen, wenn sie sich als Person respektiert fühlen, sich daher mit ihrem Unternehmen identifizieren, so dass es weder zu sozialen Unruhen noch zu passiver Arbeitsverweigerung und Zurückhaltung kommt, ist dies alles auch ökonomisch sinnvoll. Während manche langfristig denkende und sozial sensible Unternehmer von sich aus an einem humanen Arbeitsvollzug interessiert waren, mussten vielfach aber auch Unternehmer durch gesellschaftlichen Druck (Gewerkschaften), die öffentliche Meinung (auch kirchliche Sozialkritik) und den Gesetzgeber von kurzfristigem Gewinnstreben um jeden Preis in eine Richtung gelenkt werden, die ihrem eigenen langfristigen Unternehmenserfolg dient. Die Soziallehre der Kirche vertritt aber unabhängig davon, ob sich manche Grundbedingungen humanen Arbeitsvollzugs (langfristig) auch für das einzelne Unternehmen bzw. die Gesellschaft insgesamt (z.B. Vermeidung frühzeitigen Rentenbezugs) auszahlen, die Position, dass diese möglicherweise auch auf Kosten von Gewinnen und Löhnen der Arbeitnehmer um ihres humanen Charakters selbst willen durchgesetzt werden sollten.

Gerechte Verteilung der Wirtschaftsergebnisse

Während in der liberalen Nationalökonomie häufig allein auf Wachstum zur Armutsminderung gesetzt wird und Maßnahmen der Umverteilung kritisch gesehen werden, weil sie die Wachstumskräfte hemmen würden, wird von der Soziallehre der Kirche eine gerechte Einkommensverteilung eingefordert: „Gerade zu der Zeit, da das Wachstum der Wirtschaft, vernünftig und human gelenkt und koordiniert, die sozialen Ungleichheiten mildern könnte, führt es allzuoft zu deren Verschärfung, hier und da sogar zur Verschlechterung der Lage der sozial Schwachen

und zur Verachtung der Notleidenden“ (*Gaudium et spes* Nr. 63). Dagegen sind „die übergroßen und noch weiter zunehmenden Ungleichheiten der wirtschaftlichen Lage und die damit Hand in Hand gehende persönliche und soziale Diskriminierung möglichst rasch abzubauen“ (*Gaudium et spes* Nr. 66). 1971 hieß es von der Weltbischofssynode: „Die in den letzten 25 Jahren weltweit verbreitete Erwartung, das Wirtschaftswachstum werde zu einer solchen Güterfülle führen, daß die von den Tischen der Reichen fallenden Brotsamen für die Armen ausreichen wür-

den, um davon zu leben, hat sich für Entwicklungsländer, aber auch für Notstandsinseln in hochentwickelten Ländern als trügerischer Wahn enthüllt“ (De justitia in mundo Nr. 10).

Die gerechte Einkommensverteilung ist bei Markteinkommen zunächst wesentlich eine Frage der gesellschaftlichen Verteilungsprozesse im Verhältnis von Arbeitnehmern und Unternehmern, traditionell von Arbeit und Kapital. Wenn einzelne Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitgeber allein individuell ihre Gehälter aushandeln müssten, könnten die wenigen Arbeitgeber die Vielzahl von Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen. Daher hat sich die Soziallehre von Anfang an, d. h. schon in der Sozialzyklika „Rerum novarum“ für das Recht auf Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmer wie für das Streikrecht ausgesprochen, um die Verhandlungsposition der unterlegenen Marktseite zu stärken. Erst die Möglichkeiten des Zusammenschlusses wie der möglichen Führung eines Arbeitskampfes (Streik) können eine hinreichende Gleichheit der Macht beider Arbeitsmarktseiten gewährleisten. Da Arbeitskämpfe zu wirtschaftlichen Verlusten führen können, wird von der Soziallehre der Kirche der Gerechtigkeit der Entlohnung ein möglicher Vorrang vor Wachstum eingeräumt. Allerdings warnt die Soziallehre der Kirche auch Gewerkschaften davor, leichtfertig große Streikmaßnahmen mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden aus nichtigem Anlass vom Zaun zu brechen, weil der Streik ein „letzter Behelf“ (Gaudium et spes Nr. 68; Laborem exercens Nr. 20 Abs. 7) ist. In der Verteilung des primären Einkommens ist auf zwei weitere Elemente hinzuweisen: Das wirtschaftliche Ergebnis eines Unternehmens ergibt sich in der Regel aus dem Zusammenwirken einer Vielzahl von Personen, die jeweils ihren Beitrag zum Gesamtergebnis leisten. Dabei ist der individuelle Beitrag des Einzelnen nicht immer genau zurechenbar. Bei Verteilung des Kooperationsertrages plädiert daher die

Soziallehre der Kirche dafür, diesem Umstand auch dadurch Rechnung zu tragen, dass innerhalb einer sozialen Organisation (Unternehmen) die Einkommensabstände nicht zu groß werden. Wenn in den letzten 20 Jahren die Abstände zwischen den Durchschnittseinkommen der Beschäftigten und dem Einkommen des obersten Managements immer stärker gestiegen sind, hält sie diese Tendenz für nicht hinnehmbar. Ein zweites Anliegen der Verteilungsgerechtigkeit ist die Teilhabe der Arbeitnehmer auch an Gewinn- und Kapitaleinkommen. Daher hat die Soziallehre seit „Rerum novarum“ für die Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand plädiert (Quadragesimo anno Nr. 61).



Zur gerechten Einkommensverteilung gehören auch Sozialleistungen für diejenigen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind

Aus der primären Einkommensverteilung beziehen nur diejenigen Einkommen, die selbst Arbeit oder Kapital für den Produktionsprozess bereitstellen. Soweit Personen nicht durch innerfamiliäre Transfers unterstützt werden, fehlt den nicht in den Produktionsprozess integrierten Personen (Marktpassiven wie Kinder, Alte, Arbeitslose, Behinderte, chronisch Kranke) ein hinreichendes Einkommen. Weiterhin gibt es Personen, die angesichts ihrer Bedarfe nur unzureichende Markteinkommen erzielen. Aus diesen Gründen ist eine sekundäre Einkommensverteilung unverzichtbar, in der die Markteinkommen durch Steuern und Sozialabkommen belastet werden und deren Aufkommen an „Marktpassive“ und Bedürftige umverteilt wird. Eine solche Umverteilung kann für diejenigen, die diese Leistungen finanzieren müssen, negative Anreizeffekte zur Folge haben. Auch können Sozialleistungen den Druck auf Arbeitslose mindern, jede Erwerbsarbeit, die sich bietet,

möglichst schnell anzunehmen. Letzteres ist aber durchaus gesellschaftlich erwünscht, um Menschen zu ermöglichen, eine ihren Qualifikationen und Vorstellungen entsprechende Beschäftigung zu suchen. Daher ist die gesellschaftliche Alimentation von zeitlich beschränkten Suchphasen durchaus erforderlich. Auch muss die Möglichkeit bestehen, entwürdigenden Arbeitsbedingungen (z. B. bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz) durch Selbstkündigung zu entfliehen. Beim Niveau der sekundären Umverteilung muss zudem beachtet werden, dass in einem demokratischen Staat ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe geboten ist, was ein hinreichendes Mindesteinkommen voraussetzt. Weiterhin müssen auch Kinder, die in armen Familien leben, hinreichende Lebenschancen erhalten. Daher muss das gesicherte Existenzminimum nicht nur einen Mindestbedarf abdecken, sondern es muss ein sozio-kulturelles Existenzminimum sein, dessen Höhe auch bei wachsenden Einkommen mitwächst.

Um solche sozialetischen Ziele zu erreichen, sind sowohl die bürokratischen Kosten der Abgabenerhebung wie der Verteilung der Sozialleistungen hinzunehmen. Gleiches gilt für mögliche negative Anreizeffekte auf Seiten der Leistungserbringer oder -empfänger. Die Soziallehre der Kirche sagt den Leistungserbringern, dass sie als Leistungsfähige für weniger leistungsstarke und zum Teil in den Zufällen der Marktprozesse weniger glücklichen Mitbürgern eine gewisse Solidarleistung zu erbringen haben, den Leistungsempfängern sagt sie, dass sie nach dem Subsidiaritätsprinzip alle möglichen und zumutbaren Eigenanstrengungen zu erbringen haben, um nicht unnötig lange soziale Verpflichtungen der Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.

Neue Akzente in der Sozialverkündigung

Während die bisherigen Überlegungen vielfach schon lange in der Tradition der Soziallehre der Kirche verankert sind, gibt es auch neuere gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen, die sie herausfordern. In der entwicklungspolitischen Diskussion hat die Kirche darauf hingewiesen: „Entwicklung ist nicht einfach gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Wachstum“ (Populorum progressio Nr. 14). „Mehr haben ist also weder für die Völker noch für den einzelnen das höchste Ziel. Jedes Wachstum hat zwei Seiten. Es ist unentbehrlich, damit der Mensch mehr Mensch werde, aber es sperrt ihn wie in ein Gefängnis ein, wenn es zum höchsten Wert wird, der dem Menschen den Blick nach oben versperrt. [...] Das ausschließliche Streben nach materiellen Gütern verhindert das innere Wachstum und steht seiner wahren menschlichen Größe entgegen“ (Gaudium et spes Nr. 19).

Steigerungen der Produktion müssen dem Wohl des Menschen dienen, indem sie „Ungleichheiten abtragen, Diskriminierungen beseitigen, den Menschen aus Versklavungen befreien und ihn so fähig machen, in eigener Verantwortung sein materielles Wohl, seinen sittlichen Fortschritt, seine geistige Entfaltung in die Hand nehmen“ (Populorum progressio Nr. 34). „Wahre Entwicklung darf nicht in der bloßen Anhäufung von Reichtum und einem wachsenden Angebot von Gütern und Dienstleistungen bestehen, wenn dies nur auf Kosten der Unterentwicklung der Massen und ohne die geschuldete Rücksicht auf die soziale, kulturelle und geistige Dimension des Menschen erreicht wird“ (Sollicitudo rei socialis Nr. 9).

Der wachsende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten hat in den westlichen Industrieländern zur Ausprägung einer Konsumgesellschaft geführt. Immer mehr Menschen wird es möglich, nur einen Teil ihres Einkommens für notwendige Güter wie Woh-

nung, Kleidung und Ernährung auszugeben und den anderen disponibel zu verwenden. Dieses frei verfügbare Einkommen, das stetig wächst, wird dann oft für übermäßigen Luxus beim Wohnen, Kleiden und Ernähren oder für Reisen, Kultur und Vergnügungen aller Art ausgegeben. Darin erblickt Johannes Paul II. in seiner Sozialzyklika „Centesimus annus“ das „Phänomen des Konsumismus“ (Centesimus annus Nr. 36). Dies bedeutet, dass das Konsumieren als solches, d. h. der (Erlebnis-)Einkauf und dann der Ge- oder Verbrauch von Gütern, zu einem wesentlichen Lebensinhalt wird. Aus christlich-sozialethischer Sicht besteht bei einer solchen Verselbständigung des Konsums die Gefahr, dass das Individuum möglicherweise wichtigere Ziele des menschlichen Lebens, etwa die religiöse-transzendente Dimension, personale menschliche Beziehungen und das soziale Gemeinschaftsleben verfehlt. „Nicht das Verlangen nach einem besseren Leben ist schlecht, son-



Konsumenten haben eine Verantwortung, über den eigenen Konsum die Bedürftigen nicht aus dem Blick zu verlieren

dern falsch ist ein Lebensstil, der vorgibt dann besser zu sein, wenn er auf das Haben und nicht auf das Sein ausgerichtet ist“ (Centesimus annus Nr. 36 Abs. 4).

Es gibt eine Verantwortung der Konsumenten, die sich bewusst sein müssen, „dass das Kaufen nicht nur ein wirtschaftlicher Akt, sondern immer auch eine moralische Handlung ist. Die Konsumenten haben daher eine klare soziale Verantwortung, die mit der sozialen Verantwortung des Unternehmens einhergeht“ (Caritas in Veritate Nr. 66).

Ein exzessives Konsumverhalten hat aus sozialethischer Sicht über das Individuum hinaus noch zwei weitere

gesellschaftliche Dimensionen. Die eine Dimension betrifft die Tatsache, dass es innerhalb westlicher Industrienationen – trotz des Sozialstaates – relativ bedürftige Menschen gibt und ein soziales System nicht immer alle sozialen Probleme abdecken kann. So ist der Sozialstaat zwar bestenfalls in der Lage, die Pflege Alter und Kranker zu finanzieren, menschliche Zuwendung, die gerade auch beim Sterben unerlässlich ist, vermag er nicht zu gewährleisten.

Es stellt sich daher die Frage, ob nicht Personen mit größeren frei verfügbaren Einkommensanteilen ein Gespür für die Notwendigkeit menschlicher Nähe und Wärme entwickeln können und eine differenzierte Haltung gegenüber einem exzessiven Konsum einnehmen. Wäre es ihnen nicht möglich, Sinnerfüllung auch darin zu sehen, dass sie einen Teil der Zeit, die sie gewöhnlich für das eigene Vergnügen verwenden, einem zuwendungsbedürftigen Menschen schenken oder ihre finanziellen Ressourcen entsprechenden Zwecken zuführen?

Diese Problematik stellt sich noch verschärft im globalen Kontext. Angesichts weltweit verbreiteter Armut, bei der gut 800 Millionen Menschen hungern und chronisch unterernährt sind und eine weitere halbe Milliarde am Rande des physischen Existenzminimums von 1,25 Dollar täglich lebt, stellt sich ebenfalls die Frage nach der moralischen Legitimität von Luxuskonsum. „Der Überfluss der reicheren Länder muß den ärmeren zu-statten kommen“ (Populorum progressio Nr. 49).

Da ein exzessives Konsumverhalten zudem meist mit einem erheblichen Verbrauch an materiellen Ressourcen verbunden ist, unter denen sich auch nichtregenerierbare Ressourcen befinden, stellt sich die Frage nach der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen: Ist das eigene Konsumverhalten auf die ganze Erde, auf alle Menschen übertragbar? Ist es auch für nachfolgende Generationen möglich, ein entsprechendes Konsumniveau zu



erreichen? Oder ist es nur für eine Minderheit denkbar und nur auf Kosten nachfolgender Generationen möglich?

 Der Verbrauch materieller Ressourcen bedarf der Rücksichtnahme auf die natürlichen Grenzen und den Bedarf kommender Generationen

„Überdies hat die Nachfrage der wohlhabenderen [...] Länder nach Rohstoffen und Energie (wie auch schädliche Wirkung ihrer Abfälle auf Atmosphäre und Ozeane) ein solches Ausmaß erreicht, daß die wesentlichen Voraussetzungen des Lebens auf dieser Erde wie Luft und Wasser unwiederherstellbar geschädigt würden, wenn diese Höhe des Verbrauchs, dieser Grad der Verschmutzung und die Schnelligkeit des Wachstums bei der gesamten Menschheit Platz greifen würde“ (De iustitia in mundo Nr. 11).

Eine ökonomische Entwicklung ohne ökologische Rücksichtnahme wirkt sich auch negativ auf die Lebensqualität aus: „Wir wissen alle, daß ein direktes oder indirektes Ergebnis der Industrialisierung immer häufiger die Verschmutzung der Umwelt ist, mit schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung“ (Sollicitudo rei socialis Nr. 34). Diese Frage der Nachhaltigkeit ist aber nicht nur eine Frage an das Individuum, sondern auch an die gesamtgesellschaftlichen Institutionen und Strukturen.

Als dritte Dimension ist hervorzuheben, dass die Wirtschaft zwar ein wichtiger und für die materielle Existenzsicherung der Gesellschaft unverzichtbarer Teilbereich des gesellschaft-

lichen Lebens ist, aber eben immer nur ein Segment. Dies bedeutet zunächst einmal für die Wirtschaft selbst, dass es dort Unternehmensformen und Institutionen geben sollte, die nicht unbedingt einem scharfen Wachstumsdruck – etwa durch die Logik der kurzfristig ausgerichteten Finanzmärkte – unterworfen sind. Eine wirtschaftliche Entwicklung stellt sich als trügerisch und schädlich heraus, „wenn sie sich der ‚Wunder‘ der Finanzwelt anvertraut, um ein unnatürliches und konsumorientiertes Wachstum zu unterstützen“ (Caritas in veritate Nr. 69).

Neben öffentlichen Unternehmen und Genossenschaften sind auch andere Formen gemeinnütziger Unternehmen hilfreich wie etwa Stiftungen. Weitere sinnvolle Institutionen im Finanzmarkt können Mikrofinanzinstitute sein oder andere ethische Formen der Geldanlage, etwa Investmentfonds, in denen nach nachhaltigen Kriterien investiert wird (vgl. Caritas in veritate, Nr. 65). Alle diese Institutionen sind nicht gezwungen, jeweils in Vierteljahresberichten Börsenanalysten weitere Gewinnsteigerungen zu verkünden. Sie können vielmehr auf das Eingehen hoher Risiken verzichten und/oder soziale sowie ökologische Zielsetzungen bei ihren Investitionen und in ihrer Geschäftstätigkeit berücksichtigen. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, bestimmte Geschäfte aus der Zivilgesellschaft heraus zu organisieren, wie dies im „Fairen Handel“ erfolgt, der vielfach über Kirchengemeinden abgewickelt wird.

Im Kontext der Globalisierung sind manche Länder bestrebt, ihre Wachstumsraten zu steigern, indem sie Schutzbestimmungen für Arbeitneh-

mer reduzieren, Steuern senken und Sozialleistungen abbauen. Dazu werden teilweise gesonderte Exportzonen eingerichtet. Dieses Vorgehen steht vielfach im Gegensatz zum Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. „Der global gewordene Markt hat vor allem bei den reichen Ländern die Suche nach Zonen angetrieben, in die die Produktion zu Niedrigpreisen verlagert werden kann, mit dem Ziel, die Preise vieler Waren zu senken, die Kaufkraft zu steigern und somit die auf vermehrtem Konsum basierenden Wachstumsraten für den eigenen internen Markt zu erhöhen. Folglich hat der Markt neue Formen des Wettstreits unter den Staaten angeregt, die darauf abzielen, mit

 Humanes Wirtschaften ist gefährdet durch Deregulierung, Abbau von Sozialleistungen und ethisch verwerfliche Geschäftsfelder

verschiedenen Mitteln – darunter günstige Steuersätze und die Deregulierung der Arbeitswelt – Produktionszentren ausländischer Unternehmen anzuziehen. Diese Prozesse haben dazu geführt, dass die Suche nach größeren Wettbewerbsvorteilen auf dem Weltmarkt mit einer *Reduzierung der Netze der sozialen Sicherheit* bezahlt wurde, was die Rechte der Arbeiter, die fundamentalen Menschenrechte und die in den traditionellen Formen des Sozialstaates verwirklichte Solidarität in ernste Gefahr bringt“ (Caritas in veritate Nr. 25, Hervorhebung im Original).

Eine zu hohe Schwankungsanfälligkeit der Wirtschaft, auf die wiederum mit einer Flexibilisierung der Arbeits-

LITERATUR

Bundesverband der KAB (Hrsg.), Texte zur Katholischen Soziallehre, Kevelaer 2007.

Benedikt XVI, Caritas in veritate, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 186, Bonn 2009.

Helge Mayer, Art. Wachstum, in: Lexikon der Wirtschaftsethik, Freiburg Basel Wien 1993, Sp. 1235–1244.



verhältnisse reagiert wird, und die den Arbeitnehmern eine hohe Mobilität abverlangt, kann zwei negative Auswirkungen haben:

- Zum einen reduziert sie das soziale Kapital einer Gesellschaft, das in einer regelmäßigen Interaktion und persönlichen Begegnungen der Menschen besteht.
- Zum anderen beeinträchtigt sie die Möglichkeiten, „eigene konsequente Lebensplanungen zu entwickeln, auch im Hinblick auf die Ehe“ (Caritas in veritate Nr. 25).

Ebenso stellt sich die Frage, wieweit die gesellschaftliche Bereitstellung bestimmter Güter im Bereich Bildung, Soziales und Kultur über kommerzielle Anbieter erfolgen soll oder ob man solche Bereiche zumindest partiell von engen Marktlogiken freihält, ohne damit freilich einer Kosteneffizienz und Bürokratisierung Freiraum zu geben. „Es gibt Güter, die aufgrund ihrer Natur nicht verkauft werden können und dürfen“ (Centesimus annus Nr. 40 Abs. 2).

Weiterhin gibt es Unternehmen, die ihr Geschäftsfeld auf ethisch besonders problematische Zweige richten. Dies kommt vor allem auch in der Tourismusindustrie vor. Die örtliche Bevölkerung wird „oft mit unmoralischem oder sogar perversen Verhalten konfrontiert, wie es beim sogenannten Sextourismus der Fall ist, dem viele Menschen, selbst in jungem Alter, zum Opfer fallen. Es ist schmerzhaft festzustellen, dass dies sich oft mit Zustimmung der örtlichen Regierungen, mit dem Schweigen der Regierungen der Herkunftsländer der Touristen und in Komplizenschaft vieler, die in

KURZBIOGRAPHIE

Joachim Wiemeyer (*1954), Dr. rer. pol. lic theol., studierte Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaften und Katholische Theologie in Münster; seit 1998 Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum; Forschungsschwerpunkte: Politische Ethik, Kirche und demokratische Öffentlichkeit, Grundfragen der Wirtschaftsethik, Ökonomische und sozialethische Aspekte von Kirche und kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, Arbeitslosigkeit/Zukunft der Arbeit, Umgestaltung des Sozialstaates, Sozialethische Fragen der Europäischen Integration, Weltwirtschaftsordnung/Globalisierung; aktuelle Veröffentlichungen: Die gerechte Gestaltung der Globalisierung als Herausforderung, in: H. Weber (Hg): Globale Mächte und Gewalten – Wer steuert die Welt? Die Verantwortung der Weltreligionen (2011), S. 44–69; Die Bedeutung außerschulischer politischer Bildung in der Christlichen Sozialethik, in: Arbeitsgemeinschaft Katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (Hg): AKSB-Jahrbuch 2011/2012, S. 74–92; Die Finanzkrise aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Jahrbuch für Recht und Ethik Bd. 18 (2010), S. 269–294; Immer ein Übel? Spekulation aus sozialethischer Sicht in: Herder Korrespondenz 64. Jahrgang (2010), Heft 11, S. 566–571; Kohäsionspolitik und Arbeitsmarkt in Europa in: Dabrowski/Wolf/Abmeier (Hg): Die EU-Erweiterung gerecht gestalten, (2010), S. 83–92; Die Europäische Union in der Wirtschafts- und Finanzkrise in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 51 (2010), S. 249–276; Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe in: Goldschmidt/Nothelle-Wildfeuer (Hg): Freiburger Schule und Christliche Gesellschaftslehre, Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Band 59 (2010), S. 333–344.

der Branche tätig sind, abspielt“ (Caritas in veritate Nr. 61).

Fazit

Die Soziallehre der Kirche hält die Wirtschaft für einen wichtigen Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist die Wirtschaft – auch wegen der Kreativität der Menschen auf Wachstum angelegt. Wachstum muss aber zudem echtes Wachstum sein, das nicht durch Raubbau an zentralen gesellschaftlichen Kapitalformen erkauft wird. Es erfordert

- den Erhalt des natürlichen Kapitals, d. h. einer gesunden Umwelt,
- den Schutz des wertvollsten Produktionsfaktor der Wirtschaft, nämlich der menschlichen Arbeitskraft, durch menschenwürdige Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung,
- die Pflege des sozialen Kapitals einer Gesellschaft, d. h. ihrer Befähigung zur fortwährenden Selbstorganisation und zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts.

Materielles Wachstum darf dabei nicht in einen Gegensatz zum menschlichen Wachstum geraten.



Wie lassen sich Lebensqualität und Wohlstand messen?

Zu den Methoden und den Konsequenzen für die Europapolitik¹

Obwohl man für die Messung wirtschaftlicher Leistung allgemein das Bruttoinlandsprodukt (BIP) angibt, zeigen sich die Beschränkungen dieses Maßstabs, wenn es darum geht, Lebensqualität oder Wohlstand zu messen. Im Folgenden werden zunächst verschiedene neuere Arbeiten universitärer Herkunft („Stiglitz-Kommission“), oder aus internationalen Organisationen (UN, OECD, Europarat) vorgestellt, die den Begriff des „Wohlstands“ zu präzisieren suchen und neue spezifische Indikatoren für dessen Messung und Analyse entwickeln. In einem zweiten Teil soll dargestellt werden, in welchen unterschiedlichen Weisen Lebensqualität und Wohlstand fortschreitend Aufnahme in die Politik der EU gefunden haben, etwa im Rahmen der Strategien von Lissabon oder Europa 2020, oder auch wie von diesem Zusammenhang verschiedene Initiativen ausgehen, etwa die internationale Tagung „Mehr als BIP“ oder die „Europäische Studie über Lebensqualität“, die von Eurofound durchgeführt wurde.



Hervé Pierre Guillot SJ

Ein umstrittenes Wohlstandsmaß

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde zuerst in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Maßstab zur Messung wirtschaftlichen Wachstums entwickelt und seitdem international angewandt. Seine hauptsächlichen Stärken sind bekannt: Erstens wendet man zu seiner Berechnung weltweit dieselbe Methode an, und es ermöglicht, wenn man es in Kaufkraftparität pro Kopf angibt, einen Vergleich zwischen Ländern und über die Zeit hinweg. Zweitens handelt es sich nur um eine einzige Zahl, die leicht für wirtschaftliche Modelle und Vorhersagen anwendbar und der Öffentlichkeit einfach zu vermitteln ist, und die sich so auch in die politische Debatte einbringen lässt; hinzu kommt der Vorzug, dass eine politische Verfälschung sehr schwierig ist. Angesichts des Fehlens eines anderen, allgemein anerkannten Maßstabs wurde das BIP daher als Annäherungswert für Entwicklung und Fortschritt benutzt.

Allerdings weist das BIP auch einige deutliche Nachteile auf. Da es nur die mit Geld bezahlte wirtschaftliche Leistung misst, lässt es alle Aktivitäten, die sich nicht monetarisieren lassen (ehrenamtliche Arbeit, Haushaltsführung, usw.), außer Betracht. Bereits in den sechziger Jahren wurden Einwände gegen das BIP geäußert: Es sei ungeeignet, auf die sozialen Dimensionen des Lebens einzugehen. In dieser Zeit gab es die ersten Versuche, neue Indikatoren zu definieren, die so genannten „sozialen Indikatoren“, die gerade auf diejenigen Aspekte eingehen sollten, die vom BIP nicht erfasst werden. Des weiteren hat sich im Zuge der Begriffsbildung „nachhaltige Entwicklung“ in den achtziger Jahren eine deutlich begrenzte Aussagekraft des BIP in Bezug auf Umweltfragen herausgestellt. Das bekannteste und am häufigsten gebrauchte Beispiel ist das der Ölverschmutzung: Obwohl sie der Umwelt schadet, schlägt sie als Steigerung des BIP zu Buche, weil damit

wirtschaftliche Aktivitäten verbunden sind (Reinigungsmaßnahmen, Versicherungsleistungen usw.).

Zusätzlich zu den sozialen Aspekten und den Umweltproblemen tauchten immer häufiger relativ neue Begriffe wie „Lebensqualität“ oder „Wohlstand“ auf, zuerst in akademischen Kreisen, dann auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit (NGOs und Regierungen). Eine methodische Schwierigkeit lag darin, dass beide Begriffe nur sehr vage umschrieben wurden und sehr weite Bedeutungen hatten. Es blieb deshalb schwierig, ein Maß dafür anzugeben und anzuwenden, gar mit nur einem einzigen Indikator – ähnlich dem BIP –, mit dem die wirtschaftliche Leistung bemessen werden könnte.

Der Begriff „Wohlstand“ ist allerdings so neu nicht. Aristoteles gebrauchte das Wort „eudaimonia“, um

¹ Der Beitrag wurde von Peter Knauer SJ aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.



zu beschreiben, was er als ein unterscheidendes menschliches Merkmal ansah; es umfasst objektive (materielle) Elemente, die es Menschen ermöglichen, sich zu entfalten und subjektive, die vielleicht am besten mit dem Wort „Glück“ umschrieben werden. Wohlstand zu messen erfordert, Mittel und Wege zu finden, die dessen Vieldimensionalität, insbesondere dessen objektive und subjektive Aspekte in Rechnung stellen.

Vor diesem Hintergrund hat der hier vorgelegte Beitrag ein doppeltes Ziel:

- Zunächst will er einige Ansätze akademischer Kreise und internationaler Organisationen vorstellen, die über das BIP hinaus denken und

„Über BIP hinaus“ denken: Neue Begriffe und Instrumente, um Wohlstand zu messen

Zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere jene NGOs, die sich mit nachhaltiger Entwicklung befassen, aber auch einzelne Staaten haben den Versuch unternommen, „über BIP hinaus“ zu denken, um Lebensqualität und Wohlstand besser darstellen und analysieren zu können.² Exemplarisch für die vielfältigen Initiativen soll hier in die Vorschläge der „Stiglitz-Kommission“ und der drei internationalen Organisationen, der UNO, der OECD und des Europarats, eingeführt werden.

Die „Stiglitz-Kommission“ – ein Beitrag aus dem universitären Bereich

Häufig zitiert und beachtet wird die *Kommission für die Bemessung wirtschaftlicher Leistung und sozialen Fortschritts*, die von den Nobelpreisträgern Joseph Stiglitz und Amartya Sen zusammen mit Jean-Paul Fitoussi geleitet wurde. In ihrem Schlussbericht vom September 2009 empfahl die Kommission, „den Schwerpunkt von der Messung wirtschaftlicher Leistung zur Messung von Wohlstand zu verschieben“. Dabei sollte gegenwärtiger Wohlstand (Lebensqualität) vom zukünftigen un-

neue Instrumente zur Messung des Wohlstands anwenden. Da eine detaillierte und umfassende Diskussion der Thematik die gegebenen Möglichkeiten überschreiten würde, wird er sich auf die Arbeiten der „Stiglitz-Kommission“ sowie dreier internationaler Organisationen beschränken (UNO, OECD, Europarat).

- Zweitens wird sich der Beitrag mit den Instrumenten befassen, welche die Europäische Union (EU) im Rahmen der beiden Strategien von Lissabon und EU 2020 entwickelt hat. Im Einzelnen handelt es sich um die beiden Initiativen „Mehr als BIP“ und eine Studie, die von Eurofound durchgeführt wurde.

terschieden und beides getrennt gemessen werden. Auch die Vieldimensionalität des Wohlstands wäre danach zu beachten, was die Messung sowohl subjektiver wie objektiver Faktoren erforderlich macht³. Des Weiteren wurden Umweltfragen als wichtig für gegenwärtigen und zukünftigen Wohlstand angesehen.

Die Empfehlungen für neue Indikatoren umfassen acht Dimensionen von Wohlstand: 1. Materiellen Lebensstandard (Einkommen, Verbrauch, Reichtum); 2. Gesundheit; 3. Ausbildung; 4. Persönliche Aktivitäten (einschließlich Arbeit); 5. Politischen Einfluss und Regierungsweise; 6. Soziale Vernetzung und Beziehungen; 7. Umwelt (gegenwärtige und künftige Bedingungen). 8. Unsicherheit (in wirtschaftlicher und physischer Hinsicht).

² Zu nennen wären hier z. B. *Friends of the Earth* [Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW)], the *World Wildlife Fund* [Ecological Footprint] oder auch Belgien [*WellBeing*] und Canada [*Canadian Index of Well-Being*].

³ Zu einer mehr ins Einzelne gehenden Diskussion vgl. besonders Veenhoven, in McGillivray, 2007, S. 214–239.

⁴ Viele andere Beiträge könnten hier genannt werden. Die Quellenangaben am Schluss dieses Aufsatzes bieten eine Auswahl.

In einer eher kritischen Stellungnahme weisen Osberg and Sharpe darauf hin, dass die dem Stiglitz-Bericht zugrunde liegenden Prinzipien im Wesentlichen schon zuvor im Index für wirtschaftlichen Wohlstand (Index of Economic Well-Being, IEWB) vorgelegt wurden⁴.

UNO, OECD, Europarat – Vorschläge internationaler Foren

- Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (The United Nations Development Programme, UNDP) gebraucht seit 1990 den Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index, HDI). Dabei handelt es sich um einen Indikator, der gleichzeitig Lebenserwartung, Ausbildungsniveau und Einkommen umfasst. Sein Hauptvorteil besteht darin, dass es sich ähnlich wie im BIP um eine einzige Zahl handelt, die leicht kommunizierbar und in die öffentliche Debatte einzubringen ist. Seine zwei Hauptnachteile: Erstens handelt es sich um einen zusammengesetzten Indikator, der es erfordert, seine Bestandteile einzeln zu messen, ohne klare und einvernehmliche Kriterien für ihre Gewichtung zu haben. Zweitens eignet er sich kaum dazu, entwickelte Länder differenziert miteinander zu vergleichen, die alle einen relativ hohen HDI haben.

- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation of Economic Cooperation and Development, OECD) hat im Anschluss an die Erklärung von Istanbul, die zum Abschluss des Weltforums von 2007 von der Europäischen Kommission,

der Organisation of the Islamic Conference, der UNO, der UNDP und der Weltbank gemeinsam unterzeichnet worden war, ein weltweites Projekt zur Messung des „Fortschritts von Gesellschaften“ entwickelt. Es soll dazu dienen, „die Entwicklung von Schlüssel-Indikatoren für wirtschaftlichen, sozialen und umweltlichen Wohlstand von Gesellschaften“ zu bestimmen. Drei Säulen menschlichen Wohlstandes werden in Betracht gezogen: Wirtschaft, Kultur und staatliche Ordnung, und zwar in Bezug auf die folgenden sechs grundlegenden Dimensionen menschlicher Zielsetzungen:

- physische und geistige Gesundheit,
- Wissen und Verstehen,
- Arbeit,
- materieller Wohlstand,
- Freiheit und Selbstbestimmung,
- interpersonale Beziehungen.

Im Jahr 2008 wird ein komplementärer Zugang zu Wohlstand und entsprechenden Messverfahren vorgeschlagen. Er berücksichtigt drei Schlüsselbereiche, die als drei „Kapitalien“ bezeichnet werden:

- Humankapital (es umfasst den Lebensstandard, d. h. materiellen Wohlstand), Gesundheit (geistige und physische), Wissen bzw. Fähigkeiten;
- Umweltkapital, welches sowohl natürliche Ressourcen (Wasser, Luft, Land, Mineralvorkommen) als auch die Biosphäre mit ihrem biologischen Reichtum umfasst;
- Wirtschaftskapital, unterteilt in physisches und technisches Kapital (Ausrüstungen, Gebäude, Infrastruktur und Vermögenswerte wie Software und Patente) sowie Finanzvermögen (vgl. OECD, 2008, S. 221).

Dieses Projekt und seine verschiedenen Zugangsweisen zeigen, wie vielschichtig der Wohlstandsbegriff ist und wie schwer es fällt, umfassende Werkzeuge zur Mes-

sung und Analyse von Wohlstand zu entwickeln.

- Der Europarat hat seine Arbeit auf sozialen Zusammenhalt ausgerichtet. Dieser Begriff geht über den des „Wohlstands“ hinaus, schließt ihn aber ein. In einem Papier zur Entwicklung von Indikatoren für sozialen Zusammenhalt, das 2004 veröffentlicht wurde, definiert der Europarat sozialen Zusammenhalt als „die Fähigkeit einer Gesellschaft, die Wohlfahrt aller ihrer Glieder zu gewährleisten, wobei Ungleichheiten so gering wie möglich gehalten werden sollen und Polarisierung zu vermeiden ist.“ (Europarat, 2005, S. 40). Zusammenhalt schließt u. a. vier Aspekte der Wohlfahrt ein, die auch als die „untrennbaren Dimensionen von Bürger-Wohlstand und als Bedingungen für eine friedliche Lösung sozialer Konflikte“ angesehen werden (ibid., p. 27): 1. Gleichheit (im Zugang zu Rechten); 2. Würde (jeder Person); 3. Selbstbestimmung (und persönliche Erfüllung); 4. Teilhabe (als volles Glied der Gesellschaft).

Im Jahr 2008 hat sich der Europarat in einer weiteren Studie zu „Begriffen und Werkzeugen für sozialen Zusammenhalt“ vor allem zum Postulat „Wohlstand für alle“ positioniert. Es wurde anerkannt, dass es um das „Ergebnis einer Vielfalt von persönlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Interaktionen geht, die ständig dem Wandel unterliegen“ (Europarat, 2008, S. 29). Aufbauend auf Untersuchungen, die verschiedene Institutionen in unterschiedlichen Kontexten durchgeführt haben, unterteilt der Europarat Wohlstand in ca. sieben oder zehn Dimensionen, die für ihn einen grundlegenden und allgemein gültigen Charakter haben. Er schlägt deshalb eine Reihe von Indikatoren vor, an denen „Wohlstand für alle“ erkennbar werden soll. Diese sind sowohl objektiver wie subjektiver als auch qualitati-

ver wie quantitativer Art. Sie lassen sich auf acht Gruppen aufteilen:

- Lebensunterhalt (sozio-ökonomische Rechte, Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Ausbildung, Anstellung, Einkommen, Kultur, Transport usw.);
- Lebensumwelt (Umgebung, Orte des Zusammenlebens, usw.);
- institutionelle Beziehungen (Formen des Austauschs und der Beratung, Anhörung der Bürger, Transparenz, Qualität der Dienstleistungen, usw.);
- mitmenschliche Beziehungen (Anerkennung, Solidarität, soziale Harmonie, Freundschaft, Familie);
- soziales Gleichgewicht (Gleichheit im Zugang zu Ressourcen, soziale Mobilität usw.);
- individuelles Gleichgewicht (zwischen Familien- und Arbeitsleben sowie den Aufgaben als Bürger, sodann Umgang mit Stress);
- Teilhabe, Engagement (in individueller und sozialer Verantwortung);
- Wahrnehmungen (Furcht, Gefühl der Sicherheit, Selbstvertrauen, Zukunftsvertrauen usw.).

Obwohl der Europarat den Fokus vor allem auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften richtet, sind die gewonnenen Einsichten auch für die Begriffsbildung von „Wohlstand“ und die Möglichkeiten, ihn zu messen, von großer Bedeutung.

Aufgrund dieser Studien kann man in stark vereinfachender Weise vor allem drei Hauptdeterminanten für den Wohlstand unterscheiden, nämlich

- wirtschaftliche,
- ökologische und
- soziale Faktoren.

Aber wenn es darum gehen soll, wie man ihn *messen* kann, liegt die Hauptschwierigkeit in der Vieldimensionalität des Wohlstands, welche objektive und subjektive, individuelle und kol-



lektive, qualitative und quantitative Indikatoren erfordert. Aus diesem Grunde konnten von den verschiedenen Kör-

perschaften und Organisationen bisher nur Indikatorengruppen, aber kaum ein einziger Indikator entwickelt werden.

dicators'). Im Ganzen sind es 11, die sich auf 10 Themen verteilen. Sie beziehen sich auf die übergreifenden Ziele der Strategie und wurden wegen ihres „hohen kommunikativen und erzieherischen Wertes“ gewählt (*Monitoring Report*, 2009, S. 34).⁵ Die anderen SDI-Kategorien haben keine gleichrangige Bedeutung, da sie oft nur Hintergrundinformationen liefern, aber nicht direkt mit einem der SDS-Ziele verknüpft sind. Einige Indikatoren werden noch weiterentwickelt.

Bemessung von Wohlstand und Lebensqualität in der EU

Innerhalb der Europäischen Union gab es im letzten Jahrzehnt zahlreiche Bemühungen, Wohlstand und Lebensqualität nicht nur am Bruttoinlandsprodukt zu messen. Daran waren – wie sich in den folgenden Ausführungen zeigen wird – zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt.

Die Lissabon-Strategie

Im März 2000 hat sich der Europäische Rat in Lissabon auf eine Zehn-Jahres-Strategie mit dem Ziel verständigt, Europa im Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Der erste Abschnitt der Strategie bezog sich auf Wirtschaft und Finanzen. Dafür waren die meisten Indikatoren und Verfahrensweisen bereits etabliert (Stabilitäts- und Wachstumspakt).

Die Ermittlung von Fortschritt in den beiden anderen Bereichen (Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt) erforderte hingegen neue, speziell zu entwickelnde Verfahren. Dabei war in Rechnung zu stellen, dass viele Bereiche dieses Abschnitts keine Gemeinschaftsaufgabe waren, sondern in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fielen. Deshalb verständigte man sich auf die so genannte „Offene Methode der Koordinierung (Open Method of Coordination, OMC)“. Sie basiert auf regelmäßigen Berichten der Mitgliedsländer an die Kommission, die auf dieser Grundlage gemeinsame Richtlinien und spezifische Empfehlungen erlässt. Erstmals wurde diese Methode im Jahre 1997 im Rahmen der Europäischen Strategie für Beschäftigung angewandt. Sie ist

dann auf die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit (OMC-SPSI, oder „social OMC“) ausgedehnt worden, die sich dadurch zum dritten Abschnitt der Lissabon-Strategie entwickelten.

Das mit der Lissabon-Strategie verbundene Analyseverfahren erforderte eine Reihe besonderer, manchmal völlig neuer Indikatoren. Sie wurden von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, entwickelt und werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

- Im Bereich Wirtschaft und Finanzen einigte sich die EU im Jahr 2002 auf 19 essentielle Indikatoren (Principal European Economic Indicators, PEEIs), die in sieben Feldern zur Anwendung kommen sollten: 1. Nationale volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Regierungskosten; 2. Außenhandel; 3. Zahlungsbilanz; 4. Preise; 5. Arbeitsmarkt; 6. Geschäftsstatistik; 7. Gewähr- und Finanzstatistik. Die Liste der PEEIs wurde im Jahr 2007 revidiert und auf 26 ausgeweitet.
- Nach der Zusammenkunft des Europäischen Rats in Göteborg im Juni 2001 wurde auch das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Strategy, SDS) mit mehr als hundert Indikatoren (Sustainable Development Indicators – SDIs) in die Lissabon-Strategie aufgenommen. Alle zwei Jahre gibt die Kommission einen Arbeitsbericht heraus, so zuletzt 2009; der nächste wird im laufenden Jahr folgen. SDIs sind in vier Kategorien aufgeteilt. Die erste Kategorie ist die der Hauptindikatoren („headline in-

- Auf dem Gebiet sozialer Sicherung und sozialer Teilhabe einigte man sich erstmalig in der Zusammenkunft des Europäischen Rats in Laeken im Dezember 2001 auf eine Reihe von besonderen sozialen Indikatoren (die sogenannten „Laeken Indikatoren“). Sie wurden ursprünglich in zehn primäre und acht sekundäre Indikatoren aufgeteilt.⁶ Im Mai 2006 nahm der Ausschuss für Sozialschutz (Social Protection Committee) eine überarbeitete Liste von übergreifenden Kriterien an, die durch Indikatoren für soziale Einbeziehung, Renten und Gesundheit ergänzt worden waren.
- Die hoch komplizierte Struktur der Lissabon Strategie mit einer Vielzahl von Zielen, die sukzessive erweitert wurden und denen oft der innere Zusammenhang fehlte (so genannter Weihnachtsbaum-Effekt) wie auch die wenig effiziente Durchführung, bei der man sich zur Erlangung der vereinbarten Ziele hauptsächlich auf den guten Willen der Mitgliedstaaten verließ, waren wohl Hauptursache für ihr enttäuschendes Ergebnis. Man unternahm deshalb im Jahr 2005 einen Neuersuch, der sich stärker auf Wachstum und Arbeitsplätze konzentrierte und vier Eckpunkte in den Blick nahm:

⁵ Gesamtliste von Hauptindikatoren, siehe <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators>.

⁶ Gesamtliste in Atkinson u. a., *JCMS* 2004 (42/1), S. 53–54.

- Investitionen in Wissen und Innovation;
- Erschließung unternehmerischer Potenziale;
- Investitionen in Menschen und Arbeitsmarktmodernisierung;
- Klimawandel und Energie.

Auch wurde eine Reihe von „strukturellen Indikatoren“ aufrechterhalten, die sich auf sechs Hauptgebiete bezogen:

- allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund;
- Beschäftigung;
- Innovation und Forschung;
- Wirtschaftsreform;
- sozialer Zusammenhalt;
- Umwelt.⁷

Diese Indikatoren dienen der Kommission für ihren jährlichen Bericht über Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie durch die Mitgliedsstaaten.

- Seit dem Jahr 2003 existiert eine neue, so genannte Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen (Statistics on Income and Living Condition, EU-SILC). In ihr werden alle EU-Länder, aber auch Island, Norwegen, die Schweiz und die Türkei erfasst. Ihre vorrangige Aufgabe ist die Sammlung von Informationen. Sie soll u. a. Auskunft geben über Einkommen und Lebensbedingungen in unterschiedlichen Haushalten, über Armut und sozialen Ausschluss sowie über Bildung und Gesundheit. (Eurostat, [Compact guide], 2010). EU-SILC liefert der EU wichtige Daten, die nicht nur für die verschiedenen Bereiche der Lissabon-Strategie, sondern auch für andere Politikgebiete der EU relevant sind. Eine umfassende Übersicht der mit Hilfe von EU-SILC beschafften Information wurde im Jahr 2010 veröffentlicht.⁸

Auch wenn die Ziele des Neustarts im Jahr 2005 ambitioniert waren, gelang es der Lissabon-Strategie nicht, sie zu erreichen. Die Wirtschafts- und Fi-

nanzkrise von 2008 hat zwar zu diesem Misserfolg beigetragen, aber die Vielzahl der Zielsetzungen und die unzureichende Umsetzung der Strategie werden als die Hauptgründe dafür angesehen. Man versuchte daraus zu lernen. Im Juni 2010 wurde vom Europäischen Rat eine neue Zehn-Jahres-Strategie verabschiedet.

EU 2020-Strategie

Die neue Strategie, die „EU 2020“ genannt wird, hat drei Prioritäten: Das Wachstum soll „intelligent, nachhaltig und integrativ sein“. Die Zahl quantifizierbarer Hauptziele auf EU-Ebene wurde auf fünf verringert. Doch wird jedes Hauptziel länderspezifisch angepasst: Damit soll der individuellen Situation jedes Mitgliedstaates Rechnung getragen werden, um so das gesetzte Ziel besser zu erreichen. Die fünf Hauptziele sind:

- **Beschäftigung:** Es wird eine Beschäftigungsquote von 75 % der 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer angestrebt.
- **Forschung und Entwicklung:** Die in diesem Bereich getätigten Investitionen sollen 3 % des BIP ausmachen.
- **Verbesserung des Umweltschutzes:** Die Treibhausgasausstoß soll gegenüber 1990 um 20 % verringert werden; der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch soll auf 20 % steigen und die Energieeffizienz soll sich um 20 % erhöhen.
- **Bildung:** Es wird angestrebt, die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken und den Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, auf 40 % der Bevölkerung zu erhöhen.
- **Armutsbekämpfung:** 20 Millionen Menschen sollen dem Armut- und Ausschlussrisiko entzogen werden.

⁷ Gesamtliste: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/documents/Complete_list_indicators.pdf.

⁸ A. Atkinson, E. Marlier (Hrsg.), *Income and Living Conditions in Europe*, Luxembourg, European Publications Office, 2010.

⁹ Einzelheiten in: http://ec.europa.eu/europe2020/tools/flagship-initiatives/index_de.htm.

¹⁰ Einzelheiten in: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication_de.pdf.

Zur Prüfung, inwieweit das letzte der Hauptziele erreicht wurde, dienen drei alternative Indikatoren:

1. Die Zahl der Personen, die in Haushalten mit sehr geringem Beschäftigungsgrad leben;
2. Die Zahl der Personen, die nach sozialen Umschichtungen dem Risiko der Armut ausgeliefert sind;
3. Die Zahl der Personen, die ernsthaften materiellen Mangel leiden.

Jedes EU-Land ist frei, den Indikator zu wählen, der am besten seiner spezifischen Situation entspricht, um das Ziel der Armutsverminderung zu erreichen.

Die Gesamtstrategie soll durch sieben „Leitinitiativen“ gefördert werden, die als „Katalysator“ für die Bemühungen der Mitgliedsstaaten und anderer Akteure dienen können.⁹

Im Januar dieses Jahres startete zum ersten Mal das Verfahren des „Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik“¹⁰, bei welchem dem Europäischen Rat mehr Bedeutung zuerkannt wurde. Zunächst wurde der erste jährliche Wachstumsbericht (Annual Growth Survey) durch die Kommission veröffentlicht. Im April legten die Mitgliedsländer der Kommission ihre nationalen Reformprogramme vor, in denen sie erläutern, wie sie die EU 2020-Strategie national durchführen wollen, um auf dieser Ebene die zuvor miteinander abgestimmten Ziele zu erreichen. Im Juni gab der Europäische Rat unter Zugrundelegung der Stellungnahme der Kommission länderspezifische Empfehlungen, um dadurch die Implementierung der Strategie weiter zu fördern.

EU 2020 wird so für alle Politikgebiete der EU zum Kriterium. Verhandlungen über den Finanzrahmen 2014 bis 2020 müssen sich daran messen lassen. Noch ist es zu früh, um zu sa-

gen, wie groß die Chance einer Verwirklichung dessen ist, was man sich davon verspricht.

Die Frage nach der Qualität von Wohlstand ist innerhalb der EU noch auf anderen Ebenen erörtert worden.

„Jenseits von BIP“ – ein weiterer Versuch zur Wohlstandsermittlung

Die Tagung „Jenseits von BIP“ wurde im November 2007 gemeinsam durchgeführt von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem Weltwährungsfonds, und der OECD. Sie sollte ein Meilenstein sein auf dem Weg zu einer besseren Kenntnis von Wohlstand, seiner Bemessung und der Entwicklung dazu dienender Indikatoren. Das Ziel dieser Initiative bestand darin, „zusätzliche Indikatoren [zu entwickeln], die so klar und ansprechend wie das BIP sind, aber andere Fortschrittsdimensionen – insbesondere umweltbezogene und soziale – mit einbeziehen [], um globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Armut, der Ressourcennutzung und der Gesundheit, zu begegnen“ (*Beyond GDP*, Webseite).

Im Anschluss an die Tagung positionierte sich die Europäische Kommission im August 2009 mit ihrer Stellungnahme „Das BIP und mehr: die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“¹¹. Darin werden fünf Maßnahmen

Zu nennen sind hier die Tagung „Jenseits von BIP“ (Beyond GDP) sowie der „Europäische Bericht über Lebensqualität“ (European Quality of Life Survey), der von Eurofound erstellt worden ist.

vorgeschlagen, die die Kommission zur Entwicklung von Indikatoren befähigen soll, die dem heutigen Wandel entsprechen. Hierzu gehören:

1. Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren;
2. Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung (was insbesondere auf dem Gebiet der Umweltfragen notwendig ist);
3. Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten;
4. Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung;
5. Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Der mit der Tagung „Jenseits von BIP“ initiierte Versuch zur Ermittlung von Wohlstand ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich um einen Prozess, der sich augenblicklich vollzieht und dessen Ergebnisse noch nicht feststehen. Eine Überprüfung ist „spätestens“ für 2012 vorgesehen.

Die Europäische Studie über Lebensqualität (EQLS)

An den Bemühungen zur Entwicklung alternativer Wohlstandsindikatoren ist auch die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) beteiligt. Sie hat ein Instrumentarium geschaffen, das über Wirtschafts- und Umweltstatistiken hinausgeht und versucht, Informationen direkt von betroffenen Einzelpersonen zu erlangen. Diese sollen auf den folgenden Gebieten be-

fragt werden: Beschäftigung, Einkommen, Ausbildung, Wohnung, Familie, Gesundheit, Verhältnis von Arbeit und Freizeit, wahrgenommene Lebensqualität. Eine Reihe qualitativer und quantitativer, objektiver und subjektiver, individueller und kollektiver Daten sollen

so gesammelt werden, um den Wohlstand der Europäer zu bestimmen.

Die erste Studie über Lebensqualität (EQLS) wurde im Jahr 2003 in 28 Ländern (den gegenwärtigen 27 EU-Mitgliedsländern und der Türkei) durchgeführt. Eine zweite, die im Jahr 2008 folgte, erfasste zusätzlich Kroatien, die frühere jugoslawische Republik Mazedonien und Norwegen. Die Ergebnisse der Studien bildeten die Grundlage für eine Reihe von Publikationen, die sich mit unterschiedlichen Themen wie Familie, Arbeit, Wohlbefinden etc. befassen. Es wurde auch eine Datenbank, die EurLIFE, mit Erhebungen zu objektiven und subjektiven Lebensbedingungen in Europa erstellt. EurLIFE gibt Auskunft über die Lebenssituation der Menschen auf zahlreichen Gebieten wie beispielsweise Gesundheit, Beschäftigung, Einkommen, Ausbildung, Familie, Sozialkontakte, Wohnung, Umwelt, Infrastruktur, Sicherheit, Muße, Lebenszufriedenheit¹². Es handelt sich wahrscheinlich um die umfassendste Übersicht in der EU und darüber hinaus.

Fazit und Ausblick

Die Suche nach einem einzigen, breit angelegten Wohlstandsindikator, der eine höhere Aussagekraft als das Bruttoinlandsprodukt besitzt, gleicht der unmöglichen Suche nach dem „Heiligen Gral“ (Ganoy und Lerais, 2007, S. 5-6). Dennoch haben einige akademische Kreise, verschiedene internationale Organisationen und zahlreiche NGOs in den vergangenen Jahren viel Arbeit geleistet, um den Begriff des Wohlstandes in seinen vielfältigen Dimensionen zu definieren und Indikatoren zu entwerfen, die nach den Qualitätsanforderungen von Eurostat „bedeutsam, genau, rechtzeitig, zugänglich, vergleichbar und kohärent“ sind.

¹¹ COM (2009) 433, 20.08.2009.

¹² <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eurlife/index.php>.



Wohlstand und das, was darunter subsumiert wird, verändert sich ständig. Darum ist das Bemühen, ihn zu ermitteln, eine nie endende Aufgabe. Das *European Policy Centre* zum Beispiel arbeitet gegenwärtig an einem zweijährigen Forschungsprogramm „Well-Being 2030“, das von der Europäischen Kommission unterstützt wird. Ziel dieses Projekts ist die Erarbeitung von Strategien für eine langfristig angelegte europäische Sozialpolitik. Dabei will es auch der Frage nachgehen, welche politischen Grundsatzentscheidungen notwendig sind, um bis zum Jahre 2030 einen wachsenden Wohlstand zu erzielen.¹³ Die Website der Tagung „Jenseits von BIP“ und die der „Stiglitz-Kommission“ werden regel-

KURZBIOGRAPHIE

Hervé Pierre Guillot SJ erwarb 1994 sein Diplom als Chemiker an der Europäischen Hochschule für Industrie und Chemie von Straßburg. 1999 trat er in den Jesuiten Orden ein. Philosophie und Theologie studierte er in Paris (2001–2004, 2006–2008) und ein Jahr lang als Erasmus Student in Innsbruck (2002–2003). 2009 graduierte er am College of Europe in Brügge. Seitdem arbeitet er am Jesuit European Office (OCIPE) in Brüssel (www.ocipe.info).

mäßig durch neue Beiträge aktualisiert, die Impulse für weiterführende Überlegungen geben.

Wohlstand geht alle an. Deshalb sind auch die christlichen Kirchen am entsprechenden Diskurs beteiligt. Das CALL Netzwerk (Church Action on Labour and Life/Kirchliche Aktion für Arbeit und Leben), das im April 2010 in Brüssel unter der Schirmherrschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ins Leben gerufen wurde, zeigt hier großes Engagement. Es veranstaltete in diesem Jahr in Deutschland eine Tagung zum Thema „Der Wachstumsfalle entgehen“ und erarbeitet gegenwärtig Eckpunkte für eine Wirtschaft, die durch Nachhaltigkeit und eine neue Wohlstandsqualität gekennzeichnet ist.

¹³vgl. EPC, Challenge Europe, 2011, S. 9.

QUELLEN UND LITERATUR

I. Webseiten

Beyond GDP: <http://www.beyond-gdp.eu/>
 Church Action on Labour and Life (CALL) Network:
<http://csc.ceceurope.org/issues/social-and-economic-issues/call-network/>
 Council of Europe: <http://www.coe.int/>
 EU2020 Strategy: http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm
 European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound): <http://www.eurofound.europa.eu/>
 Quality of Life: <http://eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/>
 EurLIFE indicators: <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eurlife/index.php>
 European Policy Centre (EPC): <http://www.epc.eu/>
 Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>
 GDP and Beyond: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/introduction
 EU2020 Indikatoren: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators
 Principal European Economic Indicators (PEEIs): <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/euroindicators/peeis>
 Sustainable Development Indicators: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators>
 Structural Indicators (Lisbon strategy): http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/introduction
 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): <http://www.oecd.org>
 „Stiglitz-Kommission“: <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>

United Nations Development Programme (UNDP): <http://www.undp.org/>

II. Dokumente, die online verfügbar sind

Beyond GDP, Measuring progress, true wealth, and the well-being of nations, [Conference Proceedings], Luxembourg, EUR-OP, 2009, <http://ec.europa.eu/environment/pdfs/2009/pub-2009-046-en.pdf>
 Canoy, Marcel; Lerais, Frédéric, „Overview paper for the Beyond GDP conference“, Brussels, European Commission [Bureau of European Policy Advisers (BEPA)], 2007, <http://www.beyond-gdp.eu/download/bgdp-bp-bepa.pdf>
 Wesselink, Bart; Bakkes, Jan; Best, Aaron; Hinterberger, Friedrich; ten Brink, Patrick, „Measurement Beyond GDP, Background document for the conference ‚Beyond GDP‘“, Brussels, 2007, <http://www.beyond-gdp.eu/download/bgdp-bp-mbgdp.pdf>
 White, Stephen; Zwirner, Oliver, „The use of indicators in the European Commission“, Brussels, 2007, <http://www.beyond-gdp.eu/download/bgdp-bp-white.pdf>
 Europäische Kommission, Das BIP und mehr, Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel, KOM(2009) 433, 20.08.2009, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF>
 Europäische Kommission, Abschluss des ersten Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Orientierungen für die Politik der Mitgliedstaaten 2011–2012, KOM (2011) 400, 07.06.2011, http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication_de.pdf

(Forts. S. 18)



- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound), First European Quality of Life Survey: Key findings from a policy perspective, Luxembourg, EUR-OP, 2007, <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2007/14/en/1/ef0714en.pdf>
- Eurofound, Second European Quality of Life Survey, Overview, Luxembourg, EUR-OP, 2009, <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/02/en/2/EF0902EN.pdf>
- Eurofound, Second European Quality of Life Survey, Quality of life in Europe 2003–2007, Luxembourg, EUR-OP, 2009, <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/77/en/1/EF0977EN.pdf>
- Eurofound, Second European Quality of Life Survey, Secondary Analyses, Luxembourg, EUR-OP, 2007, http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/2007/secondary_analysis.htm
- Eurofound, Trends in quality of life in the EU: 2003–2009, Résumé, Luxembourg, EUR-OP, 2010, <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2010/47/en/3/EF1047EN.pdf>
- Eurofound, Second European quality of life survey: subjective well-being in Europe, Luxembourg, EUR-OP, 2010, <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/108/en/1/EF09108EN.pdf>
- European Policy Centre, Growth, well-being and social policy in Europe: trade-off or synergy?, Brussels, EPC Challenge Europe Series, Issue 21, May 2011, http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_1281_challenge21.pdf
- Eurostat, European statistics on income and living conditions, Luxembourg, EUR-OP [Eurostat Compact Guide], 2010, <http://bookshop.europa.eu/uri?target=EUB:NOTICE:KS3110329:HTML>
- Eurostat, Feasibility study for Well-Being Indicators, Task 4: Critical review, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/documents/Feasibility_study_Well-Being_Indicators.pdf (Liste der Indikatoren: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/documents/suggested_list_indicators.pdf)
- Eurostat, Income and living conditions in Europe, Edited by Anthony B. Atkinson and Eric Marlier, Luxembourg, EUR-OP [Eurostat Statistical Books], 2010, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-31-10-555/EN/KS-31-10-555-EN.PDF
- Eurostat, Measuring progress towards a more sustainable Europe, 2007 monitoring report of the EU sustainable development strategy, Luxembourg, EUR-OP [Eurostat Statistical Books], 2007, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-77-07-115/EN/KS-77-07-115-EN.PDF
- Eurostat, Principal European Economic Indicators, A Statistical Guide, Luxembourg, EUR-OP [Eurostat Statistical Books], 2009, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-81-08-398/EN/KS-81-08-398-EN.PDF
- Eurostat, Sustainable development in the European Union, 2009 monitoring report of the EU sustainable development strategy, Luxembourg, EUR-OP [Eurostat Statistical Books], 2009, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-78-09-865/EN/KS-78-09-865-EN.PDF

III. Bücher

- Atkinson, Anthony B., Cantillon, Bea; Marlier, Eric; Nolan, Brian, Social Indicators, The EU and Social Inclusion, Oxford, Oxford University Press, 2002.
- Council of Europe, Concerted development of social cohesion indicators. Methodological guide, Strasbourg, Council of Europe Publishing, 2005.
- Council of Europe, Well-being for all. Concepts and tools for social cohesion, Strasbourg, Council of Europe Publishing [Trends in social cohesion, No. 20], 2008.
- Gadrey, Jean; Jany-Catrice, Florence, Les nouveaux indicateurs de richesse, Paris, La Découverte, 2007.
- McGillivray, Mark (Ed.), Human Well-being, Concept and Measurement, Basingstoke, Palgrave Mcmillan, 2007.
- Organisation for Co-operation and Development, Society at a Glance 2009. OECD Social Indicators, Paris, OECD, 2009.

IV. Aufsätze

- Atkinson, Anthony B., Marlier, Eric; Nolan, Brian, „Indicators and Targets for Social Inclusion in the European Union“, in Journal of Common Market Studies, 2004 (42/1), p. 47–75.
- Charolles, Valérie, „Indicateurs économiques et développement durable“, in Sociétal, 2010 (70/4), p. 78–88.
- Grasso, Marco; Pareglio, Stefano, „Ranking Quality of Life in the European Union“, in Rivista internazionale di scienze sociali, 2007 (115/2), p. 243–263.
- Guio, Anne-Catherine; Marlier, Eric, „The Laeken Indicators: Some Results and Methodological Issues in EU New Member States and Candidate Countries“, in EMERGO, 2004 (11/2), p. 21–48.
- Osberg, Lars; Sharpe, Andrew, „How are We Doing?, The Index of Economic Well-Being“, in Challenge, 2010 (53/4), p. 25–42.



Glücksforschung und Wirtschaftspolitik

Wachstum und Wohlstand unter neuer Perspektive



Johannes Hirata

Das Wirtschaftswachstum spielt weiterhin eine dominante Rolle als Ziel und Maßgabe gesellschaftlicher Entwicklung. Das muss einen neutralen Beobachter verblüffen: Auf der einen Seite scheint eine große Mehrheit dieses Ziel wie selbstverständlich anzuerkennen, ohne sich die Mühe zu machen, es im Einzelnen zu rechtfertigen. Auf der anderen Seite steht eine immer größer werdende Gruppe kritischer Köpfe; seit Jahrzehnten führen sie ein ganzes Arsenal an triftigen Gründen an, weshalb Wirtschaftswachstum ein äußerst fragwürdiges Ziel sei. Woher kommt diese Diskrepanz? Sind die Gegen Gründe nicht zwingend genug? Übersehen die Kritiker den wahren Wert wirtschaftlichen Wachstums? Oder begreifen die Befürworter einfach nicht, dass die Wirtschaft dem Glück zu dienen hat und nicht umgekehrt? Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, diese Fragen aus der Perspektive der Glücksforschung zu klären. Dadurch wird es möglich, deren Rolle in der Wirtschaftspolitik aufzuzeigen und den Beitrag darzustellen, den sie in den gesellschaftlichen Diskurs um Wohlstand und Wachstum einzubringen vermag.

Wirtschaftswachstum als naheliegendes Ziel der Wirtschaftspolitik

Bevor wir uns mit der Perspektive der Glücksforschung befassen können, lohnt es sich, die keineswegs triviale theoretische Rechtfertigung für die privilegierte Rolle von Wirtschaftswachstum zur Kenntnis zu nehmen. Diese beruht nämlich weder einfach auf einer unbegründet erfolgten Setzung, noch darauf, dass man sich in der Wohlfahrtsökonomik auf den Konsum von Marktgütern beschränkt, und sie ist auch nicht Ausdruck einer lebensfeindlichen, materialistischen Einstellung.

Vielmehr beruht der hohe Stellenwert von Wirtschaftswachstum auf zwei anderen Gründen:

- Zum einen auf der durchaus plausiblen Argumentation, dass mehr Geld stets mehr Freiheit bedeutet. Als die liquide Ressource schlechthin eröffnet Geldbesitz unzählige Möglichkeiten, seinen Reichtum für substantielle Vorteile zu ver-

wenden. Insbesondere ist es jedem prinzipiell freigestellt, ob er sein Einkommen in vollem Umfang für Konsum ausgeben oder einen Teil sparen möchte. Ein höheres Einkommen ist in diesem Sinne also immer besser als ein geringeres Einkommen, weil es für den Einzelnen zusätzliche Freiheit bedeutet. Wenn wir dazu noch – mit plausiblen Gründen – annehmen, dass der Einzelne sein Geld in der Regel so ausgibt – oder eben nicht ausgibt, sondern spart –, dass es seinen Interessen am besten dient, dann ergibt sich die Gleichung: mehr Einkommen = mehr Freiheit = besseres Leben. Dieses libertär inspirierte Argument für Wirtschaftswachstum korrespondiert mit dem Freiheitsanspruch moderner Demokratiekonzeptionen und kann deshalb aus einer solchen Konzeption heraus nicht ohne weiteres verwor-

fen werden – man muss dafür dann schon sehr gute Gründe haben.

- Der zweite wesentliche Grund für den hohen Stellenwert von Wirtschaftswachstum ist die leidenschaftslose Beobachtung, dass die allermeisten Menschen dazu neigen, Einkommenszuwächsen eine hohe Priorität zu geben. Sie sind selbst für moderate Einkommensverbesserungen oft bereit, stundenlang zur Arbeit zu pendeln, Risiken für Leib und Leben in Kauf zu nehmen, soziale Beziehungen zu vernachlässigen, den Wohnort zu wechseln usw. All dies spricht dafür, dass finanzieller Wohlstand auch aus Sicht des Einzelnen von großer Bedeutung ist und nicht ein lediglich von Ökonomen oder Politikern herbeigeredetes wirtschaftspolitisches Ziel.

Die Messung von Glück

Lange Zeit hat man sich auf die zugrundeliegende Intuition und die darauf



aufbauende logische Begründung verlassen müssen, dass steigende Einkommen ein besseres Leben ermöglichen und auch letztlich zu höherer Lebenszufriedenheit führen. Seit den 1950er Jahren versucht man, die Lebenszufriedenheit direkt zu messen. Das ermöglicht es, die Hypothese zu überprüfen, dass ein steigendes Einkommen höhere Lebenszufriedenheit bedeutet. Die auf diesen Daten beruhende Forschung ist inzwischen unter dem Begriff „Glücksforschung“ bekannt.

Gemessen wird das Glück auf denkbar einfache Art und Weise, nämlich mit einer direkten Frage. Zum Beispiel fragt das Eurobarometer, eine halbjährlich in der ganzen EU durchgeführte Umfrage, „Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen (1) sehr zufrieden, (2) ziemlich zufrieden, (3) nicht sehr zufrieden oder (4) überhaupt nicht zufrieden?“, und die Antwort, die eine Person auf diese Frage gibt, gilt dann als deren Lebenszufriedenheit. Andere Fragebögen verwenden leicht abgewandelte Fragen, von denen manche statt nach „zufrieden“ nach „glücklich“ fragen oder auch andere Skalen verwenden. Dabei wird schon deutlich, dass die so genannte „Glücksforschung“ nicht unbedingt das „Glück“ in einem umfassenden Sinne zum Gegenstand hat, sondern die Lebenszufriedenheit im Sinne der jeweils gestellten Frage. Eine Definition von Glück erübrigt sich daher, da wir in die Antworten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse nicht mehr – und nicht weniger – Bedeutung hineininterpretieren dürfen, als in der jeweiligen Fragestellung enthalten ist. Dieses Konstrukt wird üblicherweise mit „Lebenszufriedenheit“ oder mit „subjektives Wohlbefinden“ (als ungefähre Entsprechung des etablierten englischen Ausdrucks „subjective well-being“, abgekürzt mit „SWB“) wiedergegeben, jedoch wird häufig auch der Begriff „Glück“ synonym verwendet.

Die Methode der Datenerhebung stößt oft auf Skepsis, vor allem weil befürchtet wird, dass die Antworten

willkürlich ausfallen könnten und daher mehr über eine momentane Stimmung oder das individuelle, subjektive Verständnis der Frage als über die Lebenszufriedenheit verraten und damit einen Vergleich zwischen Personen unmöglich machen würden.

Ohne diese Einwände im Detail diskutieren zu können, seien hier kurz die wesentlichen Gründe angeführt, weshalb man den gewonnenen Daten durchaus trauen sollte. Eine eigene psychologische Sub-Disziplin – die Psychometrie – beschäftigt sich mit der Qualität derartiger Daten, und mit deren Methoden kann man sehr genau angeben, wie belastbar SWB-Daten sind. Dabei zeigt sich in Hinblick auf die *Validität* von SWB-Daten, die ein Maß dafür ist, wie zutreffend die gewonnenen Zahlen die tatsächliche Lebenszufriedenheit widerspiegeln, dass die gegebenen Antworten keineswegs willkürlich sind. So gibt es einen en-



Befragungen zu Lebenszufriedenheit und Glück zeitigen weithin verlässliche Ergebnisse

gen Zusammenhang zwischen der angegebenen Lebenszufriedenheit und der Anzahl der Freunde einer Person, der Häufigkeit, mit der eine Person lächelt, der Gehirnaktivitätsmuster oder auch zwischen der eigenen Einschätzung der Lebenszufriedenheit und derjenigen durch nahe Verwandte und Freunde. Zudem würde eine willkürliche Streuung der Antworten zwingend dazu führen, dass es keine statistischen Zusammenhänge zwischen der gemessenen Lebenszufriedenheit und anderen Merkmalen geben dürfte. Wie weiter unten ausgeführt wird, trifft dies aber keineswegs zu.

In Hinblick auf die *Reliabilität* der Daten, also der Frage, ob eine gegebene Frage unter genau gleichen Umständen immer gleich beantwortet wird, zeigt sich ebenfalls, dass die Daten aussagekräftig sind. In einer Studie, in der in einem umfangreichen Fragebogen

zu Beginn nach der Lebenszufriedenheit gefragt wurde und noch einmal am Schluss – wenn die Person sich nicht mehr an die erste Antwort erinnern dürfte –, gab über die Hälfte der Personen in beiden Fällen den gleichen Wert an (auf einer Skala mit sieben Kategorien) und von den verbleibenden gaben bis auf 8% eine Kategorie an, die an die ursprünglich angegebene Kategorie angrenzte (Andrews and Withey 1976, S. 78).

Die Qualität der SWB-Daten ist also ausreichend, um statistisch abgesicherte Aussagen treffen zu können, auch wenn sie nicht mit naturwissenschaftlicher Präzision aufwarten können.

Diesseits von psychometrischen Untersuchungen legen aber bereits einfache sprachphilosophische Überlegungen nahe, dass die Antworten keineswegs willkürlich sein werden und folglich auch eine gewisse Vergleichbarkeit gewährleistet sein wird. Selbstverständlich sind Aussagen über komplexe Gefühlszustände und über die subjektive Bewertung des eigenen Lebens zwischen Personen prinzipiell vergleichbar, denn sonst wäre es ja gar nicht möglich, dass Menschen sich verbal über derartige Phänomene verständigen. Die Frage ist also lediglich, wie präzise derartige Aussagen und Vergleiche sind, und nicht, ob sie überhaupt möglich sind. Der Hinweis, dass es Menschen gibt, die sich unter vergleichsweise schlechten Lebensbedingungen als zufrieden bezeichnen, während andere trotz materiellen Überflusses unzufrieden sind, ist kein gültiger Einwand gegen die Tauglichkeit dieser Daten, sondern im Gegenteil ein erstes Indiz dafür, dass wir diese Daten dringend brauchen, um den Zusammenhang zwischen Lebensbedingungen und Lebenszufriedenheit besser zu verstehen.

Diese Überlegungen deuten gleichzeitig die Grenzen der Vergleichbarkeit an. Da die Antworten unmittelbar vom jeweiligen Verständnis der Frage durch die befragte Person abhängen, sind Vergleiche über Sprach-

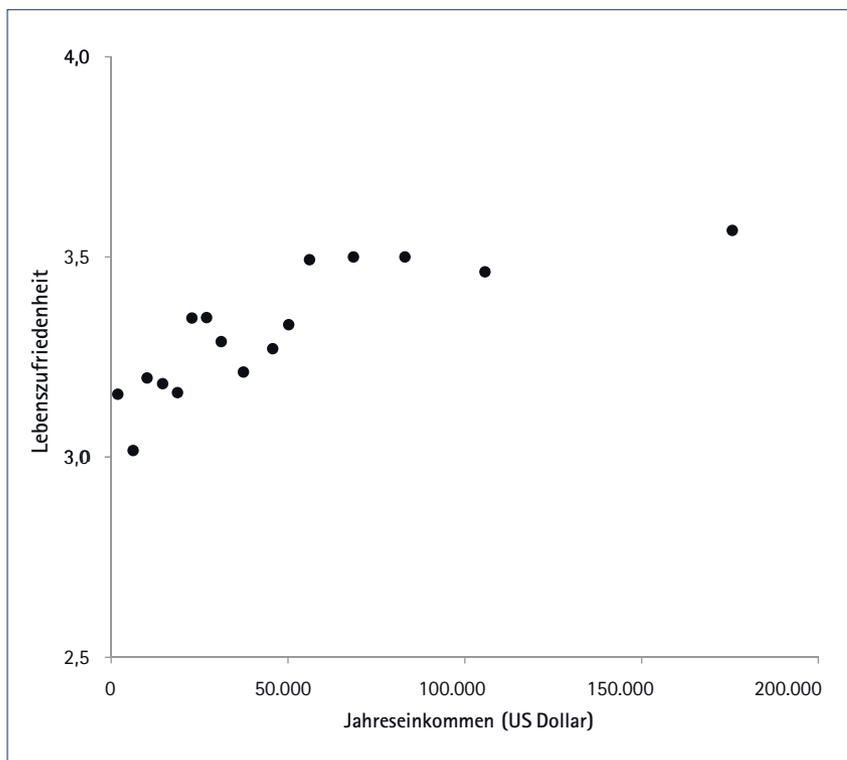


Abbildung 1: Lebenszufriedenheit in den USA 2008 nach Einkommensgruppen. Nach Daten der General Social Survey von 2008 (www.norc.org/GSS+Website). Die Lebenszufriedenheit wurde auf einer Skala von 1–4 gemessen.

unterdurchschnittlichen Einkommen. Abbildung 1 zeigt diesen Zusammenhang beispielhaft anhand von Daten aus den USA. Daraus geht ein weiteres typisches Phänomen hervor, nämlich die Beobachtung, dass auch die untersten Einkommensgruppen immer noch eine Lebenszufriedenheit in der oberen Hälfte der Skala angeben. Auch ist regelmäßig zu beobachten, dass die Super-Reichen nicht zufriedener sind als diejenigen, die nur etwas mehr als das Durchschnittseinkommen verdienen (das Durchschnittseinkommen war in dieser Stichprobe \$ 50.230).

Auch wenn man Länder miteinander vergleicht, findet man tendenziell eine Bestätigung der ökonomischen Hypothese. Zwar gibt es auch einige Länder mit geringem pro-Kopf-Einkommen, in denen die Lebenszufriedenheit hoch ist, aber es gibt kein Land mit einem hohen Einkommen (mehr als etwa 20.000 Dollar jährlich), in dem die durchschnittliche Lebenszufriedenheit unter dem Wert von 6 auf der Zehner-

grenzen hinweg mit Vorsicht zu interpretieren. In jedem Fall sind Länder-Rankings, bei denen ein Land mit einer durchschnittlichen Lebenszufriedenheit von 8,0 als glücklicher bezeichnet wird als eines mit einem Wert von 7,9 oder auch 7,5, äußerst fragwürdig, da eine so geringer Unterschied immer auch in unterschiedlichen Bedeutungsnuancen begründet sein kann, auch wenn der Fragebogen noch so sorgfältig übersetzt wurde.

Hängt das Glück vom Einkommen ab?

Die Ergebnisse empirischer Studien bestätigen zunächst die ökonomische Sichtweise, dass ein höheres Einkommen höhere Zufriedenheit bedeutet. Egal in welchem Land Leute befragt werden, immer sind diejenigen mit einem überdurchschnittlich hohen Einkommen tendenziell zufriedener mit ihrem Leben als diejenigen mit einem

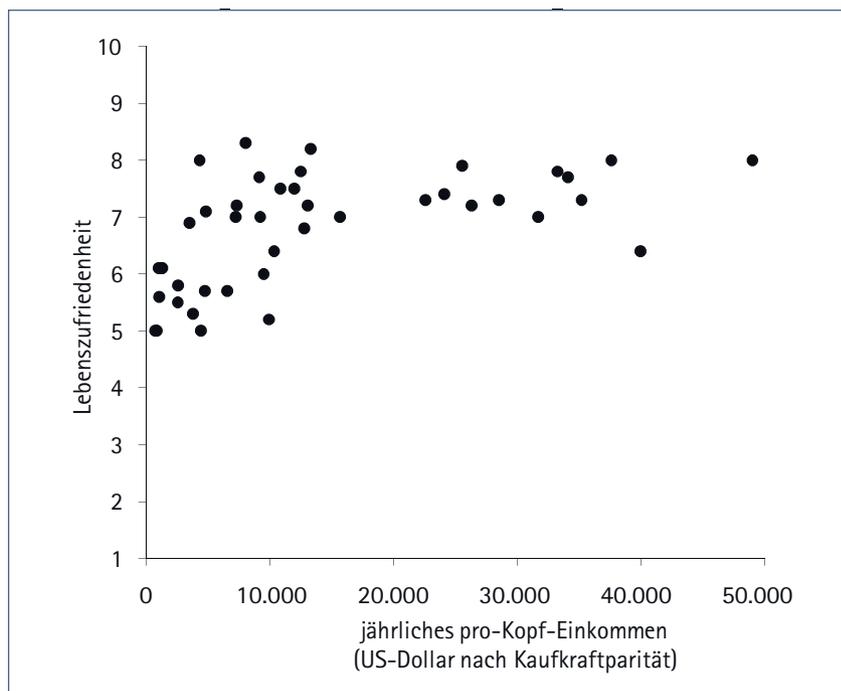


Abbildung 2: Lebenszufriedenheit und pro-Kopf-Einkommen in 42 Ländern 2007. Nach SWB-Daten der fünften Welle der World Values Survey (www.worldvalues-survey.org). Die Lebenszufriedenheit wurde auf einer Skala von 1–10 gemessen. Einkommensdaten sind von der Weltbank (data.worldbank.org) für 2007 umgerechnet in internationale US Dollar von 2005 zu Kaufkraftparitäts-Wechselkursen.

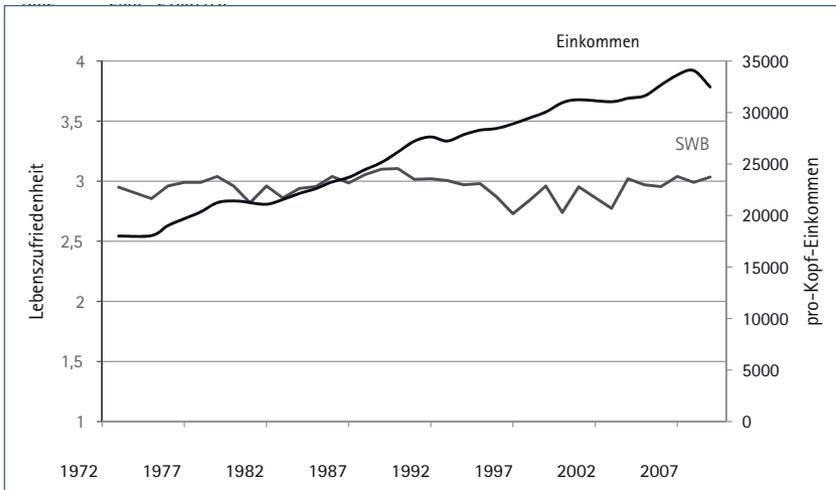


Abbildung 3: Lebenszufriedenheit und Realeinkommen in Deutschland (1973–2009) Nach SWB-Daten des Eurobarometer (http://ec.europa.eu/public_opinion). Die Lebenszufriedenheit wurde auf einer Skala von 1–4 gemessen. Einkommensdaten von Penn World Tables (<http://pwt.econ.upenn.edu>).

skala liegt. Mit anderen Worten, ein hohes Durchschnittseinkommen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Bevölkerung zufrieden ist. Es ist fast eine Art Versicherung gegen verbreitete Unzufriedenheit.

Kann man aus diesen Daten schließen, dass Wirtschaftswachstum tatsächlich zu immer höherer Lebenszufriedenheit führen wird? Dieser Schluss wäre methodisch aus zwei Gründen unzulässig: Zum einen ist es nicht ohne weiteres möglich, aus einer Korrelation auf eine Kausalität zu schließen – die tendenziell höhere Lebenszufriedenheit der Bewohner der wohlhabenden Länder muss nicht unbedingt durch den höheren Lebensstandard (mit-)verursacht werden. Zum anderen erlaubt

die Feststellung eines Zusammenhangs, selbst eines kausalen, auf der individuellen Ebene nicht den Schluss, dass dieser Zusammenhang weiterbesteht, wenn *alle* davon betroffen sind. So wäre es natürlich falsch, aus der Beobachtung, dass jemand dem morgentlichen Stau entkommt, wenn er schon um 7 Uhr ins Büro fährt, zu schließen, dass *alle* dem Stau entkommen würden, wenn *alle* um 7 Uhr ins Büro fahren – ein klassischer Fall dessen, was als „Trugschluss der Verallgemeinerung“ firmiert. Wie wir im Folgenden sehen werden, spielt dieser Trugschluss auch im Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit eine Rolle.

Was ist, wenn wir alle reicher werden?

Es ist zunächst aufschlussreich, neben Querschnittsstudien (also dem Vergleich von Individuen oder Ländern zu einem bestimmten Zeitpunkt) auch Längsschnittstudien (also der Veränderung der Lebenszufriedenheit im Laufe der Zeit) zu betrachten. Diese ergeben zwar kein sehr einheitliches Bild, aber bereits das lässt Zweifel an der ökonomischen Hypothese aufkommen, dass

mehr Einkommen mehr Lebenszufriedenheit bedeutet. So gibt es zwar einige Länder, bei denen Wirtschaftswachstum tatsächlich mit leicht ansteigender Lebenszufriedenheit einhergegangen ist (Sacks, Stevenson und Wolfers 2010), aber es gibt auch Länder, in denen die Lebenszufriedenheit nicht mit dem Einkommen steigt (und einzelne Länder, in denen die Lebenszufrieden-

heit gefallen ist). Insbesondere in den USA ist die Lebenszufriedenheit seit Anfang der 1970er-Jahre nicht mehr gestiegen, obwohl sich das pro-Kopf-Einkommen im gleichen Zeitraum inflationsbereinigt verdoppelt hat. Auch in Deutschland gibt es seit dem Beginn der Datenerhebungen im Jahre 1973 keinen Anstieg der Lebenszufriedenheit trotz einer Zunahme des realen pro-Kopf-Einkommens um gut 80% bis 2009 (s. Abb. 3).

Der scheinbare Widerspruch zwischen der Längsschnittbetrachtung – kein Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit – und der Querschnittsbetrachtung – positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit – lässt sich mit dem so genannten Relativeinkommen-Effekt („relative-income effect“) erklären, nach dem die Lebenszufriedenheit davon bestimmt ist, wie hoch das Einkommen einer Person *im Verhältnis* zu den Einkommen der anderen Mitglieder der Gesellschaft zu einem Zeitpunkt ist. Das bedeutet, dass eine Person wohl zufriedener würde, wenn ihr Einkommen als einziges wächst (bzw. wenn es schneller wächst als die Einkommen der anderen), aber dass niemand zufriedener wird, wenn *alle* Einkommen im gleichen Maße ansteigen. Diese Interpretation wird auch gestützt von Studien, in denen, wiederum in den USA, über 41 Jahre – von 1946 bis 1986 – Menschen gefragt wurden, welches Einkommen eine vierköpfige Familie braucht, um über die Runden zu kommen („to get along in this community“). Der durchschnittlich genannte Wert wuchs praktisch im gleichen Tempo wie das Realeinkommen (insgesamt um gut 120%) und lag immer etwa ein Viertel unter dem jeweiligen durchschnittlichen Realeinkommen der USA (Rainwater 1990, S. 4). Es scheint also auch in Bezug auf den Einkommen-Zufriedenheits-Zusammenhang der Trugschluss der Verallgemeinerung zuzutreffen: Wenn mein Einkommen steigt, werde ich zufriedener, aber wenn al-



le Einkommen steigen, wird niemand zufriedener.

Was genau hinter dem Relativeinkommen-Effekt steckt, soll weiter unten diskutiert werden. Hier ist zunächst die Feststellung von Interesse, dass unser oben geschildertes ambivalentes Verhältnis zu Wirtschaftswachstum damit durchaus verständlich wird: Es ist dann nämlich kein Widerspruch

mehr, einerseits weiteres Wirtschaftswachstum abzulehnen oder zumindest kritisch zu betrachten und andererseits, unter der Voraussetzung einer wachsenden Wirtschaft, für sich ein wachsendes Einkommen anzustreben, denn ein stagnierendes Einkommen inmitten von ansteigenden Einkommen würde dann einen Rückschritt bedeuten.

mit seinem Leben zufrieden zu sein als andere, genauso wie eine Person mit einem relativ hohen Einkommen mit einer etwas höheren Wahrscheinlichkeit zufriedener ist als der Durchschnitt.

Wie wichtig ist Einkommen fürs Glück?

Die Fokussierung auf den Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit soll nicht den falschen Eindruck vermitteln, dass Einkommen von entscheidender Bedeutung für die Lebenszufriedenheit des Einzelnen sei. Vielmehr ist es so, dass der Einfluss des Einkommens neben anderen Einflüssen verblasst. An erster Stelle der Bestimmungsfaktoren stehen weitgehend unveränderliche Persönlichkeitsmerkmale (wie Extraversion oder Neurotizismus) und die genetische Ausstattung, die gut die Hälfte der statistischen Varianz erklären (d.h. die Lebenszufriedenheit einer Person lässt sich alleine durch die Kenntnis ihrer Persönlichkeitsmerkmale bereits so gut eingrenzen, dass dann bereits 50% der Unterschiede zwischen Personen erklärt sind). Demnach ist die Lebenszufriedenheit einer Person weitgehend als Wesenszug zu verstehen und nicht primär als Folge der Lebensumstände. Die Information, dass eine Person unzufrieden ist, bedeutet also, dass sie mit recht hoher Wahrscheinlichkeit introvertiert und neurotisch veranlagt ist, während kaum vorherzusagen wäre, ob diese Person ein geringes oder ein hohes Einkommen bezieht (wobei es hier und im Folgenden jeweils immer um den statistisch isolierten Effekt dieser Einflüsse geht, also um den Vergleich zwischen sonst identisch gedachten Personen).

Ebenfalls von relativ großer Bedeutung sind soziale Bindungen. Die An-



Die Lebenszufriedenheit wird stärker durch unveränderliche Persönlichkeitsmerkmale bestimmt als durch die jeweilige Höhe des Einkommens

zahl der Freunde steht z.B. in deutlich engerem Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit als das Einkommen – wobei damit selbstverständlich offen bleibt, in welche Richtung die Kausalität wirkt.

Einen überaus negativen Zusammenhang gibt es zwischen der Lebenszufriedenheit und Arbeitslosigkeit, auch wenn die Arbeitslosen im Durchschnitt immer noch etwas über dem Mittelpunkt der Skala liegen.

Einen schwachen Zusammenhang gibt es zwischen dem Alter und der Lebenszufriedenheit – um die 50 sind Menschen generell etwas weniger zufrieden als davor oder danach –, und es gibt in den meisten Ländern keinen messbaren Unterschied zwischen Frauen und Männern.

Unterm Strich bleibt, dass veränderliche Lebensumstände im Gegensatz zu weitgehend unveränderlichen Persönlichkeitsmerkmalen nur etwa 20% der Unterschiede erklären können und das Einkommen hiervon wiederum nur etwa ein Viertel, also um die 5%. Wer relativ wenig verdient, ist also keineswegs zum Unglücklichsein verurteilt, sondern hat lediglich eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit, etwas weniger

Wie wichtig ist Glück überhaupt?

Die Frage zu stellen, wie wichtig Glück überhaupt ist, mag sonderbar erscheinen, da Glück doch das *summum bonum* zu sein scheint, nach dem der Mensch natürlicherweise strebt. Dennoch halte ich diese Frage für berechtigt und wichtig, und sie muss auf zwei verschiedenen Ebenen gestellt werden. Zum einen auf der individuellen Ebene in dem Sinn, wie wichtig es für den Einzelnen ist, glücklich zu sein, und zum anderen auf der gesellschaftlichen Ebene in dem Sinn, wie wichtig Glück als Ziel der Politik bzw. als Ziel gesellschaftlicher Veränderungsprozesse insgesamt ist.

Auf der individuellen Ebene, die hier nicht im Fokus steht und daher nur kurz angesprochen werden soll, würde eine Reduzierung aller möglichen Ziele auf das Glück wohl kaum den Inbegriff eines guten Lebens treffen. Dies würde ja bedeuten, dass alle anderen denkbaren Ziele lediglich zu Mitteln der Glückserreichung werden und dass wir beispielsweise Freundschaften nur deswegen pflegen, um glücklich zu werden und nicht auch aus Verbundenheit gegenüber den Freunden. Auch in moralischen Fragen lassen wir uns – glücklicherweise – ja von mehr bewegen als von der Aussicht auf Glück. Wer daran zweifelt und meint, moralische Integrität sei indirekt ebenfalls Glücksmaximierung, da man andernfalls unter Gewissensbissen zu leiden hat, möge das Gedankenexperiment durchspielen, eine Steigerung des eigenen Glücks – z.B. durch eine attraktivere Arbeitsstelle – dadurch erlangen zu können, dass er den Tod von 100 Menschen verursacht, aber diese Konsequenz unmittelbar nach der Ent-

scheidung für immer vergisst (so dass ihn auch keine Gewissensbisse plagen können). Wer in dieser Situation bereit ist, auf ein wenig mehr Glück zu verzichten, gibt damit zum Ausdruck, dass die Glückserfahrung nicht alles ist. Stattdessen scheint es uns darum zu gehen, *Gründe* zum Glücklichsein zu haben und diese auf weitgehend vertretbare Art und Weise zu verfolgen. Wenn eine uns nahestehenden Person schwer erkrankt ist, wollen wir ja nicht in erster Linie dieses bedrückende Gefühl loswerden, damit konfrontiert zu sein, sondern wir wollen, dass es der betroffenen Person wieder besser geht und wir damit einen Grund zum Glücklichsein haben.

Auf der gesellschaftlichen Ebene ist eine ähnliche Differenzierung angebracht. Bei der Frage des Stellenwerts von Glück für die Politik, insbesondere für die Wirtschaftspolitik, wird in der Glücksforschung oft die alte utilitaristische Intuition propagiert, dass „das größte Glück der größten Zahl“ (Bentham) anzustreben sei (z.B. Richard Layard in dem sehr informativen Buch „Die glückliche Gesell-



Der Inbegriff des guten Lebens lässt sich nicht auf das Glücklichsein reduzieren

schaft“). Viel häufiger noch wird dieser Gedanke nicht explizit formuliert, kommt aber implizit durch die Schlussfolgerungen zum Ausdruck, die dann eben regelmäßig empfehlen, diejenigen Veränderungen herbeizuführen, die aufgrund der statistisch ermittelten Zusammenhänge zu insgesamt mehr Lebenszufriedenheit führen.

Bei einer derartigen normativen Deutung empirischer Ergebnisse ist offenbar das Verständnis dafür abhanden gekommen, dass gesellschaftliche Entscheidungen im jeweiligen Lebenszusammenhang auch Sinn machen müssen – der Nachweis einer statistischen Korrelation reicht dafür noch lange nicht aus. Wenn Paare mit Kin-

dern unter sonst gleichen Bedingungen weniger zufrieden sind als Paare ohne Kinder (was die Daten regelmäßig ergeben), wäre es nicht nur ein naturalistischer Fehlschluss, zu meinen, dass es besser bzw. im Interesse der jeweiligen Paare sei, keine Kinder zu haben. Es wäre darüber hinaus zutiefst undemokratisch, über die Köpfe der Betroffenen hinweg Entscheidungen alleine in Hinblick auf die Folgen für die Lebenszufriedenheit fällen zu wollen, ohne den jeweiligen Sinnzusammenhang zu berücksichtigen (Thomä 2003, S. 155).

Die Frage des angemessenen Stellenwerts derartiger empirischer Forschungsergebnisse führt zunächst zu der Frage der angemessenen Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Allgemeinen. Dabei kommen auch Utilitaristen mit ihren so viel eindeutigeren Entscheidungsregeln nicht um die Erkenntnis herum, dass wir in demokratisch und freiheitlich verfassten Gesellschaften leben und dass dies gut so ist. Unter der Bedingung von Demokratie ist es weder zulässig noch erstrebenswert, wissenschaftliche Erkenntnisse am demokratischen Prozess vorbei umzusetzen, nur weil die Entscheidungsträger zu der privaten Überzeugung gelangt sind, dass sie damit dem Interesse der Gesellschaft dienen. Stattdessen sind wissenschaftliche Erkenntnisse immer nur als ein weiterer Gesichtspunkt in der Auseinandersetzung um die besten Argumente zu verstehen. Wenn sie sehr gut abgesichert und auch normativ weitgehend unstrittig sind, führen sie vielleicht tatsächlich recht direkt zu entsprechenden Veränderungen, aber entscheidend ist, dass sie durch legitimen Protest innerhalb der demokratischen Spielregeln potentiell zu Fall gebracht werden können. Idealerweise ist also jede noch so überzeugende wissenschaftliche Erkenntnis immer nur ein Input in den Diskurs einer deliberativen Demokratie, und in welcher Form diese dann politische Entscheidungen beeinflussen,



Glücksforschung hat eine aufklärende Funktion

ist innerhalb eines solchen Diskurses zu bestimmen.

In diesem Sinne hat die Glücksforschung, wie jedes andere Forschungsfeld auch, aufklärende Funktion. Zum Beispiel ist die Erkenntnis, dass die Lebenszufriedenheit vom Einkommen weniger beeinflusst wird, als die meisten vermuten würden, an sich wichtig und wertvoll, aber der Gesellschaft sollte freigestellt sein, wie sie mit dieser Erkenntnis umgeht. Außerdem sind im gesellschaftlichen Diskurs noch andere Dinge als die Maximierung von Glück bedeutsam, insbesondere deontologische Gesichtspunkte, also vor allem die Frage, welches Recht einer Person auf bestimmte Vorteile zusteht. Wenn aufgrund der Beobachtung, dass die Lebenszufriedenheit von Männern stärker von dem Verlust des Arbeitsplatzes beeinträchtigt wird als die von Frauen, Männern ein umfassenderer Kündigungsschutz gewährt würde als Frauen, würden diese wohl zu Recht dagegen protestieren.

Aus diesen Gründen taugt die Lebenszufriedenheit auch nur bedingt als bessere Alternative zum Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator. Möglicherweise wäre ein solcher Indikator etwas weniger schlecht, da er umfassender ist und eben viel näher an der Wurzel ansetzt als das BIP, aber er würde in fast dem gleichen Maße von der gewichtigen ökologisch motivierten Kritik getroffen werden, die Auswirkungen auf die Zukunft zu vernachlässigen. Die gemessene Lebenszufriedenheit ist natürlich immer nur auf die gegenwärtige Lebenszufriedenheit heute lebender Generationen bezogen, so dass die negativen Folgen für künftige Generationen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Wenn wir unsere Lebenszufriedenheit auf Kosten künftiger Generationen steigern, wird ein Glücksindex das nicht angemessen reflektieren.



Welche Rolle bleibt für die Glücksforschung?

Wenn die Glücksforschung also nur mittelbar in die Politik hineinwirken soll und außerdem nicht alle Aspekte guter Entwicklung erfasst, welche Rolle bleibt dann für ihre Erkenntnisse? Im Sinne einer aufklärenden Funktion innerhalb des politischen Diskurses in einer deliberativen Demokratie dürfte ihr zentraler Beitrag für die Wirtschaftspolitik in dem Verständnis des bereits oben angesprochenen Relativ-einkommen-Effekts bestehen. Da dieser Effekt selbst wiederum durchaus vielschichtig ist, bedarf es hier einer etwas genaueren Betrachtung.

Zunächst scheint eine Erklärung auf der Hand zu liegen: Menschen sind weniger zufrieden, wenn sie weniger verdienen als andere, weil sie sich mit anderen vergleichen und mit Neid auf den höheren Lebensstandard ihrer Nachbarn blicken. Auch wenn an dieser Sichtweise zweifellos etwas dran ist, taugt sie bei näherem Hinsehen nicht als alleinige und wohl auch nicht als primäre Erklärung. Bereits die Beobachtung, dass das Einkommen, das als notwendig erachtet wird, um über die Runden zu kommen (s. oben), proportional mit dem durchschnittlichen Einkommen wächst, steht damit in Widerspruch, denn „über die Runden kommen“ setzt ja wohl kaum die Abwesenheit von Neid voraus.

Stattdessen erscheint es plausibler, dass mit steigendem Lebensstandard einer Gesellschaft – also Wirtschaftswachstum – die Lebensbedingungen sich derart verändern, dass sich für eine Person mit gleichbleibendem Realeinkommen handfeste Nachteile aus dem steigenden Wohlstand der anderen ergeben. In einer immer wohlhabenderen Gesellschaft würde es demnach auch inflationsbereinigt immer teurer, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Schon Adam Smith kam zu dem Schluss, dass der Besitz von Leinenhemden und Lederschuhen erst im Laufe der Zeit zu einer Voraussetzung für gesellschaftliche Anerken-

nung geworden ist und dass nicht nur diejenigen Güter lebensnotwendig sind, auf die der Mensch physisch angewiesen ist, sondern auch diejenigen, die von den „etablierten Anstandsregeln“ vorgeschrieben werden (Smith 1979/1776, S. 870). Übertragen auf die heutige Zeit ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ernsthaft in Frage gestellt, wenn man kein Handy und keinen Breitbandanschluss hat und wenn man seine Kinder nicht mit hochwertiger Markenkleidung ausstattet – auch wenn all diese Dinge noch vor wenigen Jahren keineswegs Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe waren. Allgemein gesprochen erfordern die sich wandelnden Lebensumstände und die damit zusammenhängenden sozialen Normen einen immer höheren finanziellen Aufwand für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung.



Die Problemanzeigen der Glücksforschung ersetzen keine politischen Entscheidungen, doch sie bereichern den wirtschaftspolitischen Diskurs

Ein weiterer Grund, aufgrund eines *relativ* geringen Einkommens unzufrieden zu sein, kann darin bestehen, dass eine Person ihr Gehalt nicht nur als niedrig, sondern auch als *ungerechtfertigt* niedrig betrachtet. Ob diese Einschätzung im Einzelfall berechtigt ist, mag nicht immer unstrittig sein, aber es ist grundsätzlich wichtig, diese Ursache für Unzufriedenheit klar von Neid abzugrenzen. Wenn eine Frau, die ganz offensichtlich allein

aufgrund ihres Geschlechts schlechter bezahlt wird als ihre männlichen Kollegen, deshalb unzufrieden ist, hat dies natürlich eine ganz andere Qualität und ist normativ völlig anders zu bewerten, als wenn ein Millionär neidisch auf einen anderen ist, weil dieser mehr Glück bei seiner Geldanlage hatte. Möglicherweise spielt für die Erklärung der geringeren Zufriedenheit der Niedrigeinkommensbezieher und auch der Arbeitslosen die Erfahrung von unfairer Behandlung durch die Gesellschaft eine bedeutsamere Rolle als Neid.

Was Arbeitslosigkeit angeht, ist eine weitere Erkenntnis von grundlegender Bedeutung: In allen zu dieser Frage durchgeführten Studien kommt ganz deutlich zum Vorschein, dass die große Mehrheit der Betroffenen unter dem Verlust des Arbeitsplatzes an sich viel mehr leidet als unter dem damit einhergehenden Einkommensverlust. Selbst mit einer fast beliebig hohen finanziellen Unterstützung würde ein Arbeitsloser nach diesen Daten nicht wieder seine ursprüngliche Lebenszufriedenheit erreichen.

Gerade in Bezug auf die Feststellung, dass bestimmte Personengruppen unter einer außergewöhnlich niedrigen Lebenszufriedenheit leiden, wie eben Arbeitslose, aber auch alleinerziehende Eltern oder Migranten, kann erwartet werden, dass die Erkenntnisse der Glücksforschung den wirtschaftspolitischen Diskurs bereichern. Auch wenn die Maximierung des gesellschaftlichen Glücks nicht erstrebenswert ist, weisen diese Erkenntnisse auf ernstzunehmende Problemlagen hin und erlauben eine bessere Einschätzung der wahrgenommenen Lebenswirklichkeit der betroffenen Personen.

Brauchen wir Wachstum, um glücklich zu sein?

Das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Glück ist mit dem bisher Gesagten noch nicht letztlich geklärt. Jedoch könnte die Beobachtung, dass es keinen positiven Einfluss von Wirt-

schaftswachstum auf die durchschnittliche Lebenszufriedenheit zu geben scheint, den Schluss nahelegen, dass wir ohne weiteres auf Wirtschaftswachstum verzichten könnten – und

angesichts ökologischer Überlegungen auch sollten. Dieser Schluss ist jedoch nicht zulässig, da die Daten ja lediglich hergeben, dass bei steigenden Einkommen die Lebenszufriedenheit konstant bleibt, und es wäre durchaus denkbar, dass wirtschaftliche Stagnation zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit führt. Bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass die Frage, ob oder wie viel Wirtschaftswachstum anzustreben ist, möglicherweise falsch gestellt ist.

Im vorherrschenden wirtschaftspolitischen Diskurs, in dem Wirtschaftswachstum ein weitgehend unhinterfragtes Ziel darstellt, wird selten ausgesprochen, was Wirtschaftswachstum denn so erstrebenswert macht. Genaugenommen ist Wirtschaftswachstum ja nur eine hoch aggregierte Kennzahl, die die Zunahme der gesamten in einem Jahr erzielten Wertschöpfung angibt. Aber was genau ist daran erstrebenswert? Offenbar wird Wirtschaftswachstum deshalb befürwortet, weil es als notwendige Voraussetzung für weitgehend unstrittig erstrebenswerte Dinge erachtet wird, wie Beschäftigung, die Bekämpfung von Armut, die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte etc. Dann muss es jedoch verwundern, dass nicht in erster Linie diese Ziele selbst befürwortet werden, sondern Wirtschaftswachstum. Selbst dann, wenn Wachstum eine notwendige Voraussetzung z.B. für ein bestimmtes Beschäftigungsziel wäre, ist nicht einzu- sehen, Wirtschaftswachstum anzustreben anstatt Beschäftigung, jedenfalls solange es keinen eindeutigen, starren Zusammenhang zwischen beiden Größen gibt. Ein bestimmtes Beschäf-

tigungsziel könnte z. B. sowohl bei 2% als auch bei 4% Wirtschaftswachstum erreicht werden, je nachdem, ob beispielsweise die jährliche Arbeitszeit pro Kopf konstant bleibt oder nicht. Wenn also eine solche starre Gesetzmäßigkeit nicht vorliegt, kann die Fokussierung auf Wachstum anstatt auf Beschäftigung möglicherweise zu Entscheidungen führen, die u. U. gar keinen Beschäftigungseffekt haben, z. B. zur Entscheidung, die Jahresarbeitszeit zu erhöhen.

Eine starre Gesetzmäßigkeit ist dabei in den wenigsten Fällen zu erwarten. Natürlich wirkt sich das Wirtschaftswachstum (jedenfalls bei konstanter Bevölkerungsgröße) eins zu eins auf das Durchschnittseinkommen aus, und wenn die Einkommensverteilung sowie die Aufteilung des Bruttoinlandsprodukts auf Kapital- und Arbeitseinkommen unverändert bleiben (was bereits recht weitgehende Einschränkungen sind), profitieren dann auch tatsächlich die meisten Menschen von einem steigenden Lebensstandard. Der Wert eines solchen Anstiegs ist jedoch angesichts des Relativeinkommen-Effekts äußerst fragwürdig.



Auf dem Weg zu gesellschaftlich sinnvollen Zielen ist Wirtschaftswachstum ein mögliches Mittel, manchmal auch nur Nebenwirkung

Analoges gilt natürlich auch für die Gegner von Wirtschaftswachstum, die ebenfalls unterstellen müssen, dass Wirtschaftswachstum unver-

meidlich und mit einer starren Gesetzmäßigkeit negative Folgen nach sich zieht. Insbesondere ist Kritik an Wirtschaftswachstum wohl meistens ökologisch begründet, aber auch hier gibt es sicherlich keine starre Gesetzmäßigkeit, da Wirtschaftswachstum mehr oder weniger ressourcenintensiv und, zumindest theoretisch, auch ressourcenschonend ausfallen kann. Dann macht es jedoch mehr Sinn, eine Rückführung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung anzustreben als wirtschaftliche Stagnation.

Diese Einsicht stellt die Diskussion über die Bedeutung von Wirtschaftswachstum vom Kopf auf die Füße: Es macht genau so wenig Sinn, Wachstum zu verherrlichen wie es zu verteufeln, weil sich Wachstum so oder so manifestieren kann und weil die von den Befürwortern angeführten Vorteile von Wachstum möglicherweise auch auf andere Weise herbeigeführt werden können, genauso wie die von den Gegnern angeführten Nachteile möglicherweise unabhängig vom Wirtschaftswachstum vermeidbar sind, weil sie keine zwangsläufigen Folgen von Wachstum sind.

Fazit

Genau hier dürfte der wertvollste Beitrag der Glücksperspektive liegen, nämlich die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen, d. h. wieder die Ziele in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die (vermeintlichen) Mittel. Es muss uns doch darum gehen, wie wir gut leben und fair zusammenleben können, und

LITERATUR

Andrews, F. M./Withey, S. B. (1976): Social Indicators of Well-Being. New York.

Rainwater, L. (1990): Poverty and Equivalence as Social Constructions. Luxembourg Income Study Working Paper No. 55. <http://www.lisproject.org/publications/liswps/55.pdf>.

Sacks, D. W./Stevenson, B./Wolfers, J. (2010): Subjective Well-Being, Income, Economic Development and Growth. Federal Reserve Bank of San Francisco Working Paper Series.

Smith, A. (1776/1797): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Oxford.

Thomä, D. (2003): Vom Glück in der Moderne. Frankfurt a. M.



dazu gehört viel mehr als materieller Wohlstand und was sonst noch durch objektive Kennzahlen erfasst werden kann. Wenn wir uns um diese wirklich wichtigen Ziele sorgen, dann werden wir wahrscheinlich immer noch Wirtschaftswachstum haben, weil Produkte und Prozesse auch ohne staatliches Zutun im Laufe der Zeit immer besser und effizienter werden. Wenn dieses Wachstum geringer ausfällt als sonst, ist dies aber kein schmerzliches Op-

fer, sondern genau das richtige Maß, das im Einklang ist mit einer wohlbedachten Abwägung zwischen vielen konkurrierenden Zielen, unter denen eines vielleicht immer noch zunehmender materieller Wohlstand ist. Wirtschaftswachstum hätte dann genau den richtigen Stellenwert, nämlich als Nebenwirkung von Entwicklungen, die in Hinblick auf Glück, Gerechtigkeit und mögliche andere Ziele erstrebenswert sind.

KURZBIOGRAPHIE

Johannes Hirata, Dr. oec., Diplom-Volkswirt, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Maastricht (NL) und Toulouse (FR); nach wissenschaftlicher Tätigkeit am Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen (CH) und längeren Forschungsaufenthalten in Brasilien und Bhutan (u. a.) ist er seit 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Osnabrück; Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsethik, Glücksforschung und Wohlfahrtsökonomie; aktuelle Veröffentlichungen: Happiness, Ethics and Economics, London 2011; Bhutan's Bruttonationalglück, in: Bormans, L. (Hg): Glück – The World Book of Happiness, S. 145–147, Köln 2011; Glücksforschung: Stand der Dinge und Bedeutung für die Ökonomik, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Vol. 61 (2010), S. 127–149.



Arts & ethics

Seht euch die Vögel des Himmels an:
Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln
keine Vorräte in Scheunen;
euer himmlischer Vater ernährt sie.
Seid ihr nicht viel mehr wert als sie?

Euch aber muss es zuerst um sein Reich und
um seine Gerechtigkeit gehen;
dann wird euch alles andere dazugegeben.

Mt 6, 26, 33



Ansicht

Die Dinge sehen, ansehen, anders sehen, den Moment erfassend,
bewusst, den Kairos, bereit und
eine Kamera zur Hand.

Gerichtete Wahrnehmung aufs Alltägliche:
Farbe, Form, Körper, Struktur, Ordnungsmuster, die Schönheiten
der Schöpfung, wie auch die ihres Zerfalls, ihrer Zerstörung, ihres
Vergehens auf den Punkt gebracht – Kontemplationen.

Die Aufnahmen meiner Bilder sind grundlos, geschuldet lediglich
dem Augenblick; Begründungen verstellen den Dialog.

Es kostet Zeit, Zeit zu sehen, anzusehen, anders zu sehen;
die ganze Welt ist eine Galerie mit ständig wechselndem Programm.

*Christian J. Matuschek (*1968) ist freischaffender Fotograf und Theologe.
Nach einem längeren Aufenthalt in New York City lebt und arbeitet er nun am nördlichen
Rand des Sauerlands als Vikar im Pastoralverbund Warstein.
Weiteres unter www.foto-lounge.de*



Trickle-down economics – digitale Aufnahme, Wien 7/11,
© Christian J. Matuschek / www.foto-lounge.de

Befähigung zum Gedeihen

Auf dem Weg zu integrativen Wirtschaftsindikatoren



Seit knapp zwei Jahrhunderten leben wir in der Welt eines enormen wirtschaftlichen Wachstums. Es hat in den dadurch wohlhabenden Ländern den Hunger überwunden, stößt aber nun an seine ökologischen Grenzen. Seit einigen Jahren wird daher darüber diskutiert, wie man den traditionellen Wohlfahrtsindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen könnte, um zu einer integrativeren Wohlstandsmessung zu kommen. Dabei soll neben der produktiven Wirtschaftsleistung auch die Lebensqualität der Menschen sowie die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens Berücksichtigung finden. Das allgemeine Ziel der Messung dieser Indikatoren besteht dabei in der Befähigung zum Gedeihen (Amartya Sen). Von der christlichen Sozialethik kann diese Debatte nur begrüßt werden. Denn die Religionen haben stets das Bewusstsein dafür wach gehalten, dass „der Mensch nicht vom Brot allein lebt“ und ein gedeihliches Leben zwar auch, aber nicht ausschließlich aus materiellen Werten besteht.



Michael Schramm

Am 16. Oktober 2009 wurde die geneigte Öffentlichkeit durch die Frohbotschaft beglückt, dass die Bundesregierung nach dem Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent im Jahr 2009 für das Jahr 2010 wieder mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent rechne. Gott sei Dank sei die Konjunktur in Deutschland „auf Erholungskurs“. Schon vorher hatte Bundeskanzlerin Merkel am 11. Februar 2009 vor der Industrie- und Handelskammer in Berlin erklärt: „Wir müssen alles tun für mehr Wachstum. [...] Deshalb ist der Schlüssel dessen, was

wir schaffen müssen, Wachstum“¹. Das Wachstum (des Bruttoinlandsprodukts) beherrscht nach wie vor die politischen Diskussionen. In den letzten Jahren ist dieses Wachstum als *der* Schlüssel und Maßstab für das menschliche Wohlergehen jedoch in den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskursen ins Gerede gekommen: Macht uns materielles Wachstum wirklich glücklicher? Kann es in einer endlichen Welt überhaupt unendliches Wachstum geben? Brauchen wir daher nicht noch ganz andere, alternative Wirtschaftsindikatoren?

Unterschiedliche Wahrnehmungen

Die Tatsachen sind beeindruckend. Nachdem die Welt seit der Geburt Christi fast zweitausend Jahre lang überhaupt kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte, explodierte die wirtschaftliche Leistung vor allem in den westlichen Ländern. Seit knapp zwei Jahrhunderten leben wir in der Welt eines enormen wirtschaftlichen Wachstums: Die Weltwirtschaft produziert heute etwa das Achtundsechzigfache des Jahres 1800². Und obwohl

in dieser Zeit die Weltbevölkerung stark angewachsen ist und wohl weiter wachsen wird – zwischen 1800 und 2050 wird sich die Zahl der Menschen von 0,9 auf 9,0 Milliarden verzehnfachen –, ist auch das Pro-Kopf-Einkommen weltweit in beeindruckender Weise gestiegen: Es ist heute mehr als neunmal so hoch wie 1820³. Eine zweifels- ohne beeindruckende Bilanz. Gleichwohl ist ein erbitterter Streit um dieses Wirtschaftswachstum entstanden.

- So schreibt etwa Karl-Heinz Paqué in seinem Buch „Wachstum!“: „Wachstum [...] ist nicht der falsche Weg. Im Gegenteil, es ist der einzige Weg, wie überhaupt im Weltmaßstab die großen Ziele der Menschheit erreicht werden können. [...] Es hat [...] als politisches Ziel nicht nur wirtschaftliche, sondern auch moralische Bedeutung.“⁴ Und weiter: „Allein das globale Wachstum selbst kann jene Kräfte in Gang setzen, die den Wohlstand mit einer Stabilisierung des Klimas in Einklang bringen.“⁵
- In völligem Kontrast hierzu diagnostiziert Meinhard Miegel im Wachstum eine pseudoreligiöse Ideologie: „Als Ideologie hat das Wachstum der Wirtschaft die prosaische Sphäre des Handfest-Irdischen verlassen und Züge des Metaphysisch-Religiösen angenommen. Wachstum hat sich in gewisser Weise zur Religion unserer Zeit entwickelt und

¹ Zitiert nach: Miegel (2010), S. 12.

² Zahlenmaterial bei Maddison (2007). Vgl. auch Paqué (2010), S. 6; Jackson (2009/2011), S. 28.

³ Vgl. Paqué (2010), S. 6.

⁴ Paqué (2010), S. 1.

⁵ Ebd., S. 96.



 Manche halten Wachstum für alternativlos, andere wännen sich in einer „Postwachstumsgesellschaft“

bedarf als solche keiner rationalen Begründungen mehr.“⁶ So sei „[a]n den Türstößen der Moderne [...] an die Stelle Gottes das Wachstum getreten, und dieser Gott Wachstum duldet keine fremden Götter neben sich“⁷. Aber es handle sich nicht nur um einen eifersüchtigen Gott, sondern auch um einen Gott, dem buchstäblich alles „zum Opfer“ falle: „Menschen, Tiere und Pflanzen; Landschaften, Städte und Kulturen; Familien, Freundschaften und Nachbarschaften; Nächsten- und Fernstenliebe; Lebenssinn und Lebensglück.“⁸

Während die einen also überhaupt keine Alternative jenseits des Wirtschaftswachstums sehen, wännen sich andere bereits in einer „Postwachstumsgesellschaft“ und propagieren eine „Steady-State-Ökonomie“ (wie Herman Daly schon vor Jahrzehnten⁹). In dieser Lage tun wir gut daran, nicht einfach undifferenziert von *dem* „Wachstum“ zu sprechen, sondern das Pro und Contra unterschiedlicher Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums etwas auszuloten. Mir scheinen vier Punkte in diesem Zusammenhang relevant zu sein:

Wachstum ist nicht gleich Wachstum

Während ein „unendliches“ Wachstum im Bereich der organischen Natur wohl als Krankheit („Krebs“) einzustufen ist, gibt es im Bereich des immateriellen Wissenswachstums keine definierbare Grenze, die der Mensch nicht überschreiten sollte. Freilich bleibt alles menschliche Wissen fragmentarisch, doch immer ist mehr Wissen besser als weniger. Das wusste auch bereits

der griechische Philosoph Aristoteles: Während er bei den ethischen Tugenden die goldene „Mitte“ (mesotes) propagierte, galt dies für ihn *nicht* für die kognitiven („dianoetischen“) Tugenden, kurz: das Wissen. Vom Wissen kann man gar nicht genug haben.

Nun ist aber auch zumindest ein Teil des Wirtschaftswachstums auf ein Anwachsen des Wissens zurückzuführen. Dies betont etwa der Ökonom Karl-Heinz Paqué: „Wachstum der Wirtschaft heißt vor allem Wachstum des Wissens.“¹⁰ Wenn der Sozialwissen-

Wirtschaftswachstum ist oft Wissenswachstum

schaftler Friedrich August von Hayek den Markt Wettbewerb als ein „Entdeckungsverfahren“ bezeichnet, dann ist das, was da neu entdeckt wird, nichts anderes als (neues) Wissen: „Man könnte sagen, daß die Zivilisation beginnt, wenn der Einzelne in der Verfolgung seiner Ziele mehr Wissen verwerten kann, als er selbst erworben hat, und wenn er die Grenzen seines Wissens überschreiten kann, indem er aus Wissen Nutzen zieht, das er nicht selbst besitzt.“¹¹ Da der Markt Wettbewerb als ein „Entdeckungsverfahren“ von neuem Wissen fungiert, ist wirtschaftliches Wachstum in vielen Fällen einfach Wissenswachstum. „[G]lobales Wachstum [...] ist nichts anderes als die ökonomische Umsetzung all des Wissens, das in der Weltwirtschaft neu entsteht oder neu zur Anwendung kommt“¹², so erneut Paqué. Dabei ist die Formulierung „nichts anderes als“ meines Erachtens zwar zu einseitig, denn Wirtschaftswachstum ist vielfach eben *nicht nur* Wachstum immateriellen Wissens, sondern geht oft auch mit einem gestiegenen Verbrauch endlicher Ressourcen einher. Aber insoweit Wachstum ein immaterielles Wachstum des Wissens darstellt, wüsste ich nicht, was es gegen diese Art von Wachstum einzuwenden gäbe.

Mit dem Wissenswachstum hängt ein zweiter Punkt zusammen. Wenn

das Bruttoinlandsprodukt (BIP; englisch: gross domestic product, GDP) wächst, so wird das natürlich in steigenden Zahlen ausgewiesen. Bei steigendem Wachstum sieht es nun immer so aus, als sei die *Menge* der relevanten Güter angestiegen. Es kann aber auch sein, dass hinter der Erhöhung der Zahlen eine *Qualitätsverbesserung* steht: So ist etwa die neue Heizung *qualitativ* deutlich besser als die alte und ich bin daher auch bereit, mehr Geld für sie auszugeben. Aber diese er-

Hinter rein quantitativen Wachstumszahlen können sich auch wichtige Qualitätsverbesserungen verbergen

höhte Wertschätzung muss nicht bedeuten, dass die Herstellung und vor allem die Nutzung der neuen Heizungsanlage mit einem höheren Verbrauch an naturalen Ressourcen einher geht als es bei der alten Heizung der Fall war. Gleichwohl wird diese (naturverträgliche) *Qualitätssteigerung* in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung quantitativ, als Veränderung der Gütermenge also, verrechnet. Aber: „Da es absurd wäre, eine rein qualitätsbedingte Preissteigerung als (nominale) Preisinflation und damit Geldentwertung einzustufen, bleibt nur der beschriebene Weg. Er führt allerdings dazu, dass ein qualitatives Wachstum im Gewande des quantitativen daherkommt und zu Fehlinterpretationen einlädt.“¹³ Insoweit es sich also tatsächlich um *reine Qualitätsverbesserung* handelt – wohlgemerkt aber nur inso-

⁶Miegel (2010), S. 56. Wieso Miegel hier meint, eine Religion bedürfe keiner rationalen Begründungen mehr, ist mir völlig schleierhaft.

⁷Miegel (2010), S. 57.

⁸Ebd., S. 56.

⁹Daly (1972).

¹⁰Paqué (2010), S. 1.

¹¹Hayek (1971/2005), S. 31.

¹²Paqué (2010), S. 23.

¹³Ebd., S. 25.

weit! – ist Karl-Heinz Paqué durchaus Recht zu geben, wenn er etwas drastisch formuliert: „Die Weltbevölkerung im Wirtschaftswachstum ist kein gefräßiger Hund, der – von unersättlicher Gier getrieben – immer mehr in sich hineinstopft, und zwar stets vom gleichen Futter.“¹⁴ Wie bereits gesagt: Feststellungen dieser Art treffen nur dann

zu, wenn es *pure* Qualitätssteigerungen ohne erhöhten Ressourcenverbrauch handelt. In allen anderen Fällen wird das Wirtschaftswachstum zu einem Problem. Gleichwohl: Wachstum ist nicht sinnvollerweise als solches zu verteufeln, vielmehr muss man überprüfen, von welcher Qualität das Wachstum ist.

nicht endlos erhöht: „Wenn ein Pro-Kopf-Einkommen von rund 15.000 US-Dollar erreicht ist, reagiert der Wert der Lebenszufriedenheit so gut wie überhaupt nicht mehr auf Zuwächse beim BIP, selbst dann nicht, wenn diese beträchtlich sind.“¹⁹ Diese Tatsache ist seit 1974 als „Easterlin Paradox“ bekannt²⁰ und wurde seither in vielen Studien bestätigt. „Zusätzliches Einkommen und Vermögen erhöht die Lebenszufriedenheit [...] [also] nicht endlos. Die Beziehung zwischen Einkommen und Glück ist somit nicht linear; es besteht vielmehr ein abnehmender Grenznutzen. [...] Der gern zitierte amerikanische Tellerwäscher war bestimmt überglücklich, als er die ersten finanziellen Erfolge erzielte. Einmal zum Millionär avanciert, steigern weitere 1000 Dollar Einkommen seine Lebenszufriedenheit jedoch kaum mehr signifikant.“²¹ Hingegen gewinnt bei höherem Lebensstandard immer mehr die *relative* Position zu den anderen Mitgliedern der eigenen Gesellschaft an Gewicht. Glück wird also relativ²². Während also der Grenznutzen des Glücks oder Wohlbefindens bei den höheren Einkommensstufen deutlich abnimmt, ist ein wirtschaftliches Wachstum in den armen Ländern von ganz essenzieller Bedeutung.

Die Armen brauchen Wachstum

Wir leben auf einer Erde mit krassen ökonomischen Ungleichheiten¹⁵. So leben 1,08 Mrd. Menschen von weniger als 1 \$ täglich (= „absolute“ Armut); 44% der Menschheit verfügt lediglich über 1,2% des Weltprodukts; 850 Mio. Menschen sind chronisch unterernährt, wobei theoretisch eine Umverteilung von 0,67% (= 300 Mrd. US-\$) des Weltprodukts ausreichen würde, um dieses Verhungern zu verhindern¹⁶; 250 Mio. Kinder zwischen 5 und 14 Jahren sind zu ausbeuterischer Kinderarbeit (einschließlich Militär; Prostitution usw.) gezwungen; und täglich sterben 50.000 Menschen, davon 29.000 Kinder, vorzeitig aufgrund ihrer Armut.

Angesichts solcher Zahlen wäre es vollkommen zynisch und unverantwortlich, den Armen dieser Welt ein Wachstum zu verweigern. Es gibt für Verhungern gar keinen anderen Weg, der Armut zu entkommen, als quantitatives Wirtschaftswachstum. Dies wird auch von Wachstumskritikern ausdrücklich hervorgehoben: „Es geht nicht darum, Wachstum überall aufzugeben. Es geht aber sehr wohl darum, dass die entwickelten Länder den ärmeren Ländern Raum für Wachstum lassen. Gerade in den ärmeren Ländern macht Wachstum tatsächlich einen Unterschied“¹⁷ – den Unterschied nämlich zwischen Leben und Tod.

Einkommenszuwachs macht nicht immer glücklich

An dieser Stelle sind auch die Erkenntnisse der Glücksforschung zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum bzw. steigenden Einkommen einerseits und subjektivem Wohlbefinden („Glück“) andererseits von Interesse¹⁸. In vielen Studien konnte nachgewiesen werden, dass bis zu einem bestimmten Pro-Kopf-Einkommen das persönliche Glücksempfinden mit steigendem Wohlstand deutlich zunimmt. Weniger arme Menschen sind im Durchschnitt glücklicher als solche, die hungern müssen. Das ist auch nicht verwunderlich, denn als biologische Wesen leiden wir Mangel, wenn bestimmte natürliche Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden. Auch von daher bestätigt sich, dass die armen Länder dieser Erde

ein echtes Wirtschaftswachstum dringend benötigen. Interessant ist aber nun die Tatsache, dass zusätzliches Einkommen die Lebenszufriedenheit

¹⁴Ebd., S. 26 f.

¹⁵Hierzu: UNDP (2005), p. 24; Chen/Ravallion (2004), S. 153.

¹⁶Diese Angabe bei Pogge (2002/2008), S. 3. 211.

¹⁷Jackson (2009/2011), S. 59.

¹⁸Eine ausführliche Zusammenfassung bei Easterlin (2001). Siehe auch den Beitrag von J. Hirata in diesem Heft.

¹⁹Jackson (2009/2011), S. 59.

²⁰Vgl. Easterlin (1974).

²¹Frey/Frey Marti (2010), S. 49. Übrigens erklärt diese Tatsache auch den Umstand, dass Superreiche mit der Akkumulation von weiterem Einkommen gar nicht mehr aufhören können: Da ihnen eine zusätzliche Summe von 100.000 \$ möglicherweise weniger Nutzen stiftet als einem Ärmeren ein zusätzliches Einkommen von 100 \$, sind sie gewissermaßen „gezwungen“, enorm große Zuwächse zu generieren, um wenigstens noch einen gewissen Zusatznutzen zu verspüren.

²²Genauer hierzu sowie zum Gewöhnungseffekt: Frey/Frey Marti (2010), S. 47–62.



Ökologische Grenzziehungen

In einer endlichen Welt mit endlichen Naturressourcen kann es keinen unendlich steigenden Ressourcenverbrauch geben. Die bisherige Geschichte unserer Wachstumswirtschaft zeigt unter dem Strich allerdings, dass eine wachsende Wirtschaft auch immer mehr Energie braucht. So sind trotz aller Anstrengungen des Kyoto-Protokolls die *weltweiten* CO₂-Emissionen seit 1990 um 40 Prozent angestiegen²³.

Die theoretische Lösung dieses Problems hat einen Namen. Er lautet ‚*Entkopplung*‘: Wenn man das weitere Wirtschaftswachstum von einem weiteren Wachstum des Ressourcenverbrauchs (vor allem der Energiereserven) abkoppeln würde, könnte die Wirtschaft weiter wachsen, ohne die ökologischen Grenzen einer endlichen Welt zu durchbrechen. Beim Stichwort ‚*Entkopplung*‘ muss nun zwischen ‚relativer‘ und ‚absoluter‘ Entkopplung unterschieden werden:

- Als ‚*relative*‘ Entkopplung wird der Prozess bezeichnet, dass die Wirtschaftsleistung stärker anwächst als der Verbrauch natürlicher Ressourcen, dass also die ökologische Intensität in Relation zur Wirtschaftsleistung abnimmt. Es geht „bei relativer Entkopplung darum, mehr mit weniger zu machen“²⁴.
- Demgegenüber bezeichnet der Begriff der ‚*absoluten*‘ Entkopplung die Tatsache, dass der Ressourcenverbrauch nicht nur in Relation zur Entwicklung des BIP, sondern in absoluten Zahlen abnimmt. Wenn unsere Wirtschaftsaktivitäten innerhalb der Grenzen der globalen Ökologie bleiben sollen, müssen wir eine solche absolute Entkopplung erreichen.

Kurz gesagt kennzeichnet sich die empirische Lage dadurch, dass in den letzten Jahrzehnten zwar eine ‚*relative*‘ Entkopplung, nicht aber eine ‚*absolute*‘ Entkopplung gelungen ist. Wenn wir zum Beispiel die ‚*Energieintensität*‘ (al-

so den Verbrauch an Primärenergie pro Einheit der weltweiten Wirtschaftsleistung) in den Blick nehmen, können wir feststellen, dass sie in den letzten fünfzig Jahren kontinuierlich gesenkt werden konnte und heute etwa um 33 Prozent niedriger ausfällt als noch im Jahr 1970²⁵. Aber: „Relative Entkopplung ist nicht einmal die halbe Miete.“²⁶ Greifen wir als (vermutlich wichtigstes) Beispiel den durch Kohlendioxid (CO₂) bedingten Klimawandel heraus. Die Konzentration von CO₂ bzw. von CO₂-Äquivalenten in der Atmosphäre der Erde hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen und liegt derzeit (2011) effektiv bei etwa 385 ppm[v] (parts per million [by volume])²⁷, während sie in den letzten 800.000 Jahren niemals über 300 ppm(v) gelegen hatte. Und dieser Anstieg wird (vermutlich) weitergehen: Im Jahr 2006 stießen die OECD-Länder 13,6 Mrd. Tonnen CO₂ aus und die Nicht-OECD-Länder 15,4 Mrd. Tonnen CO₂. Die amerikanische EIA (Energy Information Administration) schätzt für das Jahr 2030, dass dann die heutigen OECD-Länder 14,6 Mrd. Tonnen CO₂ ausstoßen – also 1 Mrd. Tonnen *mehr* als heute – und die Nicht-OECD-Länder 25,8 Mrd. Tonnen CO₂ – also 10,4 Mrd. Tonnen CO₂ *mehr* als heute²⁸. Dabei setzen diese Schätzungen wohlgerne eine weitere „relative“ Entkopplung voraus²⁹.

Man muss sich klar machen, welche Dimensionen die Absenkung der Energieintensität bei einer Abkopplungsstrategie haben muss bzw. müsste: Um die Gefahren des Klimawandels zu mi-

²³ Vgl. Jackson (2009/2011), S. 33.

²⁴ Jackson (2009/2011), S. 81.

²⁵ IPCC (2007), p. 3.

²⁶ Jackson (2009/2011), S. 84.

²⁷ An und für sich liegt das derzeitige CO₂-Äquivalent bereits bei 455 ppm, wenn man fünf weitere anthropogene Treibhausgase mit berücksichtigt. Da es jedoch auch kompensierende Prozesse gibt (Feinstaub in der Atmosphäre; Ozon in der Troposphäre), ergibt sich eine effektive CO₂-Konzentration von etwa 385 ppm.

²⁸ Energy Information Administration (2009), Chapter 8, Table 15.

²⁹ Diese Tatsachen zeigen, dass die von dem Wachstumsbefürworter Karl-Heinz Paqué anvisierte „Lösung“ des Problems – wonach nämlich mit zunehmendem Wachstum auch die Nachfrage nach mehr Ökologie anwachsen (vgl. Paqué 2010, S. 96–98) – quantitativ einfach nicht ausreicht, um das Problem wirklich aus der Welt zu schaffen.

³⁰ IPCC (2007), S. 39.



Unter ökologischen Gesichtspunkten ist eine völlige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Kohlendioxid-Emissionen notwendig

nimieren, plädiert der Weltklimarat (IPCC) für eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2°C gegenüber dem vorindustriellen Wert; hierzu müsste die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bei einem Wert von 450 ppm (445–490 ppm) CO₂-Äquivalent (CO₂-eq) stabilisiert werden (Category I)³⁰. Dies wiederum würde eine absolute Senkung der globalen CO₂-Emissionen (bzw. der CO₂-Äquivalente) um 50 bis 85 Prozent bis 2050 notwendig machen, was einer jährlichen Reduktion der globalen Emissionen um durchschnittlich 5 Prozent zwischen heute und 2050 entspräche. Daraus ergibt sich Folgendes: Falls in den Industriestaaten weiterhin ein Wachstum von durchschnittlich 2 Prozent angestrebt wird und falls gleichzeitig die dann neun Milliarden Menschen auf der Erde im Jahr 2050 aus Gründen sozialer Gerechtigkeit über Einkommen verfügen sollen, die dem Niveau der EU von heute entsprechen, müsste die „Weltwirtschaft [...] um das fast Fünffache wachsen, die Kohlenstoffintensität Jahr für Jahr um mehr als 11 Prozent fallen. Im Jahr 2050 darf der Kohlenstoffgehalt eines jeden Dollars nicht mehr als 6 g CO₂/\$ betragen. Das ist fast hundertdreißigmal niedriger als



LITERATUR

- Chen, S./Ravallion, M. (2004): How Have the World's Poorest Fared Since the Early 1980s?, World Bank Research Observer, Vol. 19, No. 2, pp. 141–170.
- Daly, H. (1972): The Steady State Economy, London.
- Easterlin, R.A. (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: David, P.A./Reeder, M.W. (Eds.): Nations and Households in Economic Growth. Essays in Honor of Moses Abramovitz, New York, pp. 89–125.
- Easterlin, R.A. (2001): Income and Happiness. Towards an Unified Theory, in: Economic Journal 111 (2001), pp. 465–484.
- EIA (Energy Information Administration) (2009): International Energy Outlook 2009, Washington D.C.
- Frey, B.S./Frey Marti, C. (2010): Glück. Die Sicht der Ökonomie, 2. Aufl., Zürich
- Hayek, F.A. von (1971/2005): Die Verfassung der Freiheit, 4. Aufl., Tübingen.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007): Climate change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge.
- Jackson, T. (2009/2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München.
- Maddison, A. (2007): Contours of the World Economy 1–2030 AD. Essays in Macro-economic History, Oxford.
- Miegel, M. (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Paqué, K.-H. (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München.
- Pogge, T.M. (2002/2008): World Poverty and Human Rights, Cambridge.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/Conseil d'Analyse Économique (2010): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit. Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates, Paderborn.
- Sen, A.K. (1984): The Living Standard, in: Oxford Economic Papers 36 (supp), pp. 74–90.
- Ders. (1985/1987): The Standard of Living. The Tanner Lectures on Human Values, Cambridge.
- Stiglitz, J.E./Sen, A./Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. URL: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- UNDP (United Nations Development Program) (2005): Human Development Report, New York.

die durchschnittliche Kohlenstoffintensität heute.“³¹ Bis zum Ende des Jahrhunderts im Jahr 2100 wäre „die vollständige Dekarbonisierung jedes einzelnen Dollars erforderlich“³², d.h. es darf dann gar keinen CO₂-Ausstoß pro \$ Wirtschaftsleistung mehr geben. Die Aufgaben für die Nachhaltigkeitsstrategie der ‚Entkopplung‘ sind also gewaltig. Fast ist man versucht zu sagen: Wir können eigentlich nur noch auf ein Wunder hoffen. Oder etwas nüchterner formuliert: „Wir können nie ganz ausschließen, dass ein entscheidender technologischer Durchbruch kurz bevorsteht.“³³

Der grundsätzliche Zweck von Wirtschaftsindikatoren

Angesichts all dieser Herausforderungen ist es wichtig, sich über den grundsätzlichen Zweck von gesamtwirtschaftlichen Indikatoren im Klaren zu sein. Schon vor Jahrzehnten hat Amartya Sen in einem wichtigen Essay drei unterschiedliche Wohlstandskonzepte identifiziert:

(1) Wohlstand als „Fülle“ oder „Wohlhabenheit“ (*opulence*): Nach diesem Konzept kommt es allein auf die Quantität und die Eigenschaften der materiellen Güter an, die wir zur Verfügung haben. „Je mehr wir haben, desto besser geht es uns.“³⁴ Diesem Konzept entspricht mehr oder weniger der traditionelle Indikator des BIP (GDP), den man als „Maß für die ‚Geschäftigkeit‘ in der Wirtschaft“³⁵ bezeichnen kann. Natürlich ist dieser traditionelle Wohlstandsindikator durchaus nützlich, doch weist er unbestreitbar auch deutliche Mängel auf:

- Im „Bruttosozialprodukt [...] wird vieles, was als Lebensqualität empfunden wird, [...] gar nicht erfasst. Beispiele dafür sind die *Freizeit, die Arbeit der Hausfrauen und -männer, die Freiwilligenarbeit und die Qualität der natürlichen Umwelt*“³⁶.
- „Das Sozialprodukt schließt die Aktivitäten des öffentlichen Sektors zwar mit ein, bewertet die *öffentlichen Leistungen* allerdings zu den Kosten (statt Marktbewertung wie bei den privaten Gütern). Die

öffentlichen Leistungen werden daher nicht adäquat erfasst“.

- „Das Bruttosozialprodukt enthält auch *Bestandteile*, die *nicht als wohlstandserhöhend* empfunden werden. So erhöht zwar ein Unfall das ausgewiesene Bruttosozialprodukt, indem Ausgaben für die Autoreparatur und Heilungskosten anfallen. Die tatsächliche Wohlfahrt wird allerdings reduziert“.

All dies zeigt, dass es nicht angemessen ist, Wohlstand (*prosperity*) oder Wohlergehen (*well-being*) ausschließlich *nur* als ökonomische Größe im Sinn materiellen „Wohlhabenheit“ oder „Fülle“ zu definieren.

(2) Wohlstand als „Nutzen“ (*utility* or *happiness*): Sens zweite Definitionsmöglichkeit, die Wohlstand als „Nutzen“ beschreibt, trägt dem Umstand Rechnung, dass Quantität nicht

³¹ Jackson (2009/2011), S. 94.

³² Ebd., S. 94.

³³ Ebd., S. 95.

³⁴ Ebd., S. 56.

³⁵ Ebd., S. 182.

³⁶ Frey/Frey Marti (2010), S. 37. Dort auch die beiden nachfolgenden Zitate.

das Gleiche ist wie Qualität, und das bloße Vorhandensein materieller Fülle noch nicht unbedingt ein entsprechendes Glück (*happiness*) erzeugen muss. Es ist offensichtlich, dass Sen hier den klassischen Utilitarismus in der Tradition von Jeremy Bentham im Auge hat. Sens Kritik an diesem Konzept, Wohlstand zu messen, stört sich nun weniger an den einschlägigen Messbarkeitsproblemen, sondern an zwei anderen Punkten: Zum einen ist Sen davon überzeugt, dass das menschliche Leben mehrdimensionaler ist als diese einzige utilitaristische „Währung“ für das menschliche Glück annimmt³⁷. Zum anderen geht Sen davon aus, dass es auf die *Freiheiten* oder *Fähigkeiten* von *Einzelnen* ankomme, dass also im utilitaristischen Nutzenkalkül – im kumulierten Nutzen-BIP – Personen nicht als einzelne Individuen *als solche* zählen.

(3) Wohlstand als „*Freiheit*“ (*freedom*) oder „*Fähigkeit zum Gedeihen*“: Sens eigenes Konzept zur Messung von Wohlstand dreht sich um die *Befähigungen* (*capabilities*) oder die reale *Freiheit zum menschlichen Gedeihen*³⁸. Dieser ‚capability to live well‘ geht es nicht nur um materielle Güter oder um Nutzen, sondern um eine Vielfalt unterschiedlicher Dinge, die im menschlichen Leben wichtig sind: Ernährung, Gesundheit, Lebenserwartung, Teilnahme am Leben der Gemeinschaft, ein Leben ohne kränkende Scham, befreie-



Es geht um den Freiraum und die mehrdimensionale Befähigung zu menschlichem Gedeihen

digende Arbeit, Schulbildung, Freundschaften usw.³⁹ „It is a question of what the persons can do or can be, and not just a question of their earnings and opulence, nor of their being contented. Freedom is the issue; not commodities, nor utility as such.“⁴⁰ Stets geht es um die Frage, ob die Menschen in einer bestimmten Gesellschaft tatsächlich über diese *Befähigungen* verfügen und ob ihnen die dazu notwendige *Freiheit* zugestanden wird. „Was zählt, ist die Befähigung zum Gedeihen.“⁴¹ Sen versteht *capabilities* als *Freiheiten*. Allerdings handelt es sich nicht um unbegrenzte Freiheiten, sondern um begrenzte Freiheiten. Die erste und umfassendste Beschränkung ist die empirische Tatsache, dass alle natürlichen Dinge dieser Welt *endlich* sind. Und eine zweite moralische Begrenzung besteht darin, dass allen Menschen diese (begrenzten) *capabilities* offen stehen sollten, dass also nicht die einen auf Kosten der anderen leben sollten. „In effect, what really matters are the capabilities of people, that is, the extent of their opportunity set and of their freedom to choose among this set, the life they value.“⁴²

leistung, sondern darüber hinaus auch die *Lebensqualität* der Menschen sowie die *Nachhaltigkeit* unseres Wirtschaftens abbilden.

Beyond GDP – Auf dem Weg zu einem umfassend(er)en Indikatorensystem

Wenn Amartya Sen Recht hat und das, worauf es wirklich ankommt, die *Befähigung zum Gedeihen* ist, dann sollten gesamtwirtschaftliche Indikatoren nicht nur die produktive *Wirtschafts-*

Befähigungen (<i>Capabilities</i>) oder Wohlbefinden (<i>Well-being</i>) oder Wohlstand (<i>Prosperity</i>)		
Wirtschaftsleistung (<i>Classical GDP Issues</i>)	Lebensqualität (<i>Quality of Life</i>)	Nachhaltigkeit (<i>Sustainable Development and Environment</i>)

Der „SSFC-Report“ (Stiglitz-Sen-Fitoussi Commission) vom September 2009 gilt als „Meilenstein in dieser Debatte“⁴³. Er hat drei Gebiete herausgearbeitet, die ein umfassenderes Indikatorensystem berücksichtigen sollte: *Wirtschaftsleistung*, *Lebensqualität* und *Nachhaltigkeit*. Diese nunmehr drei Indikatoren sollen dazu dienen, das eigentliche Ziel des Wirtschaftens besser abzubilden: die *Befähigungen* (*Capabilities*) zum menschlichen Gedeihen oder das Wohlbefinden (*Well-being*) der Menschen oder den Wohlstand (*Prosperity*). Unter der Überschrift „From production to well-being“ wird als Schlüsselbotschaft formuliert: „[T]he time is ripe for our measurement system to *shift emphasis from measuring economic production to measuring people’s well-being*. And measures of well-being should be put in a context of sustainability.“⁴⁴ Entscheidend ist hierbei die Erkenntnis, dass das Wohlbefinden nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Aspekte umfasst, so der SSFC-Report: „[W]ell-being has to do with both economic resources, such as income, and with non-economic aspects of peoples’ life (what they do and what they can do, how they feel, and the natural environment they live in).“⁴⁵ Tim Jackson, Professor für Sustainable Development an der University of Surrey versteht seinen Begriff „Prosperity“ genau in diesem Sinn: „Wohlstand ist letzten Endes mehr als die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Er weist über materielle Interessen hinaus. Er ist tief in der Lebensqualität, der Gesundheit und dem Glück unserer Familien verankert. Er ist gegenwärtig in der Stärke unse-

³⁷ Vgl. Sen (1985/1987), S. 1.

³⁸ Vgl. Sen (1984), S. 78.

³⁹ Sen (1984), S. 85 f.

⁴⁰ Ebd., S. 86.

⁴¹ Jackson (2009/2011), S. 62.

⁴² Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 15.

⁴³ SVR/Conseil (2010), S. 4.

⁴⁴ Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 12. Vgl. Auch SVR/Conseil (2010), S. III.

⁴⁵ Ebd., S. 11.

KURZBIOGRAPHIE

Michael Schramm (*1960), Dr. theol., Professor für Katholische Theologie und Wirtschaftsethik an der Universität Hohenheim; Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Unternehmensethik; Globale Gerechtigkeit und absolute Armut; Religion in Produkten der Populärkultur; aktuelle Veröffentlichungen: – (2011): Ethik der Transaktion. Eine mikroanalytische Ontologie des operativen Managements, in: Grüninger, Stephan/Fürst, Michael/Pforr, Sebastian/Schmiedeknecht, Maud (Hg): Verantwortung in der globalen Ökonomie gestalten. Governanceethik und Wertemanagement (Festschrift für Josef Wieland), Marburg: Metropolis, S. 165–187. – (2011): Ethik der Finanzmärkte. Der virtuelle Kapitalismus und die menschliche Natur, in: Nguyen, Tristan (Hg): Mensch und Markt. Die ethische Dimension wirtschaftlichen Handelns (Festschrift für Volker Arnold), Wiesbaden: Gabler, S. 283–313. – (2011): Katholische Soziallehre, in: Abländer, Michael S. (Hg): Handbuch Wirtschaftsethik, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 82–90. – (2010): Differenziertes Anreizmanagement. Behavioral Law und Wirtschaftsethik, in: Jahrbuch für Recht und Ethik/Annual Review of Law and Ethics 18 (2010), hg. von B. Sharon Byrd/Joachim

Hruschka/Jan C. Joerden, Berlin: Duncker & Humblot, S. 405–418. – (2010): Das Solidarische Bürgergeld als Instrument solidarischer Subsidiarität, in: Althaus, Dieter/Binkert, Hermann (Hg): Solidarisches Bürgergeld. Den Menschen trauen – Freiheit nachhaltig und ganzheitlich sichern, Norderstedt: Books on Demand, S. 88–129. – (2010): Nachhaltiger Kapitalismus. Sozialethische Kriterien einer Politik des Strukturwandels, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 51 (2010), S. 163–187. – (2010): Unternehmer- und Unternehmensethik, in: Goldschmidt, Nils/Nothelle-Wildfeuer, Ursula (Hg): Freiburger Schule und Christliche Gesellschaftslehre. Joseph Kardinal Höffner und die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (Walter Eucken Institut. Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Bd. 59): Tübingen: Mohr Siebeck, S. 311–331. – (2010, mit Gerhard Kruij): Steuergerechtigkeit. Eine Topographie moralischer Fragen, in: AMOSinternational 4 (2/2010), S. 3–9. – (2011) Der unterhaltsame Gott. Theologie populärer Filme; – (2008) Ökonomische Moralkulturen. Die Ethik differenter Interessen und der plurale Kapitalismus (Ethik und Ökonomie; Bd. 5).

rer Beziehungen und in unserem Vertrauen in die Gemeinschaft. Er kommt zum Ausdruck, wenn wir bei der Arbeit zufrieden sind, wenn wir dieselben Werte und Ziele mit anderen teilen. Er hängt von unserer Fähigkeit ab, voll und ganz am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wohlstand ist unsere Fähigkeit, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und zu ge-



Um die Wirtschaftsleistung eines Landes zu messen und zu bewerten, müssen Lebensqualität und Nachhaltigkeit mit berücksichtigt werden

deihen – und das innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten. Unsere Gesellschaft ist gefordert) Bedingungen zu schaffen, unter denen das möglich wird. Dies ist die vorrangigste Aufgabe unserer Zeit.⁴⁶ Wie dieses Zitat bereits zeigt, potenzieren sich in dem Moment, in dem man eine so multi-dimensionale Variable als Zielgröße definiert, die zu berücksichtigenden Faktoren natürlich enorm⁴⁷.

Wenn man allerdings derart multi-dimensionale Ziele des Wirtschaftens in den Mittelpunkt stellt, wird man dabei mit dem wohl zentralen Kernproblem aller integrative(re)n Indikatoren der Wirtschaft konfrontiert: „the more difficult task of measuring well-being“⁴⁸.

- **Wirtschaftsleistung** („Classical GDP Issues“): Angesichts der oben bereits beschriebenen Mängel des klassischen Indikators BIP ist es kein Wunder, dass der SSFC-Report auf ein „going beyond GDP“⁴⁹ abzielt. Das bedeutet aber nicht, dass man nunmehr auf das BIP gänzlich verzichten könnte oder sollte⁵⁰. Allerdings erklärt die erste der zwölf Empfehlungen der Stiglitz-Kommission, dass man über das Messen der Produktion hinaus vor allem das Einkommen und den Konsum erfassen sollte, um das Wohlbefinden (well being) besser abbilden zu können.
- **Lebensqualität** („Quality of Life“): Der Indikator der Lebensqualität erweitert den primär materiellen Indikator des BIP ganz beträchtlich. So erklärt etwa die sechste Empfeh-

lung des SSFC-Reports: „Quality of life depends on people’s objective conditions and capabilities. Steps should be taken to improve measures of people’s health, education, personal activities and environmental conditions.“⁵¹

- **Nachhaltigkeit** („Sustainable Development and Environment“): Das klassische BIP sagt absolut nichts über Nachhaltigkeit aus. Es ist daher unbedingt um diese Zukunftsperspektive zu ergänzen. Dabei bleibt das Ziel des Well-being im SSFC-Report auch prägend für den Indikator Sustainability: „Sustainability poses the challenge of determining if at least the current level of well-being can be maintained for future generations.“⁵²

⁴⁶ Jackson (2009/2011), S. 37.

⁴⁷ Vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 13 f.; SVR/Conseil (2010), S. III und S. 1.

⁴⁸ Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 11.

⁴⁹ Ebd., S. 11.

⁵⁰ Vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 12.

⁵¹ Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), S. 15.

⁵² Ebd., S. 16.



Insgesamt haben sowohl der SSFC-Report als auch die anderen einschlägigen Arbeiten zum Thema eher den Charakter einer Problemanzeige und eines Hinweises auf die grobe Richtung, in der sich zukünftige Messungen des menschlichen Wirtschaftens bewegen sollten. Insofern sind all diese Studien

noch nicht die (technische) Lösung des Problems, sondern eher der Anfang einer zukünftigen Problemlösung: „The Commission regards its report as opening a discussion rather than closing it.“⁵³ Das gilt für die gesamte Debatte über integrative Indikatorensysteme.

einer letzten „Transzendenz“ können zum „spirituellen Kapital“ werden. Es lässt uns erkennen, dass es neben dem Geld noch andere Werte im Leben der Menschen gibt. Der Dalai Lama bringt es auf den Punkt: „Everybody loves money, including myself. [...] [But:] Beside money, there are other values.“⁵⁴

Wahrer Wohlstand und Religion

Die Religionen haben stets das Bewusstsein dafür wach gehalten, dass sich das menschliche Leben nicht im Materiellen erschöpft. Die Bibel drückt dies kurz und bündig aus: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ (Mt 4,4; vgl. Dtn 8,3). In diesem Sinn kann die christliche Religion und ihre Sozialethik zu einer (Moral)Kultur beitragen, die uns vor dem Abrutschen

in einen einseitigen „Vulgärkapitalismus“ bewahrt. Kapitalistische Systeme tendieren dazu, die Vielfalt wichtiger menschlicher Interessen auf einen einzigen Typus einzuschmelzen: nämlich monetäre Interessen. Demgegenüber richtet die Religion ihren Fokus auch auf andere Dimensionen der menschlichen Existenz. Die Moral beispielsweise oder auch das Bewusstsein

Vom religiösen Standpunkt aus, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt und ein gedeihliches Leben zwar auch, aber nicht ausschließlich aus materiellen Werten besteht, sind die neueren Debatten um integrative Wirtschaftsindikatoren eine höchst erfreuliche und auch (lebens)notwendige Sache.

⁵³Ebd., S. 18.

⁵⁴Video des Interviews unter: <http://www.spiegel.de/video/video-1009086.html>

Effizienz oder Glück?

Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven der Kritik an ökonomischen Erfolgsindikatoren

Fachtagung in der Akademie Franz Hitze Haus, Münster, vom 8.–9. Dezember 2011

Die Ökonomik steht in der Kritik. Nicht erst seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise sind kritische Stimmen laut geworden, die die Zweckmäßigkeit der bisher verwendeten ökonomischen Erfolgsindikatoren grundsätzlich in Frage stellen. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die fehlende Berücksichtigung von Verteilungsfragen und Aspekten der Nachhaltigkeit, die konzeptionelle Blindheit für krisenhafte Entwicklungen und ihre negativen Folgen für die betroffenen Menschen sowie das Problem, ob die üblichen Kennzahlen (BSP usw.) und das alleinige Setzen auf Wirtschaftswachstum geeignet sind, das tatsächliche Wohlergehen der Menschen abzubilden. Die interdisziplinäre Fachtagung untersucht, inwiefern die vorgebrachten Kritikpunkte stichhaltig sind und welche konzeptionellen Konsequenzen gegebenenfalls zu ziehen sind.

Tagungsthemen und Referenten:

- Macht Gleichheit glücklich? – Referent: Prof. Dr. Michael Schramm, Theologe, Stuttgart
- Was ist Effizienz und wem nützt sie? – Referent: Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Wirtschaftswissenschaftler, München (angefragt)
- Zum systematischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum: Ziel, Mittel oder weder noch? – Prof. Dr. Johannes Hirata, Wirtschaftswissenschaftler, Osnabrück
- Neue oder ergänzende Kenngrößen für die Beurteilung des ökonomischen und sozialen Erfolgs einer Gesellschaft
Dipl.-Volkswirt Oliver Lerbs, Wirtschaftswissenschaftler, Münster
- Die Berücksichtigung ökologischer Fragestellungen bei der Wohlfahrtsmessung. – Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Wirtschaftswissenschaftlerin, Bremen

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.franz-hitze-haus.de/info/11-829
oder: Akademie Franz Hitze Haus, Dr. Martin Dabrowski, Tel.: 0251/981 8485

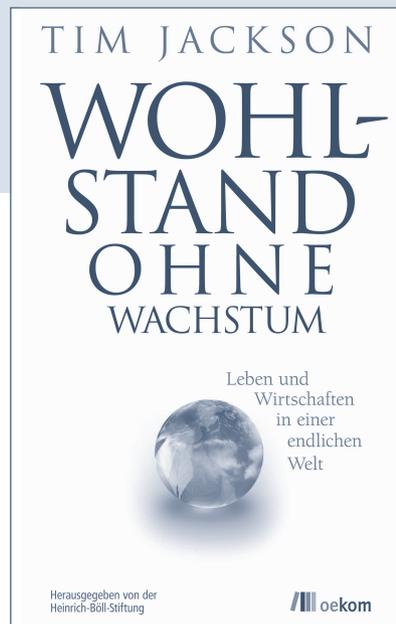
Wohlstand ohne Wachstum

Jackson, Tim: *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München: oekom 2011 (Orig. *Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet*, London: Earthscan 2009), 239 S., ISBN 978-3-86581-245-2.

Tim Jackson, Leiter der Wirtschaftlichen Führungsgruppe der Kommission für Nachhaltige Entwicklung der britischen Regierung, gelingt es mit diesem Buch, einen allgemein verständlichen Überblick über den aktuellen Stand der angelsächsischen Diskussion zur Postwachstums-Ökonomie zu geben. Jacksons Ziel: eine „intensive öffentliche Debatte [zu] eröffnen“ (S. 194) über das Dilemma moderner Volkswirtschaften, entweder an internen Wachstumszwängen zu scheitern (mit allen damit einhergehenden sozialen Verwerfungen) oder an externen ökologischen Grenzen zu zerschellen.

Ausgangspunkt ist die These, Wohlstand sei mehr als die Befriedigung materieller Bedürfnisse und insofern nicht nur mit dem Wachstum des BIP abzubilden. Zum zentralen neuen Kriterium zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften wird (in Anlehnung an Amartya Sen) deren Fähigkeit, „menschliches Gedeihen“ unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzen – zunehmende Ressourcenverknappung sowie die sich erschöpfenden Senkenfunktionen der Ökosysteme – zu ermöglichen.

Alle Versuche, diese ökologischen Grenzen mittels einer Entkopplung von Wachstum und Materialverbrauch zu überwinden, sind für Jackson weitgehend ein „Mythos“, ebenso wie keynesianische Ansätze im Sinne eines „New Green Deal“ zwar unverzichtbar, aber letztlich zu kurz gesprochen sind. Es geht ihm um nichts



weniger als eine neue, ökologisch sensible Makroökonomie in Weiterführung der erstmals von Herman Daly entworfenen „steady state economy“. Die zentrale Herausforderung dabei: das Auflösen des Wachstumsdilemmas zwischen Nachhaltigkeit und Stabilität. Die von Jackson so genannte „Aschenbrödel-Wirtschaft“ (u. a. autarke Gemeinschaften, etc.) gibt hierfür zwar wichtige Hinweise, generiert aber zu wenig an Wirtschaftsleistung. Auch ein sog. „alternativer Hedonismus“ (das LOHAS-Phänomen) ist für ihn wenig mehr als eine Randerscheinung und steht zudem letzten Endes für ein ungerechtfertigtes Abwälzen von Verantwortung auf das Individuum. Stattdessen ist ein struktureller Wandel gefordert, der „falsche Anreize für nichtnachhaltigen Wettbewerb um Status“ abbaut und zum „Aufbau neuer Strukturen für menschliches Gedeihen“ führt.

Kernaufgaben dieser neuen ökologisch bewussten Makroökonomie sind

das Garantieren ihrer Belastbarkeit, das vermehrte Herstellen sozialer Gleichheit sowie die Akzeptanz ökologischer Grenzen. Damit einher geht eine veränderte Sicht auf Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie eine Änderung der geltenden gesellschaftlichen Logik („das eiserne Gehäuse“) des Konsumismus. Ein derart neues Wirtschaftsmodell wird nach Jackson gekennzeichnet sein von mehr Egalitarismus, vom strukturellen Übergang zu speziellen Formen von Dienstleistung, von Investitionen in ökologisches Vermögen, sowie einer verringerten Gesamtarbeitszeit. Diese neue Balance zwischen Konsum und Investitionen schließlich hat Konsequenzen für das Eigentumsvermögen und dessen Erträge sowie dann geltende Lohnstrukturen.

Neben den politisch jeweils hochumstrittenen Detailumsetzungen sind drei grundsätzlichere Kritikpunkte anzubringen: „Wohlstand ohne Wachstum“ ist, erstens, weitgehend eurozentrisch, d. h. die Sicht der bzw. auf die Schwellen- und Entwicklungsländer bleibt beinahe gänzlich außen vor. Die Frage nach den Akteuren des Wandels wird, zweitens, nur unzulänglich beantwortet: Dem Staat kommt eine sehr starke Rolle zu, diese ist zwar demokratisch zu legitimieren, wie aber die Mehrheit des Souveräns für dieses Projekt fundamentalen Wandels zu gewinnen sei, darüber schweigt sich Jackson aus. Schließlich: Ein Business-as-usual-Szenario sieht Jackson auch in Zukunft als Möglichkeit, wohingegen viele dies aufgrund der deutlich weiter fortgeschrittenen Ressourcenverknappung als in der Regel angenommen als gar nicht mehr möglich erachten.

Das Buch erschien im Original 2009 und ist stark geprägt vom damaligen Optimismus auf tatsächliche strukturelle



Veränderungen im Gefolge der Finanzkrise 2008. Zum Zeitpunkt des Erscheinens der deutschen Übersetzung 2011 scheint dieser Optimismus weitgehend

verschwunden, gleichzeitig jedoch ist die Notwendigkeit zur „großen Transformation“ drängender denn je; siehe dazu das Hauptgutachten 2011 des wissenschaftli-

che Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Mattias Kiefer, München

Zauberformel Soziale Marktwirtschaft

Bedford-Strohm, Heinrich/Jähnichen, Traugott/Reuter, Hans-Richard/Reihs, Sigrid/Wegener, Gerhard im Auftrag der Stiftung Sozialer Protestantismus (Hg): Zauberformel Soziale Marktwirtschaft? (Jahrbuch Sozialer Protestantismus 4), Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2010, 325 S., ISBN 978-3-579-08053-6.

Sich kritisch mit den Fragen der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten mannigfaltiger Krisen auf den globalen Finanzmärkten und drohender Staatspleiten im Euroraum auseinander zu setzen, liegt nicht nur im Trend, sondern ist auch von der Sache her angezeigt. Es gilt, die Zielsetzungen einer sozialen Marktwirtschaftsordnung erneut auf ihre Potentiale zur Lösung aktueller Probleme hin auszuloten, nicht zuletzt in einer globalen Perspektive. Der vorliegende Sammelband stellt sich dieser Aufgabe und betont durch den schlagwortartigen Titel: „Zauberformel Soziale Marktwirtschaft?“ den plakativen oder magischen Status der Rede von der Sozialen Marktwirtschaft. Die ersten Beiträge von Traugott Jähnichen und Hans-Richard Reuter heben allerdings noch nicht auf aktuelle Probleme ab, sondern graben nach den protestantischen Wurzeln der Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft. So ist auf den ersten rund 70 Seiten viel von „geistigen Vätern“ wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack usw. die Rede. Die Thematik wird nicht kontrovers theologisch abgehandelt, sondern nach ideengeschichtlichen Zusammenhängen von protestantischen Grundhaltungen und ökonomischem Denken strukturiert. Jähnichen arbeitet dabei die Affinität protestantischer Autoren zum Ordoliberalismus heraus und führt dies u. a. auf anthropologische und ge-

sellschaftspolitische Grundannahmen zurück, welche den Freiheitsgedanken und die Subjektstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen hervorheben. Hier wäre es aus katholischer Sicht anregend, ideengeschichtlich auf einige konfessionelle Unterschiede einzugehen. Die traditionelle katholische Soziallehre tat sich u. a. wegen dieser Grundmotive eher schwer mit dem Ordoliberalismus, hinter dem sie zu viel Liberalismus witterte, und setzte daher weniger auf die Individual- denn auf die Sozialstruktur des Menschen, was sich auch in der Präferenz des sozialstaatlichen Modells im Sinne Bismarcks äußerte. Allerdings streift Sigrid Reihs diese Thematik im Dokumentationsteil des Sammelbandes in Bezug auf eine ökumenische Tagung. Versucht Jähnichen die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft mehr oder weniger kohärent auszuweisen, so mahnt Reuter zur Vorsicht. In einer Gegenüberstellung von Walter Eucken und Alexander Rüstow präsentiert er zwei von ihren protestantisch-religiösen Selbstverständnissen her unterschiedliche Persönlichkeiten. Es gelingt ihm überzeugend, Brücken von diesen Selbstverständnissen zu den philosophischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Argumentationen beider Vertreter herzustellen. Er resümiert, dass es bei Eucken letztendlich um „Ordnung durch Wettbewerb“ und bei Rüstow um die „Ordnung des Wettbewerbs“ gehe.

Mit dem Beitrag von Gustav Horn über: „Der große Irrtum – Warum die Finanzmarktderegulierung scheitern musste“ schwenkt der Sammelband zu mehr aktuellen Problemen. Er fokussiert in seiner Analyse vor allem auf die Abkopplung von Finanz- bzw. Derivatemärkten und Realwirtschaft, die globalen Handelsbilanzungleichgewichte und



die wachsenden Ungleichheiten von Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die daraus folgenden nationalen und internationalen Instabilitäten. Hinter der Krise will er als „maßgebliche Wurzel“ das intellektuelle Versagen der Wirtschaftswissenschaften erkennen. Fast alle wichtigen Ökonomen hätten in einer Art marktwirtschaftlichem Positivismus, welcher Marktergebnisse für optimal und krisenfrei erkläre, die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben. Die dahinter stehenden Illusionen seien jedoch geplatzt. Für den Standort Deutschland empfiehlt er eine Stärkung der Binnenachfrage, welche zudem die Defizitländer des Euroraumes entlasten und die Leistungsbilanzungleichgewichte senken würde. Deutschland könne somit auch seiner Verpflichtung zur weltwirtschaftlichen Stabilität nachkommen. Horn setzt also konsequent auf Nachfragepolitik in keynesianischer Programmatik.



Jörg Hübner widmet sich ebenfalls den internationalen Finanzmärkten und stellt deren Informationsgenerierung in Frage. Spekulationen seien nützlich, wenn sie helfen, Risiken abzumildern bzw. Geschäfte abzusichern. Sie seien jedoch geradezu zerstörerisch, wenn sie selbst Impulse setzen und destruktive Wirtschaftsvorgänge auslösen. Wichtiges Ziel einer vom Ordoliberalismus inspirierten Finanzwirtschaft sei die Wiederherstellung ihrer Dienstleistungsfunktion im Rahmen einer möglichst globalen marktwirtschaftlichen Ordnung.

Monika Burmester skizziert die Probleme einer nationalstaatlich konzipierten Sozialen Marktwirtschaft, die mit offenen Güter- und Arbeitsmärkten konfrontiert wird. In ihrer kenntnisreichen Analyse stellt sie allerdings mehr Fragen als sie beantwortet. Eine der Fragen bezieht sich auf die Arbeitsmarktflexibilisierung und die Einschränkungen in der sozialen Sicherung, die Deutschland ihres Erachtens als Preis für internationale Wettbewerbsfähigkeit gezahlt habe. Die Soziale Marktwirtschaft müsse sich fragen lassen, wie sie angesichts dieser Herausforderungen „Wohlstand für alle“ sicherstellen wolle.

Der Beitrag von Peter Pavlovic weitet in visionärer Weise die Perspektive über die Ökonomie hinaus in den Bereich der kulturellen Einbettung von wirtschaftlichem Handeln und der Relevanz von Ethik in der Entwicklung der EU. Auf die großen integrativen europäischen Strategien hinzuweisen, erscheint gerade in einer Zeit notwendig, in der es – auf die EU bezogen – nur noch um wirtschaftliche Fragen zu gehen scheint. Pavlovic nimmt dazu das von der EU Kommission vorgelegte Dokument „Europa 2020“ in den Blick. In seiner Analyse mahnt Pavlovic an, dass sich eine Vision von Europa nicht nur in Statistik erschöpfen dürfe, sondern weitere Elemente und tiefer liegende Herausforderungen berücksichtigen müsse. Daher ruft er die Schuman-Deklaration von 1950 in Erinnerung, die für die Vision eines Europas des Friedens und der Solidarität als Wertegemeinschaft steht. Den Kirchen weist er die Aufgabe zu, die-

se Tiefendimension der Einigung und Entwicklung Europas immer wieder offenzulegen. In der Tradition der christlichen Begründer der Sozialen Marktwirtschaft sollten sich die Kirchen für die Perspektive einer gesellschaftlichen Entwicklung einsetzen, die sich jenseits von Angebot und Nachfrage als eigentliches Ziel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung verortet.

Hat sich die Leserin/der Leser bis hierher doch eher gelassen zurücklehnen können, um die Segnungen der Sozialen Marktwirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart Revue passieren zu lassen, so wird man spätestens durch Wolfram Stierle aufgeschreckt. Er bedenkt die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft, Leitbild einer globalen Zukunftspolitik zu sein. Neben ganz praktischen Bedenken, die etwa das Fehlen globaler ordnungspolitischer Strukturen betreffen, zweifelt er auch an der Berechtigung einer pauschalen Übertragung dieser Wirtschaftsordnung. So stehe die real existierende Soziale Marktwirtschaft auch für ein Modell mit dem sich – nicht zuletzt durch Ausbeutung karboner Energie – Umweltzerstörung verbinde. Weitere Kritikpunkte betreffen die seines Erachtens unzutreffenden ökonomischen Grundannahmen in Bezug z.B. auf Marktgleichgewicht und Nutzentheorie. Stierle mahnt an, nicht nur die Übertragung eines Modells zu erwägen, sondern im Rahmen einer nachhaltigen globalen Zukunftspolitik Problemlösungen für globale Ungleichheiten, Klimawandel, Armut und mangelnde Formen globaler Governance zu suchen. Etwas süffisant bemerkt er im Ausblick: „Der Wunsch nach Wohlstand für alle und Zigarren für alle, die sie schätzen, ist eine inspirierende aber auch dunstige Vision“ (S. 185). Er geht gewiss an der einen oder anderen Stelle sehr hart mit der realen Sozialen Marktwirtschaft ins Gericht. Würde man sie mit Alternativen wie z. B. dem angloamerikanischen Wirtschaftsmodell vergleichen, fiel das Urteil sicher gnädiger aus. Sein Verdienst ist es, Wasser in den Wein der oft euphorischen Besinnung auf ein Konzept zu gießen,

welches zweifelsohne in der Umsetzung auch kritikwürdig ist. Eine solche Reflexion vorzunehmen ist angezeigt, bevor man es als exportfähiges Modell global weiterreicht.

John M. Itty greift viele bereits angesprochene Baustellen globaler Ökonomie auf (ausufernder Finanzkapitalismus, Vernachlässigung der Realwirtschaft, Umweltzerstörung usw.) und entfaltet sie aus der Sicht Indiens. Er setzt sich weniger für staatlich denn für gesellschaftlich kontrollierte Märkte ein. Hans G. Nutzinger hebt im Anschluss an Franz-Josef Radermacher nochmals die Notwendigkeit hervor, das Konzept regulierter Märkte im Sinne des Ordoliberalismus zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft auszubauen. Im Anhang des Bandes werden schließlich einige Dokumentationen und Rezensionen präsentiert, unter denen besonders die Beiträge von Torsten Meris und Wolfgang Huber hervorzuheben sind.

Die Lektüre des Buches ist lohnenswert. Dass ein Sammelband nicht immer streng homogen aufeinander aufbaut, liegt im Charakter desselben, hat aber den Vorteil, einzelne Beiträge nach Interessen auswählen zu können. Auch wenn der Band im Gewand konfessioneller Schwerpunktsetzung auftritt, sollte die katholische Leserin/der Leser nicht zurückschrecken, kommt hier doch inhaltlich erneut zum Ausdruck, wie nahe sich beide Konfessionen im Fachbereich der Sozialethik sind.

Udo Lehmann, Wuppertal



Global aber Gerecht

Global aber Gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. Ein Report des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Institut für Gesellschaftspolitik München im Auftrag von Misereor und Münchener Rück Stiftung, Beck: München 2010, 240 S., ISBN 9783406606564.

Zielsetzung der Studie ist es, die Problem-bereiche „Klima und Armut“ zu verknüpfen, um eine integrierte Gesamtlösung zu entwerfen, die sowohl Armutsüberwindung ermöglicht als auch den klimapolitischen Zielsetzungen Rechnung trägt. Für den Bd. haben Ottmar Edenhofer, Johannes Wallacher, Michael Reder und Hermann Lotze-Campen die zentrale Verantwortung übernommen. Es sind aber eine Reihe weiterer Autoren beteiligt.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist der Sachverhalt, dass die ärmsten Menschen, die an den Ursachen des Klimawandels am wenigsten beteiligt sind, am härtesten von seinen Folgen betroffen sein werden und über die wenigsten Ressourcen verfügen, sich vor seinen Folgen zu schützen bzw. sich anzupassen. Ernährungssicherheit, Wasserversorgung und Gesundheitsschutz werden in einigen Teilen der Erde durch den Klimawandel gefährdet. Die Folgen werden anhand von Schaubildern, die allerdings recht klein geraten sind, für die gesamte Welt graphisch veranschaulicht. Besonders wird auch die Gefährdung der Bevölkerung in küstennahen Gebieten sowie auf flachen Inseln dargestellt. Bisher war Wirtschaftswachstum, das zur Armutsbekämpfung legitimerweise von Entwicklungs- und Schwellenländern angestrebt wird, mit einem wachsenden Verbrauch fossiler Energien verbunden.

Das zentrale 3. Kapitel des Bandes beschäftigt sich mit der normativen Perspektive. Gerechtigkeit hat dabei

- eine vergangenheitsbezogene Perspektive, weil die etablierten Industrienationen für den größten Teil der

CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre verantwortlich sind,

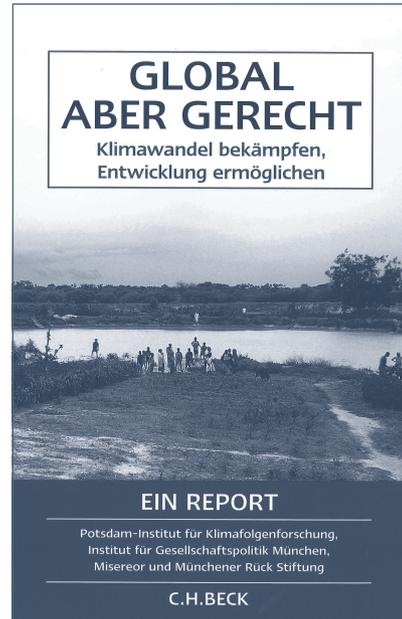
- eine gegenwartsbezogene Perspektive der Nutzung und Verteilung materieller Ressourcen zwischen armen und reichen Regionen der Erde sowie
- eine zukunftsbezogene Dimension menschenwürdiger Lebensbedingungen für kommende Generationen.

Die normative Debatte nimmt ihren Ausgangspunkt bei den Menschenrechten. Es werden drei zentrale Dimensionen von Gerechtigkeit postuliert, nämlich

- die Sicherung von Grundbedürfnissen für den einzelnen Menschen,
- effektive Handlungschancen und
- faire Verfahren (z. B. zur Partizipation an der gesellschaftlichen Willensbildung).

Die Gerechtigkeitsforderung für den Einzelmenschen lässt sich am besten subsidiär einlösen, d. h. durch Übertragung von Verantwortung auf die jeweils kleinere Einheit, wobei wegen der globalen Bedeutung von CO₂ und weiteren Klimagasen weltweite Vereinbarungen unverzichtbar sind.

Aus den Ländern des Südens wird vor allem auch die historische Verantwortung der Industrieländer für den seit Beginn der Industrialisierung angehäuften CO₂-Ausstoß betont. Dieses Argument hat aber zwei Schwächen, weil erst seit ca. 1990 relativ sicher die Kombination von CO₂-Ausstoß und Klimawandel als gesichert gilt und Verstorbene nicht haftbar gemacht werden können. Deshalb plädieren die Autoren für eine zukunftsgerichtete Perspektive. Die grundlegenden Ziele von Klimaschutzpolitik, Anpassungspolitik und Entwicklungspolitik können in Konflikt geraten, u. a. auch, weil sie eine unterschiedliche zeitliche Dimension aufweisen. Staaten, die über größere finanzielle Handlungsmöglichkeiten, mehr Wissen, größere technologische Fähigkeiten und mehr politischen Einfluss verfügen, sind stärker zum Handeln verpflichtet.



tet. Die größeren Kapazitäten spiegeln z. T. auch die historischen Lasten wieder. Ebenso sind diese Staaten nicht nur für Klimapolitik und Anpassung, sondern auch für deren Entwicklung in ärmeren Ländern mitverantwortlich, wenn deren Fähigkeiten überfordert sind. Weiterhin wird auf den Zusammenhang von Individualethik und Ordnungsethik eingegangen und das Defizit des Fehlens globaler Ordnungspolitik hervorgehoben. Es wird zudem ein neues Leitbild jenseits eines am kurzfristigen materiellen Konsum orientierten Lebensstils gefordert. Abschließend wird auf die Bedeutung der Religionen eingegangen, die z. B. über ihr Natur- und Weltverständnis (Erde als göttliche Schöpfung) eine Sensibilität für die Umwelt schaffen und zu zivilgesellschaftlichem Engagement motivieren können.

Es wird dann näher das 2 °C-Ziel als Obergrenze für den weltweiten Temperaturanstieg begründet, um zu hohe Kosten zu vermeiden und Entwicklungsländern nicht das Potential zur Armutsbekämpfung abzuschneiden. Anschließend werden Möglichkeiten diskutiert, das Ziel durch Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger oder Abscheidung von CO₂ zu erreichen. Wenn man Bioenergie verfeuern

ert und das CO₂ lagern könnte, könnte der Atmosphäre sogar CO₂ entzogen werden. Mit leicht erhöhten Kosten könnte man weltweit die Kernenergie auslaufen lassen. Wenn nicht bald eine politische Einigung auf Klimamaßnahmen erfolgt, ist das 2⁰C-Ziel praktisch nicht mehr zu erreichen. Die Autoren warnen vor den hohen Risiken eines Geo-Engineering, also den Versuch, Sonnenstrahlen durch eine künstliche „Verschmutzung“ der oberen Luftschichten von der Erde fernzuhalten, um die Erderwärmung zu begrenzen. Wenn man sich weltweit auf eine fleischarme Ernährung einstellt, könnten die landwirtschaftlichen Emissionsschäden deutlich gesenkt werden. Da durch den globalisierten Außenhandel nationale Klimaschutzziele unwirksam sind, weil es eine Produktionsverlagerung energieintensiver Produkte in Ländern ohne eine ambitionierte Klimapolitik geben könnte, sind weltweite Vereinbarungen notwendig.

Anschließend werden verschiedene Anpassungsstrategien an den Klimawandel diskutiert, wie verstärkter Küstenschutz, besseres Wassermanagement, Migration, Schutz vor Naturkatastrophen etc. Da ein Teil des Anstiegs der Temperaturen weltweit irreversibel ist, sind solche Strategien unverzichtbar. Wesentlich ist zunächst die Armutsbekämpfung, weil sie die Selbsthilfefähigkeit und die Möglichkeiten zur Anpassung bei der armen Bevölkerung erhöht. Angesichts der durch den Klimawandel verursachten regionalen Wasserknappheiten und einer vielfach stark wachsenden Bevölkerung wird die Verfügbarkeit ausreichender Wassermengen in hinreichender Qualität in vielen Weltregionen zu einem zunehmenden Problem.

Das abschließende sechste Kapitel zeigt wesentliche Inhalte eines *Global Deals* für eine Klimaschutz- und Entwicklungspolitik auf. Die Autoren plädieren im Sinne einer konkreten Utopie für einen „Globalen Deal“ für Klima und Entwicklung, der fünf Elemente enthält:

1. CO₂-Begrenzung und den Handel von CO₂-Rechten,

2. Nachhaltige Nutzung von Wäldern,
3. Förderung und Austausch klimafreundlicher Technologien,
4. Internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel,
5. Entwicklungspolitik zur Armutsbekämpfung.

Zur Umsetzung sind starke internationale und nationale Institutionen erforderlich. Dabei ist von dem enttäuschenden Ergebnis des Klimagipfels von Kopenhagen auszugehen und ein neuer Anlauf für globale Vereinbarungen und wirksamere globale Institutionen zu unternehmen. Erfreulicherweise werden dabei zentrale Probleme, die bei einer Umsetzung in den Entwicklungsländern selbst liegen, wie Korruption, Kapitalflucht, schlechte Regierungsführung etc. und die daraus erwachsenden Dilemmata (größere Bedürftigkeit von Ländern mit schlechter Regierungsführung) offen angesprochen. Der Bd. schließt mit 10 politischen Botschaf-

ten ab, in denen theseartig die wesentlichen Inhalte zusammengefasst werden.

Der Bd. zeigt auf, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbinden, so dass kein Grund zur Resignation besteht. Es ist positiv hervorzuheben, dass die Entstehung des Bandes auch mit Dialogprojekten verbunden war, in denen Fragen des Klimaschutzes mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Projektpartnern von Misereor debattiert wurden. Ebenso werden anschauliche Beispiele der Umsetzung einzelner Maßnahmen (z. B. Wassermanagement) angeführt. Es fließen auch Überlegungen zur Förderung von Versicherungen in Dritt-Welt-Ländern ein. Wie die USA und China, ohne die globale Klimapolitik erfolgreich nicht möglich ist, zum Mittun veranlasst werden können, kann allerdings auch hier nicht beantwortet werden.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Jetzt die Zukunft gestalten

Helmut Renöckl/Stjepan Baloban (Hg.): *Sozialethische Perspektiven. Echter: Wien/Würzburg 2010, 390 S., ISBN 978-3-429-03234-0.*

Der vorliegende Band gibt die Referate der Tagung der Vereinigung für katholische Sozialethik in Mitteleuropa wieder, die 2009 in Zagreb stattfand. An der Tagung nahmen ca. 140 Wissenschaftler aus 14 europäischen Ländern teil. Es sind 21 Beiträge enthalten (davon zwei in englischer Sprache). Eröffnet wird der Band durch den grundlegenden Beitrag von Markus Vogt zur zentralen Kategorie der Nachhaltigkeit, der die Perspektive des Kerninhalts der Tagung strukturiert.

Der erste Teil des Bandes umfasst Beiträge zu Zukunftsfragen von Gesellschaft und Wirtschaft. Zunächst behandelt der österreichische Diplomat Emil Brix (Wien) Fragen des (mittel-)europäischen Selbstverständnisses. Zu zentralen Zukunftsfra-

gen gehören auch Probleme der Bevölkerungsentwicklung und Migration. In zwei Beiträgen wird für Kroatien (Anđelko Akrap/Ivan Čipin, Zagreb) und die Slowakei (Ladislav Csontos, Bratislava) aufgezeigt, dass sich dort – wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern – die





Geburtenentwicklung deutlich unter dem zur Bestandserhaltung erforderlichen Niveau bewegt. So liegt Polen 2007 in Europa auf dem letzten Platz, dann die Slowakei, Litauen, Rumänien, Slowenien und Deutschland, während Island und Frankreich an der Spitze stehen und allein eine Geburtenziffer aufweisen, die ihre Bevölkerung konstant hält. Der dritte Beitrag des kroatischen Soziologen Dražen Živić (Vukovar) befasst sich mit der hohen Bedeutung der weltweiten Migrationsbewegungen: Insgesamt drei Prozent der Weltbevölkerung lebt und arbeitet außerhalb seines Heimatlandes.

Im Anschluß daran wird in zwei Beiträgen die Wirtschafts- und Finanzkrise analysiert. Der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturn erläutert wesentliche Krisenursachen. Der Wiener Wirtschaftsethiker Klaus Gabriel beschreibt sozialetische Herausforderungen der Finanzkrise. Er weist vor allem auf eine ungeheure Aufblähung von Finanzmarkttransaktionen hin, wenn z. B. lediglich zwei Prozent des Devisenhandels etwas mit Außenhandelsgeschäften der Wirtschaft zu tun hat oder die durchschnittliche Haltedauer von Aktien von zehn Jahren (1980) auf sechs bis sieben Monate in der Gegenwart gesunken ist. Gabriel fordert eine Einordnung der Finanzwirtschaft in das Gemeinwohl ein, wozu eine Finanzmarkttransaktionssteuer einen Beitrag leisten könnte.

Zur umweltethischen Problematik enthält der Band die Beiträge von Herbert Prybl (Heiligenkreuz) und Reinhold Prieuasser (Linz). Prybl behandelt die Notwendigkeit veränderter Konsumgewohnheiten, wobei er sich vor allem auf Dokumente der kirchlichen Sozialverkündigung stützt. Prieuasser problematisiert angesichts einer wachsenden und nach mehr Wohlstand strebenden Weltbevölkerung den Ressourcenverbrauch, die unzureichende Aufnahmefähigkeit des Ökosystems für Schadstoffmedien und irreversible Eingriffe in die Natur (Abholzung tropischer Regenwälder), um die notwendige Dimension des Umsteuerungsprozesses deutlich zu machen.

Der zweite Teil der Beiträge beschäftigt sich mit zukunftsfähigen persönlichen Lebensstilen. Zunächst werden von Josip Balaban und Gordan Črpić (Zagreb) ausführlich die Ergebnisse der Europäischen Wertstudie für Kroatien geschildert. Es wird dabei darauf verwiesen, dass die Katholische Kirche im Vergleich zu anderen Institutionen der Gesellschaft dort noch über erhebliches Ansehen verfügt. Instruktiv ist der Beitrag von Ingeborg Gabriel über die notwendigen erheblichen Korrekturen des westlichen Lebensstils angesichts der globalen Herausforderungen von Ökologie und Armut und dem berechtigten Wunsch vieler Milliarden Menschen außerhalb Europas nach Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen.

Angesichts des Europäischen Einigungsprozesses behandelt der polnische Soziologe Wiesław Walkiewicz die Interdependenz von nationaler und europäischer Identität des Bürgers und die Notwendigkeit, ein europäisches Bewusstsein zu fördern. Sein Warschauer Kollege Francisek Kampka greift dann die Risiken modernen Lebens auf, wobei er die weltweiten Zusammenhänge von Armut und Ökologie thematisiert.

Der Erzbischof von Rijeka (Kroatien), Ivan Devčić, behandelt Fragen einer Zukunftsethik aus der Perspektive der Verantwortungsethik von Hans Jonas. Ebenso eher philosophisch ausgerichtet ist der Beitrag von Janez Juhant (Laibach, Slowenien), der die Frage der Nachhaltigkeit geistesgeschichtlich in Auseinandersetzung mit verschiedenen philosophischen Strömungen und Weltbildern einordnet und sich gegen evolutionär-darwinistische Weltbilder von Religionskritikern wie Dawkins abgrenzt. Der Zagreber Physiker Hrvoje Štefančić problematisiert die Frage, ob der westliche Lebensstil dauerhaft tragfähig (sustainable) ist, was er selbstverständlich verneint.

Im dritten Teil des Bandes wird der Beitrag der Kirche und der Christlichen Sozialetik für Europa und die Staaten Mittel- und Osteuropas dargestellt. Zunächst schildert der bekannte ungarische Religionssoziologe Miklós Tomka

(Budapest) die Ergebnisse der europäischen Wertestudie für die Länder Mittel- und Osteuropas, wobei interessante Vergleichszahlen länderspezifischer Entwicklungen aufgezeigt werden. Im Anschluß daran schildert der „Europa-Bischof“ der Österreichischen Bischofskonferenz Egon Kapellari (Graz-Sekau) die christliche Perspektive für Europa. Du-bravka Petrović berichtet über die Tätigkeit von drei zentralen sozialetischen Akteuren in der katholischen Kirche Kroatiens. Dies sind die Kommission Iustitia et Pax, das Franziskanische Institut für Friedenskultur (Split), das sich besonders der Aufarbeitung der Kriege und Konflikte auf dem Balkan nach 1990 widmet, und das Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche, das sich vor allem für die Verbreitung der Soziallehre durch entsprechende Publikationen, wissenschaftliche Tagungen und Dialoge mit Entscheidungsträgern einsetzt.

Der griechisch-katholische Professor für Moraltheologie in Iwano-Frankivsk, Volodymyr Sheremeta, schildert die ökologischen Herausforderungen in der Ukraine, zu denen neben den Folgelasten der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch viele andere Gebiete hoher Umweltbelastung gehören. Daher verweist er auf die Anstrengungen der Kirche, das ökologische Wertebewusstsein zu fördern.

In seinem abschließenden Beitrag greift Helmut Renöckl (Linz) grundsätzliche Herausforderungen innerhalb der Kirche selbst auf, wenn er den Pflichtzölibat in Frage stellt und – angesichts mehrerer Negativerfahrungen mit Bischofsnennungen in der österreichischen Kirche – allgemein eine größere Beteiligung der Ortskirchen, von Priestern und Laien in der Kirche, auch bei der Berufung von Bischöfen einfordert.

Der Band belegt das verdienstvolle Engagement, das die Vereinigung für katholische Sozialetik in Mitteleuropa zeigt. In vielen postkommunistischen Ländern sind nämlich die Kirchen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt worden, so dass der Verbreitung christlich-sozialen Denkens ein hoher Stellenwert zukommt.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Theologischer Rationalismus und politische Rationalität im Gespräch

Bourgine, Benoît/Eggensperger, Thomas/Materne, Pierre-Yves (Hg): *Theologische Vernunft – Politische Vernunft. Religion im öffentlichen Raum. Raison théologique – raison politique. La religion dans l'espace public. Münster: Lit 2010, 144 S., ISBN 978-3-643-10421-2.*

Im September 2008 fand im belgischen Louvain la Neuve der sechste theologische Kongress für Dominikaner und Dominkanerinnen in Europa statt. Das Thema lautete „Theologischer Rationalismus – politische Rationalität. Theologie im Öffentlichen Raum“. 2010 wurden die Beiträge im oben genannten Band der Reihe „Kultur und Religion in Europa“, die vom Institut M.-Dominique Chenu – Espaces Berlin betreut wird, veröffentlicht.

Am Beginn des Sammelbands stehen fünf Fragen zum Verhältnis von Religion und Politik jeweils in deutscher und französischer Sprache. Es fällt auf, dass die Übersetzungen nicht immer eindeutig sind, was indessen die herausgeberische Leistung nicht schmälert, die Beiträge dank kurzer Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache sowohl einem deutsch- als auch einem französischsprachigen Publikum zugänglich gemacht zu haben. Es zeugt vielmehr von der nicht zu unterschätzenden Schwierigkeit, theologische und philosophische Konzepte in unterschiedliche Sprachräume zu vermitteln. Damit ist auch der Anknüpfungspunkt für den Beitrag benannt, den Walter Lesch unter dem Titel *Politische Rationalitäten und religiöse Überzeugungen: ein Übersetzungsproblem* beige-steuert hat. Für Lesch ist das Übersetzen theologische und ethische Schlüsselkompetenz.

Der in Brüssel lehrende Philosoph Jean-Marc Ferry stellt in seinem ursprünglich auf Französisch verfassten Artikel *Vernunft und Religion* das von ihm entwickelte Konzept der reflexiven Religiosität vor, wonach Glaube oder Unglaube in einer postmetaphysischen Gesellschaft eine praktische Entscheidung

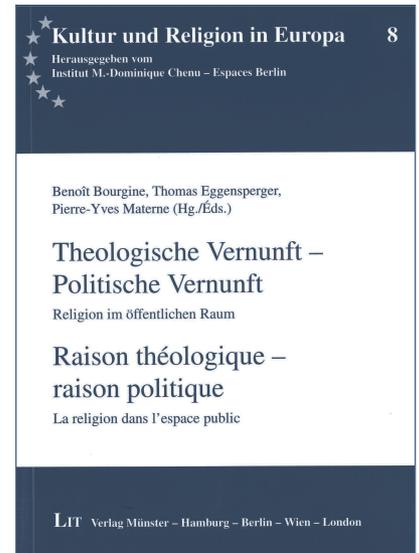
auf der Basis eines gemeinhin geteilten theoretischen Agnostizismus sind.

Ignace Bertin, der langjährige Direktor des dominikanischen Think-Tanks Espaces für Fragen der europäischen Einigung erkennt ein Hauptproblem der Kirche bei ihren Bemühungen, an der theologischen Debatte teilzunehmen, in einer unzureichenden Reflexion der theologischen Anthropologie, die sich allzu sehr auf den Naturbegriff verlässt und zu wenig auf die Beziehungsdimension stützt.

Im Anschluss an Max Weber ist für Burkhard Conrad „keine politische Theologie notwendig. Es genügt der gläubig gelassene Politiker, der seine existentiellen Fragen nicht aus dem politischen Geschäft heraushält, sie aber auch nicht in jeder Situation zur absoluten Maßgabe seines Handelns macht“ (S. 69). Christophe Boureau zieht im Bild des ‚chrétien abstinent‘ einen Vergleich zu dem sich der Wahl enthaltenden Bürger, um die Haltung vieler getaufter Franzosen zu verdeutlichen. Sich ihnen zuzuwenden ist die Aufgabe des Theologen, der sich in stiller Arbeit und unterhalb der offiziellen kirchlichen Verlautbarungen bewegt. Charles Morerod äußert in seinem Beitrag Zweifel an der Fähigkeit einer sogenannten neutralen Religionswissenschaft, religiöse Kultur zu vermitteln.

Jean-Pierre Delville beschreibt fünf Dimensionen prophetischer Existenz und exemplifiziert sie am Wirken der Gemeinschaft Sant Egidio. In Abgrenzung von Stanley Hauerwas insistiert Pierre Yves Materne auf die prophetische Kraft des Christentums, die sich unter der Voraussetzung entfalten kann, dass der Versuchung zum Elitedenken und Exklusivismus widerstanden wird.

Joseph Famerée vertritt die Auffassung, dass eine demokratischer verfasste Kirche auch zu einer entscheidenden Belebung der westlichen Demokratien beitragen könnte. Thomas Eggensperger diskutiert die Grenzen von Pluralismus und Toleranz als ein vielleicht unbequemes,



aber durchaus in der Rede von der Toleranz selbst eingebautes Anliegen.

Mit fünf starken Thesen setzt sich Carsten Barwasser von Autoren wie Ronald Dworkin, Richard Rorty und Ulrich Beck, aber auch den für Theologen verdaulicheren Jürgen Habermas ab, indem er darauf besteht, dass Kommunikation „einen Akt der Anerkennung voraus[setzt], der den Bereich rein empirischer, szientistischer Rationalität übersteigt und so möglicherweise eine Rationalität eröffnet, über die sich religiöse Aussagen vermitteln lassen“ (S. 180).

Der zunächst hermetisch wirkende aber durchaus lesenswerte Band wird abgeschlossen durch eine von Ulrich Engel verfasste Synthese aller Beiträge und endet mit dem Bild vom „leeren Stuhl, der auf den Messias wartet“, und dessen Relevanz für die Politik zuerst von der amerikanischen Philosophin Agnès Heller herausgestellt wurde.

Stefan Lunte, Bresson



Vorgestellt

Digitale Mediengesellschaft – Nachhaltige Energieversorgung – Chancengerechte Gesellschaft

Drei aktuelle Impulspapiere der Deutschen Bischofskonferenz

In den vergangenen Wochen haben zwei Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz drei Impulspapiere vorgelegt. Von besonderer Bedeutung für den Diskurs dürfte vor allem das am 27. Juni 2011 veröffentlichte sozialetische Impulspapier „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ sein. Verantwortet wird es von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Es enthält eine aktuelle sozialetische Positionsbestimmung – vierzehn Jahre nach dem ökumenischen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ und nach zwei höchst umstrittenen Stellungnahmen in der Zwischenzeit. Daneben wurde von der gleichen Kommission ein umweltethisches (auf eine nachhaltige Energieversorgung bezogenes) Impulspapier publiziert. Zudem hat die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz ein medienethisches (insbesondere auf das Internet bezogenes) Impulspapier vorgelegt. Diese beiden Papiere schließen an frühere Texte an, thematisieren jedoch zugleich auch wichtige neue Gesichtspunkte.

vorgestellt und kommentiert von

Axel Bohmeyer

Christian Spieß



Virtualität und Inszenierung – das medienethische Impulspapier

Am 29. Juni 2011 hat die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz einen Text mit dem Titel „Virtualität und Inszenierung. Unterwegs in der digitalen Mediengesellschaft – Ein medienethisches Impulspapier“ (VuI) veröffentlicht. Ausgangspunkt ist die umfangreiche Tradition der Medienproduktion und -rezeption, auf die die katholische Kirche zurückblicken kann. Weil sich Religion ohne Worte und Bilder nicht mitteilen kann, hat sich das Christentum „der Medien sowohl bedient wie deren Stellenwert im Horizont seiner Glaubensüberzeugung immer wieder reflektiert“ (VuI,

S. 13 f.). Als Religion der Bibel, die eine enorme Medienproduktion (Literatur, bildende Künste, Musik) angeregt hat, ist das Christentum gewissermaßen eine Medienreligion. „Der überquellende Bildreichtum der europäischen Kunst und deren Bildsprache ist ebenso wenig ohne den christlichen Glauben zu verstehen wie die Medien- und Bildkritik der Reformatoren, die sich zu deren wirksamer Verbreitung gleichzeitig des modernsten Mediums ihrer Zeit bedienten: des eben erfundenen Buchdrucks.“ (VuI, S. 14) Freilich ist das Verhältnis von Glaube und medialer Darstellung vom „Alten Testament bis zum Auto-

nomieverständnis der modernen Kunst [...] eine Konfliktgeschichte. Gestritten wird über das Verhältnis von Sichtbarem und Unsichtbarem, Wort und Bild, sinnlicher Wahrnehmung und sinnhaftem Ausdruck, Bildlosigkeit und bildlicher Darstellung, Realitäten und Fiktionen.“ (VuI, S. 14) Insofern führt die Frage nach der Bedeutung der Medien und nach einer Ethik der Medien ins Zentrum des Glaubens und der Theologie sowie der kirchlichen Praxis – in deren Rahmen Medienarbeit vom Pfarrbrief über Bistumszeitungen bis zu überregionalen Zeitschriften, vom Schaukasten über Journalistenschulen



bis zur Katholischen Nachrichtenagentur, von Pfarrbüchereien über Hörfunkbeiträge bis zu vielfältigen Internetangeboten intensiv betrieben wird.

Das medienethische Impulspapier setzt freilich einen besonderen Schwerpunkt und widmet sich im Wesentlichen nur einem ausgewählten Bereich der Medien, nämlich dem Internet und den digitalen Medien. Als eigentlich naheliegender Ausgangspunkt wird die einschlägige Pastoralinstruktion *Communio et progressio* (1971) gewählt, was die Autoren des Papiers allerdings selbst als „überraschend“ (VuI, S. 12 FN 5) annonciieren. Diese ‚Überraschung‘ ist aufschlussreich: Man wähnt sich offenbar in einer Welt, die von digitalen Medien und vom Internet geprägt und dominiert ist. Dadurch hat sich auch die Relevanz der anderen Medien verschoben, „traditionelle Medien“ geraten in eine Randposition. Sie bleiben zwar immerhin „trotz der Zunahme der Bildkommunikation unverzichtbar“, denn das Internet ist eine Plattform, die Bewegtbilder oder Audiodateien ebenso zur Verfügung stellt wie Texte. Aber das „Internet ist zu einem Meta-Medium geworden. [...] Es integriert Wort, Bild und Ton.“ (VuI, Vorwort, S. 5) „Crossmedialität heißt

Crossmedialität ist das Schlüsselwort moderner Medienarbeit

daher das Schlüsselwort der Zukunft auch für die kirchliche Medienarbeit.“ (VuI, S. 82) Über diesen Aspekt der Crossmedialität hinaus werden ‚traditionelle Medien‘ im medienethischen Impulspapier kaum thematisiert. Insofern reduziert das Papier die diagnostizierte „Komplexität der Medienwelt“ (VuI, S. 15) beträchtlich. Die Überlegungen können im Horizont von „*Virtualität* und *Inszenierung*“ als „Schlüsselkategorien der modernen Medienwelt“ entwickelt werden, wobei als ‚moderne Medienwelt‘ dem Impulspapier die durch das Internet und digitalen Medien dominierte Medienwelt gilt.

„An diesen Kategorien lässt sich das Innovative, das Menschendienliche, aber auch das Gefährliche der gegenwärtigen Entwicklungen besonders deutlich erkennen.“ (VuI, S. 15)

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission, Bischof Gebhard Fürst, spricht im Vorwort im Hinblick auf die Medien in der Gegenwart von einem „großen Umbruch“, von einem „Medienwandel“, von einer „medialen Revolution“, die freilich „noch längst nicht abgeschlossen“ sei, denn das „Medienangebot wächst explosionsartig“ (alle Zitate aus dem ersten Absatz des Vorwortes, S. 5). Das Impulspapier selbst interpretiert diese Medienrevolution als *Zeichen der Zeit* und betont deren Ambivalenz. Die Kommunikationsmedien seien längst „neben der Ökonomie zum Leitsystem moderner Industriegesellschaften geworden“ (VuI, S. 10). Schlechthin *alles*, was „in einer Gesellschaft öffentliche Geltung, Relevanz und Aktualität beansprucht, wird über die unterschiedlichen Medien publik gemacht“ (VuI, S. 3, mit Verweis auf die Öffentlichkeitskonzeption von Niklas Luhmann). Aber den Medien kommt auch eine „Aufklärungs- und Kritikfunktion zu“, denn „sie bilden das zentrale Themensetzungs- und Gesprächsforum“ der Öffentlichkeit und „weit mehr: Sie stellen Öffentlichkeit überhaupt erst her und ermöglichen Teilhabe am öffentlichen Leben“ (VuI, S. 11). Analytisch konzentriert sich das Papier auf *Virtualität* und *Inszenierung*, normativ auf den Begriff der *Authentizität*. Die ethische Fragestellung müsse von der Frage, *was* medial vermittelt wird, ausgeweitet werden auf die Frage, *wie* es vermittelt wird. Eben dazu sei eine Analyse nötig, die die *Virtualisierung* der Wirklichkeit erschließe: „Bilder, Musik oder Texte erscheinen nur noch als momentane Realisierungen einer digitalen Quelle auf dem Bildschirm. Ebenso schnell wie sie auftauchen, verschwinden sie wieder.“ (VuI, S. 15) Und die Kehrseite der *Virtualität* sei die *Inszenierung*, insofern Menschen, so „wie der Computer als uni-

versale Maschine beliebige Wirklichkeiten inszeniert“, zunehmend „ihre Lebenswirklichkeit ebenfalls als Ergebnis eigener Inszenierungen“ verstehen (VuI, S. 15). Deshalb gilt (nach Auffassung des Medienpapiers offenbar im Unterschied zu der Zeit vor der ‚digitalen Revolution‘): „Begriffe wie Rea-

Begriffe wie Realität und Natur verwandeln sich in Ergebnisse medialer Inszenierungen des Lebens

lität oder Natur stehen nicht mehr für feste Gegebenheiten, sondern verwandeln sich in Ergebnisse der medialen Inszenierungen gegenwärtigen Lebens“ (VuI, S. 15).

Ausführlich bestimmt das Papier *Virtualität* als „Kennzeichen der digitalen Mediengesellschaft“ (VuI, S. 17–28). Der Begriff wird im Blick auf den heutigen Gebrauch recht eng bestimmt: „Wenn wir heute von *Virtualität* sprechen, dann geht es dabei in der Regel um virtuelle Welten wie Computerspiele und Wirklichkeitssimulationen.“ (VuI, S. 20) Die Möglichkeiten, „seine eigentliche Identität zu verbergen und in andere Rollen zu schlüpfen, machen eine große Faszination der virtuellen Welten aus. Auf der anderen Seite gründen da auch ihre Probleme: von Fragen des Jugendschutzes bis zu Fragen nach dem möglichen Suchtpotenzial eines Eintauchens in künstliche Welten“ (VuI, S. 20). Trotz dieser engen Definition werden auch Phänomene wie Hypertexte (VuI, S. 18) und das „Schlagwort“ (!) vom *iconic turn* (VuI, S. 17) ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der *Virtualität* bearbeitet – denen man damit gewiss nicht vollständig gerecht wird. Hervorgehoben werden die Flexibilität, ständige Aktualisierbarkeit und hohe Selektivität der digitalen Medien, die die „Grenzen zwischen Produzenten und Konsumenten durchlässig“ machen (VuI, S. 17). „Auch die Abgrenzungen zwischen den klassischen elektronischen (!) Medien (Telefon, Hörfunk und

Fernsehen, Text, Bild und Ton) verschwinden.“ (VuI, S. 17) Im weiteren Verlauf des Textes wird „Virtualität“ dann aber über die Begriffsbestimmung ausgedehnt, denn die „Virtualisierung der Wirklichkeit greift aber auch längst in unseren realen Alltag hinein“ (VuI, S. 22). Allerdings geht es auch dabei um das Bewegen in „virtuellen Welten“, insofern wir „wissenschaftlich, beruflich und privat wie selbstverständlich mit virtuellen Räumen und simulierten Wirklichkeiten“ umgehen: „Wir benutzen bildgebende Verfahren in der Medizin, entwerfen dreidimensional unsere neue Kücheneinrichtung, fliegen mit Google Earth über die Erde und bewegen uns in hochkomplexen Spielwelten.“ (VuI, S. 22) Es sind nicht zuletzt solche Beispiele, die irgendwann Zweifel daran aufkommen lassen, ob das Papier noch die alltägliche gesellschaftliche Wirklichkeit beschreibt, oder ob es nicht seinerseits diese Wirklichkeit einseitig virtualisiert.

Es schließen sich Überlegungen zu *Inszenierung* als „Imperativ der digitalen Mediengesellschaft“ an (VuI, S. 29–35). „Wer etwas zu sagen hat, sollte das seinen Zeitgenossen auch (bildlich) zeigen. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.“ (VuI, S. 29) Um die „Bedeutung der Inszenierung“ (VuI, S. 31–34) zu belegen, werden dann allerdings keine Beispiele aus virtuellen Räumen oder aus dem Internet genannt, sondern Beispiele aus den ‚traditionellen‘ Medien: der Vietnamkrieg, das Begräbnis von Lady Diana, der 11. September 2001 und das öffentliche Sterben von Johannes Paul II. (VuI, S. 33) – alles eher visuelle Fernsehereignisse als virtuelle Internetereignisse. Die Überlegungen zur Bedeutung der Inszenierung und zur Zunahme symbolhafter und inszenierter Handlungen in der Politik hätte also eine stärkere Einbeziehung der ‚traditionellen‘ Medien nahe gelegt.

Weil einerseits Macht sich steigern lässt durch die Macht des Bildes, andererseits speziell das Internet eine absolut umfassende Medienkontrolle von Einzelnen verhindert, erscheint die „Do-

minanz der (inszenierten) Bilder- und Medienwelt [...] in ethischer Hinsicht ambivalent.“ (VuI, S. 35) Obwohl die „Möglichkeit, Bilder und ihre Verbreitung kontrollieren zu können, [...] ein Herrschaftsinstrument [darstellt]“ (VuI, S. 34), bezieht sich dann das im Papier entwickelte zentrale „Kriterium für eine zukunftsfähige digitale Mediengesellschaft“ (VuI, S. 36) nicht mehr auf diesen Aspekt der Macht über die Medien, sondern es lautet *Authentizität*: „Wann sind Medien wahrhaftig und authentisch, wann nicht?“ (VuI, S. 35)

Zur Klärung der „moralische[n] Be-



Ethisches Kriterium einer medialen Darstellung ist die Frage, ob sie wahr und authentisch ist

deutung von Authentizität“ werden aus dem „Leitbegriff“ Authentizität „drei ethische Leitideen entwickelt“, nämlich „die moralische Qualität menschlicher Kommunikation, die Ethik der Bildästhetik und die Reflexion auf die Sittlichkeit von Öffentlichkeit und Demokratie“ (VuI, S. 36; S. 42 ist dann im Hinblick auf die erste Leitidee statt von der moralischen Qualität menschlicher Kommunikation vom Kriterium der *Personalität* die Rede). „Der Anspruch der Authentizität im Dienst der Förderung menschlichen Personenseins muss je nach Kontext übersetzt und konkretisiert werden: Würde des Menschen, Persönlichkeitsrechte, Schutz von Kindern und Jugendlichen [...]“ (VuI, S. 38) So interessant und anregend die Ausführungen sind, so sehr drängt sich doch die Frage auf, ob der Authentizitätsbegriff tatsächlich in der Lage ist, die medienethischen Überlegungen normativ zu tragen – ob also tatsächlich die ethischen Leitideen aus dem Leitbegriff Authentizität entwickelt werden, oder ob nicht vielmehr gerade umgekehrt aus normativen Voraussetzungen das Kriterium der Authentizität entwickelt wird (etwa aus dem biblischen Menschenbild und aus dem christlichen Personenverständnis,

vgl. VuI, S. 36 f.; vgl. auch Nr. 48 auf S. 38 gegenüber Nr. 75 auf S. 55). Im Kontext von „Öffentlichkeit und Demokratie“ wiederum stellt sich die Frage, ob nur die Authentizität in ethischer Hinsicht ein Problem darstellt: Während, wie oben erläutert, an anderer Stelle des Papiers von problematischen Machtstrukturen die Rede ist (etwa VuI, S. 34 f.), die Befürchtung geäußert wird, „dass in den medialen Inszenierungen der Politik die Auseinandersetzung um das bessere Argument [...] mehr und mehr verloren geht“ (VuI, S. 31 f.), oder auch Luhmanns Öffentlichkeitsmodell zitiert wird (VuI, S. 10), spielt dies bei der „Reflexion auf die Sittlichkeit von Öffentlichkeit und Demokratie“ keine Rolle mehr. Obwohl das Papier betont, dass „Demokratie [...] nicht ohne eine entsprechende politische Öffentlichkeit zu denken“ ist und die „Legitimität demokratischer Entscheidungen [...] von öffentlicher Information und Argumentation“ abhängt (VuI, S. 43), beschränkt sich die ethische Reflexion auch im Hinblick auf Öffentlichkeit und Demokratie auf das Kriterium der Authentizität (VuI, S. 43–45). Im „Fazit“ dieses Abschnittes heißt es dann, dass eine „Ethik der digitalen Mediengesellschaft [...] auf die Gestaltung gerechter und menschenwürdiger Lebensverhältnisse“ (VuI, S. 55) abziele – warum dann aber die systematische Konzentration der ethischen Reflexion auf den Begriff der Authentizität?

Es handelt sich um ein herausforderndes Impulspapier. Auf fast 90 Seiten enthält es neben dem Dargestellten noch eine Fülle von Bezügen zu kon-



Die nur marginale Bezugnahme des Papiers auf die traditionellen Medien spiegelt nicht deren Bedeutung

kreten Fragen einer Internetethik, die insbesondere die *Medienkompetenz* ins Zentrum stellen. Es ist vielleicht eine falsche Erwartung, dass unter dem Titel „Unterwegs in der digitalen Medien-



gesellschaft“ neben der Konzentration auf das Internet auch andere medienethische Probleme erörtert werden. Dem Impulspapier gilt das Internet als „alle anderen Medien verbindende[s] und integrierende[s] Übermedium“ (VuI, S. 45). Aber ob tatsächlich alle ethischen Fragen um Text, Ton und Bild – um Hörfunk, Fernsehen und Film, um Tonträger, Buch und Zeitung, zu schweigen von Theater, Musik und bildender Kunst – im Internetzeitalter wirklich eine derart marginale Bedeutung haben, dass sie in einem medienethischen Impulspapier der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz – wenn überhaupt – nur am Rande erwähnt zu werden brauchen, ist zu bezweifeln. Ein ähnlich ambivalentes Bild bietet sich hinsichtlich der ethischen Systematik des Papiers. Die ausführlichen analytischen Erörterungen von Virtualität und Inszenierung als Zeichen der Zeit sind teilweise beeindruckend. Die normative Tragfähigkeit der Authentizität als Kriterium einer zukunftsfähigen digi-

talten Gesellschaft dagegen bleibt unklar. Außerdem kommen immer auch andere ethische Begriffe ins Spiel (Menschenwürde, gerechte Lebensverhältnisse), die so einfach wohl doch nicht „aus dem“ oder „im“ Begriff der Authentizität entwickelt werden können. Und schließlich: Die Begriffe der katholischen Sozialethik geben für eine Medienethik des digitalen Zeitalters offenbar gar nichts mehr her. Der Gerechtigkeitsbegriff kommt – abgesehen vom Aspekt der „Zugangsgerechtigkeit“ (VuI, S. 58) – überwiegend im Geleit- und Schlusswort vor und spielt in der Entfaltung der ethischen Systematik keine relevante Rolle. Ähnliches gilt für Solidarität und Subsidiarität, die erst in den ‚Handlungsempfehlungen‘ unvermittelt auftauchen und – selbstverständlich – auf den Authentizitätsbegriff hingeordnet werden (VuI, S. 68). In dieser Hinsicht setzen die beiden anderen Impulspapiere andere Akzente, da sie die Begriffe der sozialkatholischen Tradition produktiv aufgreifen.

den deskriptive und normative Aussagen oftmals sehr stark miteinander verwoben werden. Die Sachstandsanalyse hätte deshalb stärker beschreibend und weniger normativ aufgeladen ausfallen können.

Im ersten Kapitel wird die „Dringlichkeit der Energiefrage“ herausgestellt, die nach Ansicht der Autoren „zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu den vordringlichen Problemen der Menschheit“ (DSV, S. 11) zu zählen ist.



Gegenwärtige Energieprobleme sind auch Folge ungerechter Machtverhältnisse und unsolidarischer Wirtschaftsformen

Der durch die Industrialisierung eingeleitete massive Verbrauch fossiler Ressourcen habe zu einem die menschliche Existenz bedrohenden Klimawandel geführt. Zudem sei die Energiefrage auch eine genuine Gerechtigkeitsfrage. Denn: „Die gegenwärtigen Energieprobleme sind auch die Folge ungerechter Machtverhältnisse und unsolidarischer Wirtschaftsformen.“ (DSV, S. 11) Diese Perspektive wird im zweiten Kapitel „Globaler Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit“ noch stärker vertieft und argumentativ angereichert. Die Frage nach einer nachhaltigen und gerechten Energiepolitik wird als globale Herausforderung bzw. als „die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ (DSV, S. 15) identifiziert und die asymmetrischen Auswirkungen der bislang getroffenen energiepolitischen Maßnahmen werden dargestellt. „Da die Folgekosten gegenwärtiger Energieversorgung auf die Armen, auf zukünftige Generationen und auf die Natur abgewälzt werden, ist die Energiefrage in dreifacher Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit: global, intergenerationell und ökologisch. Es ist ein grundlegendes ethisches Problem der Energiepolitik, dass Verursacher und Leidtragende des hohen Energieverbrauchs nicht identisch sind.“ (DSV, S. 15) Das Klima und auch die Energieversorgung

Der Schöpfung verpflichtet – Das energieethische Impulspapier

Die 52 Seiten umfassende Expertise „Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie. Ein Expertentext zu den ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Energieversorgung“ (DSV) wurde von der *Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz* verfasst. Die Expertise weist eine inhaltliche Übereinstimmung zum Impulstext „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ (CG) auf, wird doch in diesem Papier unter der Perspektive der Generationengerechtigkeit zumindest kurz reflektiert, dass es angesichts des massiven natürlichen Ressourcenverbrauchs „eines an der Nachhaltigkeit orientierten Wandels des Lebensstils und eines technischen Fortschritts [bedarf], der

sich an den ökologischen Erfordernissen ausrichtet“ (CG, S. 32). Insgesamt steht und stellt sich das Expertenpapier in die Tradition der bisherigen Veröffentlichungen zu ökologischen Fragen, insbesondere gibt es eine starke inhaltliche Nähe zum Expertentext „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ aus dem Jahr 2006. So wählt auch die neue ethische Reflexion über einen nachhaltigen Umgang mit Energie nicht nur einen schöpfungstheologischen Ausgangspunkt, sondern identifiziert aus sozialemethischer Perspektive auch die gerechtigkeitsrelevanten Aspekte der Energiepolitik. Der Text folgt nach eigener Aussage (vgl. DSV, S. 7) dem klassischen ethischen Dreischritt von *sehen – urteilen – handeln*, wobei dieser Dreischritt sich nicht immer deutlich abbildet, son-

werden im dritten Kapitel „Öffentliche Güter und Gemeinwohl“ als globale öffentliche Güter bezeichnet, die der nationalen Staaten bzw. die internationale Staatengemeinschaft schützen bzw. bereitstellen müssten. „Die Versorgung mit sicherer und ausreichender Energie sowie der Schutz vor den mit ihr verbundenen Risiken sind für die menschliche Existenzsicherung und Entwicklung von grundlegender Bedeutung. Deshalb darf die Energiefrage nicht allein der Dynamik von Märkten überlassen werden. Sie ist vielmehr Gegenstand öffentlicher Verantwortung.“ (DSV, S. 18) Die Argumentation für die öffentlichen Güter bzw. den Gemeinwohlscharakter dieser Güter wird mit Blick auf die schöpfungstheologisch inspirierte Eigentumstheorie der Katholischen Soziallehre untermauert: „Die Güter der Schöpfung sind zunächst Kollektiveigentum, das zum Nutzen aller zu verwenden ist.“ (DSV, S. 20)

Der schöpfungstheologisch fundierte moralische Gesichtspunkt des Papiers wird dann im vierten Kapitel „Christliche Schöpfungsverantwortung



Eine Ethik der Energieversorgung muss verschiedene Ziele im Blick behalten und gegeneinander abwägen

und das Leitbild nachhaltiger Entwicklung“ ausgewiesen. Bereits hier werden konkrete Vorschläge für eine neue, nachhaltig ausgerichtete Energiepolitik gemacht sowie die Spannungsfelder und Zielkonflikte der unterschiedlichen Sachbereiche genannt. „Eine Ethik der Energieversorgung muss stets verschiedene Ziele im Blick behalten: Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit und Vermeidung politischer Abhängigkeiten, langfristige Wettbewerbsfähigkeit und sozial gerechter Zugang. Für eine konsistente Energiepolitik kommt es darauf an, dass die einzelnen Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ (DSV,

S. 26) Güterabwägung und Risikobegrenzung werden als diejenigen Prinzipien einer Verantwortungsethik genannt, die im Abwägungsprozess zur Geltung kommen müssten.

Die Veröffentlichung des Expertentextes „Der Schöpfung verpflichtet“ am 16. Mai 2011 sollte offensichtlich mit einem geschichtlichen Ereignis verbunden werden, denn schließlich ereignete sich am 26. April 1986 im vierten Block des Kernkraftwerks Tschernobyl eine nukleare Katastrophe bislang ungekannten Ausmaßes, die auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse als katastrophaler Unfall (Höchststufe 7) eingeordnet wurde. Infolge der aktuellen dramatischen Ereignisse im Kernkraftwerk von Fukushima, die am 11. März 2011 begannen und die von der japanischen Atomaufsichtsbehörde auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse ebenfalls als katastrophaler Unfall eingestuft wurden, wirkt der Expertentext jedoch merkwürdig ungeschichtlich. Die aktuelle Nuklearkatastrophe und auch die damit verbundenen aktuellen politischen Debatten über den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie werden nur im Geleitwort erwähnt.

In seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011, also wenige Wochen nach der Veröffentlichung der Arbeitshilfe, hat der Deutsche Bundestag den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf „13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“, das den Ausstieg aus der Atomenergie abschließend regelt, unverändert angenommen. Mit diesem Gesetz endet die Betriebsgenehmigung für acht deutsche Kernkraftwerke, während die übrigen neun Kraftwerke in ihrer Laufzeit zeitlich befristet werden. Das letzte Atomkraftwerk wird in der Bundesrepublik Deutschland somit im Jahr 2022 abgeschaltet. Insofern ist die im Zusammenhang der ethischen Bewertung der Kernenergie formulierte Forderung „den Umstieg in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien zu beschleunigen

und die Kernenergie baldmöglichst zu beenden“ (DSV, S. 43) mittlerweile überholt. Wertvolle Anregungen gibt der Expertentext dagegen zu der Frage, wie die Umstellung auf eine nachhaltige Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ausstieg aus der Atomenergie gelingen kann, wie also eine energiepolitische Wende tatsächlich gestaltet werden kann. So werden im fünften Kapitel unter dem Titel „Dreiklang von Maßhalten, Effizienz und erneuerbaren Energien“ mit Hilfe der zuvor dargelegten Kriterien die konkreten Konsequenzen für die Veränderungen der Energiepolitik gezogen. Insgesamt werden drei Strategien identifiziert, die einen nachhaltigen Umgang mit Energie befördern könnten und deshalb zeitgleich zu verfolgen seien: Die Suffizienz-, die Effizienz und die Substitutionsstrategie. In diesem Kapitel werden dann auch konkrete Handlungsfelder (Wärmeenergie, Mobilität, Strommix, erneuerbare Energien und Bioenergie, Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid) ausgewiesen und die Lösungsansätze werden kritisch, bisweilen sehr detailverliebt diskutiert. Dieses umfangreiche fünfte Kapitel zeichnet sich gegenüber den anderen Kapiteln auch durch einen anderen sprachlichen Stil aus.

Im Sinne einer Sozialethik des kirchlichen Lebens wird im sechsten Kapitel die kirchliche Energienutzung zum Gegenstand der ethischen Analyse gemacht und es werden Handlungsfelder kirchlicher Mitverantwortung



Die Kirche übernimmt Mitverantwortung durch eigenen nachhaltigen Energieverbrauch und durch advokatorisches Engagement im politischen Dialog

genannt bzw. im Sinne der Arbeitshilfe spezifische Orientierungen gegeben. Einerseits werden die bisherigen Bemühungen um eine nachhaltige Ener-

gienutzung der Kirche gewürdigt, andererseits werden weitere Herausforderungen benannt. Insbesondere wird das politische Mandat der Kirche in Energiefragen betont und im Rahmen einer advokatorischen Ethik verortet: „Die Kirche ist darüber hinaus auch als gesellschaftlicher Akteur in der Diskussion um Energiefragen gefordert, um ihre Position in die politische Auseinandersetzung um Energie- und Klimafragen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene einzubringen. Sie ist dabei ihrem Selbstverständnis nach bevorzugt Anwältin der gesellschaftlichen Gruppen, die sich sonst nicht Gehör verschaffen können, und vertritt deshalb besonders deren Interessen.“ (DSV, S. 48–49)

Dieses advokatorische Engagement wird aber nicht anthropozentrisch verengt, sondern auf die gesamte Schöpfung ausgeweitet (vgl. DSV, S. 50). Abschließend heben die Autoren nochmals verschiedene zuvor genannte Perspektiven hervor. Wichtig ist ihnen, dass es sich bei den energiepolitischen Fragen um „eine der größten Herausforderungen für die zivilisatorische Entwicklung der Menschheit“ (DSV, S. 50) handelt. Sie benennen nochmals die verschiedenen Zielkonflikte, die in diesem Kontext hervortreten: „Energiepolitische Entscheidungen sind in einem Zieldreieck von

- Klima- und Umweltschutz,
- Versorgungssicherheit sowie
- Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit zu treffen.

Diese drei Ziele stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis. Je nach der Gewichtung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte kommt man zu unterschiedlichen Prioritäten.“ (DSV, S. 50) Unterstrichen wird auch, dass die Suffizienz-, die Effizienz- und die Substitutionsstrategie als gleichrangige Strategien für eine Lösung der Energiefrage zu verstehen sind. Mit Blick auf die verschiedenen Herausforderungen und mit Blick auf die Kirche als gesellschaftliche Ak-

teurin notiert die Arbeitsgruppe abschließend: „Der veränderte Umgang mit Energie ist ein zentrales Bewährungsfeld für Gerechtigkeit und Wohlstand. Dabei geht es keineswegs nur um technische Fragen, sondern ebenso um komplexe ethische Abwägungen zwischen den unterschiedlichen Erforder-

nissen von Sicherheit, Schöpfungsverantwortung sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Auch die Kirche ist bereit, sich auf der Grundlage ihrer Soziallehre dieser vielschichtigen Aufgabe im gesellschaftlichen Dialog und in der eigenen Praxis zu stellen.“ (DSV, S. 52)

Chancengerechte Gesellschaft – das sozialetische Impulspapier

Auch das sozialetische Impulspapier „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ schließt an die sozialkatholische Tradition an, und zwar in deutlich stärkerem Maße als das modisch-neoliberale Papier „Das Soziale neu denken“ (2003) und erst recht als das Memorandum „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ mit seinen „Neun Geboten für die Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (1998). Während die beiden Papiere von 1998 und 2003 das Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) konterkarierten, nimmt das neue Impulspapier inhaltlich und systematisch wieder stärker die Argumentation(sweise) des Sozialworts auf.

Im Zentrum steht der Freiheitsbegriff, der nun nicht mehr im neoliberalen Sinne auf individuelle Eigenverantwortung zugespitzt, sondern im Sinne einer politisch-liberalen Gerechtigkeitstheorie als *negative und positive Freiheit* ausbuchstabiert wird. „Die eigentliche Herausforderung besteht darin, beide Seiten der Freiheit ins rechte Verhältnis zu bringen.“ (CG, S. 16). Das Papier bietet eine Analyse, einen ethisch-systematischen Teil und Konkretionen zu drei Themenfeldern. Der verzichtbare abschließende Abschnitt „Chancen für alle“ steht merkwürdig neben den übrigen Ausführungen, passt weder stilistisch noch inhaltlich zum Impulspapier und fällt in der Qualität der Argumentation gegenüber den anderen Kapiteln ab.

Freiheit, das „Faszinationswort der Moderne“, wird in den einleitenden

Worten des Textes grundsätzlich positiv bestimmt. Dabei steht die „freiheitliche Fortschrittsgeschichte“ in der Ambivalenz der Ausweitung von Freiheitsspielräumen sowie der damit verbundenen Zunahme von Wohlstand und Lebensqualität einerseits und Unübersichtlichkeit, Komplexität, Krisenhaftigkeit und Ungerechtigkeit andererseits (CG, S. 9). Eigenartig sind die wiederholten (bereits im Vorwort begegnenden) Hinweise, dass viele Menschen den „Eindruck“ haben, es gehe nicht gerecht zu, dass das „Gefühl“ verbreitet sei, „eine freie Gesellschaft bringe viele Verlierer und wenige Gewinner hervor. Viele haben deshalb [!] Angst vor einem möglichen sozialen Abstieg.“ (CG, S. 9). Selbstverständlich ist nicht jede Ungleichheit ungerecht und selbstverständlich gibt es „in unserem Land auch eine nur gefühlte Ungerechtigkeit“ (CG, S. 9). Die rhetorische Degradierung von Abstiegsängsten und Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten als mehr oder weniger irrationale Gefühle bringt aber einen überheblichen und herablassenden Ton in den im Übrigen ausgewogenen Text und birgt wohl auch einen gewissen Zynismus, wenn man etwa an zunehmende prekäre Beschäftigung, Kinderarmut, die Situation von allein erziehenden Elternteilen oder an die kurze Bezugsdauer von ALG I denkt. Derartige Formulierungen, die wie ein Nachgeschmack der „Neun Gebote“ oder von „Das Soziale neu denken“ wirken, finden sich in den eigentlichen inhaltlichen Kapiteln des Impulspapiers (CG, S. 11–35) kaum noch, wo wesentlich



vorsichtiger formuliert wird; zum Vergleich: „In den entwickelten Gesellschaften des Westens besitzen die Menschen so viel Freiheit wie nie zuvor. [...] Während aber die einen die neuen Chancen aktiv wahrnehmen können, gibt es andere, die diese Möglichkeiten entweder gar nicht haben oder sie nicht zu nutzen verstehen. Bei ihnen macht sich Frustration angesichts nicht erfüllter Verheißungen der Wohlstandsgesellschaft breit. Sie fühlen sich ausgeschlossen. Zudem mussten viele erfahren, dass das Risiko des eigenen Scheiterns wächst, wenn sie ihre Möglichkeiten nutzen. [...] Die prägenden Prozesse der Moderne – Pluralisierung und Individualisierung sowie Rationalisierung und Globalisierung – [...] sind ambivalent, denn sie beinhalten enorme Chancen, aber auch erhebliche Gefahren [...]“ (CG, S. 11).

Diese Chancen und Gefahren werden im analytischen Teil anhand der drei Felder Erwerbsarbeit, Familie und Zuwanderung erörtert. In Bezug auf die Erwerbsarbeit wird die Abdrängung von geringer Qualifizierten Arbeitnehmern in prekäre Beschäftigung, schlechte Bezahlung und wachsende Risiken problematisiert. Das Einkommen reiche „oft nicht aus, eine Familie mit dem selbst verdienten Geld zu ernähren“ (CG, S. 12). In Bezug auf Ehe und Familie wird die Pluralisierung von Lebensformen hervorgehoben. Zwar seien Ehe und Familie „nach wie vor als Wunsch- und Leitvorstellung prägend, jedoch



Chancen und Gefahren der Freiheit werden anhand der Themen Erwerbsarbeit, Familie und Zuwanderung erörtert

sind auch unverheiratete Paare, Geschiedene, Alleinerziehende, Kinderlose, Singles und homosexuelle Lebensgemeinschaften gesellschaftlich anerkannt“ (CG, S. 12). Ein Problem sieht das Papier in der abnehmenden Stabilität von Beziehungen. „Unter der höheren Instabilität der Beziehungsfor-

men leiden häufig die Kinder.“ (CG, S. 12) Auch auf die Einkommensverteilung wirke sich die Veränderung der Haushaltsstrukturen aus, denn für das „Auseinandertriften der Einkommen sind nicht nur Lohnspreizungen, sondern beispielsweise auch Einkommensverluste nach Trennungen oder höhere Einkommen in Doppelverdienerhaushalten verantwortlich“ (CG, S. 13). Die Analyse schließt nach kurzen Ausführungen zum Zuwanderungsland Deutschland mit einem Blick auf die Reformen des Sozialstaats. Die „teilweise Abkehr vom Prinzip der Sicherung des Lebensstandards [...] hat die nach wie vor breite Mittelschicht stark verunsichert“, zumal weitere „Reformschritte in diese Richtung [...] absehbar und erforderlich“ sein dürften (CG, S. 14). „Dies alles trägt dazu bei, dass wir es heute mit einem ‚Fahrstuhleffekt‘ der anderen Art zu tun haben: [...] Heute fährt für manche Gruppen der Fahrstuhl nach wie vor nach oben, während andere schon auf den unteren Etagen aussteigen müssen.“ (CG, S. 15)

Die sozialetisch-systematischen Ausführungen stehen unter der Überschrift „Freiheit, Verantwortung und Chancengerechtigkeit“ (S. 16–23). Freiheit bedeute einerseits die Abwesenheit von äußerem Zwang („negative Freiheit“) und andererseits die Möglichkeit zu Bestimmung und Verwirklichung eigener Ziele („positive Freiheit“). Freiheit wird also zum einen im Sinne der klassischen liberalen Freiheitsrechte und zum anderen als konkrete Freiheit im Sinne der tatsächlichen Befähigung zur Realisierung eines eigenen Lebensentwurfes verstanden. „Freiheit wird erst dann konkret, wenn der Einzelne sich materielle und immaterielle Ressourcen, die er für ein selbstbestimmtes Leben benötigt, erschließen kann oder sie ihm erschlossen werden.“ (CG, S. 16) Es bedarf der individuellen Bereitschaft, Freiheitsspielräume zu nutzen; aber weil „der Einzelne häufig die notwendigen Ressourcen nicht alleine aufbringen kann, ist das Gemeinwesen subsi-

diär zur Hilfestellung verpflichtet“ (CG, S. 16). Das Impulspapier argumentiert in der sozialkatholischen Tradition „vom Menschen her“, verknüpft also „Freiheit und Personalität“, denn „der Mensch ist Dreh- und Angelpunkt und der zentrale sozialetische Maßstab für alles politische und wirtschaftliche Handeln“ (CG, S. 17 mit Verweis auf *Gaudium et spes* Nr. 25 und Nr. 63). Die gleiche unantastbare Würde aller



Freiheit und Personalität gehören zusammen als Grundbestimmungen des Menschen

Menschen wird biblisch-theologisch (der Mensch ist „Ebenbild und Geschöpf Gottes“) und philosophisch (mit Hinweis auf die „Anlage zum Vernunftgebrauch und der so ermöglichten Freiheit“) begründet (CG, S. 17 und wiederum mit Verweis auf *Gaudium et spes*). Die Präzision und systematische Geschlossenheit der Argumentation kann an dieser Stelle nur im Zitat angemessen wiedergegeben werden:

„Freiheit und Personalität gehören zusammen. Freiheit ist konstitutiv für die Grundbestimmung des Menschen. Doch ein individualistisch verkürztes Freiheitskonzept ist mit dem Verständnis des Menschen als Person unvereinbar, weil sie der Verbundenheit von Individualität und Sozialität nicht gerecht wird. Das Prinzip der Personalität nimmt den Menschen umfassend in den Blick. Es begreift den Menschen einerseits als Individuum mit unveräußerlichem Eigenwert und unaustauschbarer Einmaligkeit und andererseits als soziales Wesen in Beziehung zum anderen, zur Gemeinschaft und als religiöses Wesen in seiner Beziehung auf Gott hin. Die Spannung zwischen Individualität und Sozialität ist kennzeichnend für die Person. Der Freiheit des Individuums steht das Recht der anderen auf Freiheit gegenüber. Freiheit korrespondiert daher von Anfang an mit Verantwortung für das eigene Handeln und seine Auswirkungen auf die anderen und die

Gesellschaft, d. h. Freiheit ist notwendig verbunden mit dem Streben nach Gerechtigkeit. Die eng mit der Personalität verbundene Handlungsfähigkeit ist keine statische Größe, über die der Einzelne jederzeit einfach verfügen kann. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines Prozesses, an dessen Anfang die bloße Anlage zur sittlichen Subjektivität steht. Soll diese Anlage nicht verkümmern, dann muss jeder Einzelne Zugang zu den Ressourcen haben, die zur Entwicklung seiner individuellen Fähigkeiten erforderlich sind. Hierzu sind verschiedene soziale und öffentliche Güter (wie soziale Anerkennung, Bildung, Sicherheit) notwendig, denen nicht nur Wünsche, sondern echte Bedürfnisse des Menschen zugrunde liegen. Je nach Eigenart des Guts sind dabei unterschiedliche Verteilungs- und Beteiligungsregeln anzuwenden.“ (CG, S. 18 f.)

Dies ist das zentrale sozialetische Argument des Impulspapiers, in dem liberale politische Philosophie und katholische Sozialtradition, formale und konkrete Freiheit, Verantwortlichkeit und menschliche Bedürfnisstruktur, Individualität und Sozialität ineinander verschränkt werden. Die einen werden diese klare und eindeutige Positionierung begrüßen, die anderen werden daran Anstoß nehmen.

Diese Position wird in einer komplexen Architektur in vier Hinsichten – die gleichwertig nebeneinander stehen – präzisiert (vgl. CG, S. 19–21):

- die Eigenverantwortung des Einzelnen,
- die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwesen,
- die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für jeden Einzelnen und
- die gesellschaftliche Verantwortung für das Gemeinwesen.

Auf der Grundlage dieser vier Dimensionen freiheitlicher Verantwortung kann dann die *dynamische Chancengerechtigkeit* bestimmt werden, wobei es im Wesentlichen um *soziale Gerech-*

tigkeit durch Befähigung geht. „Ein Gemeinwesen, dessen Ausgangspunkt die zur Freiheit berufene Person und dessen Ziel die Entfaltung der Freiheit ist, ist notwendig der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Es ist daran zu messen, ob es ihm gelingt, die gesellschaftlichen Strukturen so zu gestalten, dass allen Mitgliedern die Chance zur Entfaltung ihrer individuellen Freiheit und damit ihrer Fähigkeiten gegeben wird.“ (CG, S. 22) *Dynamisch* ist diese Chan-



Dynamische Chancengerechtigkeit rechnet auch mit dem Scheitern von Menschen

cengerechtigkeit, insofern sie – insbesondere angesichts der weniger geradlinig verlaufenden Lebenswege und der zunehmenden „Brüchigkeit moderner Biographien“ – mit dem Scheitern von Menschen rechnet. Gescheiterten wie allen anderen Menschen „müssen Wege in die Gesellschaft eröffnet werden – und zwar nicht nur einmal, sondern immer wieder“ (CG, S. 23). „Die Risiken der Freiheit dürfen nicht verdrängt, sondern müssen als Herausforderungen [...] angenommen werden. [...] Deswegen muss eine freiheitliche Gesellschaft immer auch eine solidarische Gesellschaft sein.“ (CG, S. 23)

Auf die philosophisch-theologische Grundlagenreflexion aufbauend werden dann im dritten Kapitel des Impulstextes drei „Perspektiven einer chancengerechten Gesellschaft“ aufgezeigt. So wird

- erstens an die aktuellen Debatten um die Bedeutung der (frühkindlichen) Bildung für die gesellschaftliche Inklusion angeknüpft,
- zweitens mit der Fokussierung auf die gesellschaftliche Inklusion durch Arbeit an eine spezifisch sozialkatholische Tradition angeknüpft und
- drittens werden die verschiedenen intergenerationelle Aspekte einer chancengerechten Gesellschaft ausbuchstabiert.

Die Wahl dieser drei Perspektiven – „Bildung“, „Arbeit“, „Generationengerechtigkeit“ – ist systematisch betrachtet nicht ganz einsichtig, da mit der dritten Perspektive der „Generationengerechtigkeit“ ein normativer Begriff hervorgehoben wird.

Die Ausführungen zur Bedeutung der Bildung für die gesellschaftliche Inklusion stellen zuallererst einige theoretische Überlegungen voran, die sich implizit an einem Kantischen bzw. an einem Humboldtschen Bildungsbegriff orientieren. Es wird ein Bildungsbegriff vertreten, der die Selbstentfaltung bzw. Selbstbildung des Subjekts betont. In diesem Sinne wird dann auch hervorgehoben, dass eine umfassende Bildung Bedingung der Möglichkeit zur Befähigung zur Freiheit bzw. Mündigkeit ist (wobei Humboldt betont, dass die Freiheit zugleich unerlässliche Bedingung der Bildung ist), und dass eine solche Bildung bereits früh beginnen muss. Insofern ist es nur folgerichtig, auch den normativ verbürgten Anspruch auf den freien Zugang zur Bildung zu betonen. Demnach muss jedem Gesellschaftsmitglied die Möglichkeit eingeräumt werden, „seine Begabungen und Fähigkeiten zu entwickeln“ (CG, S. 25). Allerdings stellen die Autoren auch fest, dass dieser normative Anspruch nicht eingelöst wird.

Mit implizitem Bezug auf Artikel 6 des Grundgesetzes und im Sinne des sozialkatholischen Prinzips der Subsidiarität wird die Erfüllung dieser Aufgabe den Eltern zugeschrieben. So heißt es im Artikel 6, Absatz 2 des Grundgesetzes: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Deutlich gemacht wird von den Autoren des Textes, dass die freiheitliche Gesellschaft hier von Ressourcen zehrt, die sie nicht aus sich heraus selbst zur Verfügung stellt, sondern auf die sie angewiesen ist. Zugleich wird aber auch betont, dass die Gesellschaft bzw. die staatliche Gemeinschaft den Auftrag hat, die Eltern bei der Erfüllung dieser vielschichtigen Aufgaben zu un-



terstützen. In diesem Sinne garantiert Artikel 6, Absatz 2 des Grundgesetzes den Eltern einerseits den Vorrang als Träger der Erziehung (und Bildung), betont aber aufgrund der Subjektstellung der Kinder auch die Pflicht der Eltern und ermöglicht somit auch staatliche Eingriffe. Gerade aber im Kontext der frühkindlichen Bildung kommt hier die Ambivalenz der freiheitlichen Grundordnung einer Gesellschaft zum Tragen: Während das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates steht und in der allgemeinen Schulpflicht verfassungsrechtlich sowohl ein geeignetes als auch erforderliches Mittel erblickt wird, um den legitimen staatlichen Erziehungsauftrag auch durchzusetzen, kann das von einer Kindergartenpflicht nicht behauptet werden. Deshalb betonen die Verfasser des Impulstextes hier die Notwendigkeit der „Umstellung der frühkindlichen Betreuung von einer Hol- auf eine Bringschuld“ (CG, S. 27). Insgesamt wird die Bedeutung der freiwilligen Angebote einer kommunalen Sozialpolitik bzw. Sozialen Arbeit für die positive Entwicklung von Kindern betont, und die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung solcher Maßnahmen wird hervorgehoben. Trotz dieser konkreten und sicherlich unterstützenswerten Vorschläge stellt sich hier die drängende Frage, wie das Leitbild einer chancengerechten Gesellschaft eingelöst werden soll, wenn die Erziehung und Bildung von Kindern in der frühkindlichen Phase nicht garantiert werden kann. Zumindest für das letzte Jahr vor der Einschulung müsste die Kindergartenpflicht diskutiert werden.

Bei der schulischen Bildung wird betont, dass verhindert werden muss, „dass die soziale Herkunft den Bildungsweg der Kinder vorzeichnet“ (CG, S. 27). Die Befunde der PISA-Studie aus dem Jahr 2000 hatten belegt, dass die soziale Herkunft und die Kompetenzen von Kindern- und Jugendlichen insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland eng miteinander zusammenhängen. Auch wenn die sozialen Disparitäten im Verlauf der weiteren

Studien abgenommen haben, ist die Kopplung zwischen dem sozioökonomischen Status der Eltern und den gemessenen Kompetenzen ihrer Kinder in Deutschland immer noch signifikant hoch. Angesichts der Bedeutung einer Sozialethik kirchlichen Lebens wird hier im Papier selbstkritisch angemerkt, dass „sich das katholische Engagement im Bildungsbereich stärker auf benachteiligte Kinder und Jugendliche ausrichten [müsste]. Dies bedeutet, dass sich kirchliche Träger mehr als bisher jenseits der Gymnasien engagieren



Das kirchliche Engagement im Bildungsbereich sollte sich stärker als bisher auf benachteiligte Kinder und Jugendliche ausrichten

sollten. Gleichzeitig sollten auch in den kirchlichen Gymnasien Schüler aus bildungsbenachteiligten Schichten stärker integriert und gefördert werden.“ (CG, S. 28) Hier wäre eine weitere Reflexion der Genese von Bildungungleichheit unter Schülerinnen und Schülern möglich gewesen. Mit den in der Bildungsforschung verbreiteten sozialisations- und handlungstheoretischen Argumentationsfiguren hätten die Reproduktion von Bildungsbenachteiligung bzw. die strukturellen Gerechtigkeitsprobleme des Bildungswesens in einer freiheitlichen Gesellschaft stärker thematisiert werden können. Wie kann die freiheitliche Gesellschaft im Bildungswesen die tatsächlichen Voraussetzungen schaffen, damit neben der rechtlichen Chancengleichheit wirkliche Bildungsgerechtigkeit geschaffen werden kann? Sicherlich kann eine freiheitliche Gesellschaft, die sich am Leitbild der Chancengerechtigkeit orientiert, nicht gleiche Bildungsergebnisse, sondern nur gleiche Bildungschancen zur Verfügung stellen. Damit das Leistungs- bzw. Verdienstprinzips aber aus gerechtigkeitsrechtlicher Perspektive überhaupt angewendet werden kann, ist die grundlegende Gleichheit der Möglichkeiten eine not-

wendige Bedingung, damit die individuellen Leistungen überhaupt miteinander verglichen und bewertet (das heißt immer auch benotet) werden können.

Mit der Betonung der herausragenden Stellung der Arbeit für die gesellschaftliche Teilhabe und die Ermöglichung einer freiheitlichen Lebensführung knüpfen die Autoren an eine sozialkatholische Tradition an, die auch schon im ökumenischen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ aufgenommen und unter gerechtigkeitsrelevanten Aspekten analysiert wurde. In diesem Teilstück des Papiers werden insbesondere die zukünftigen sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen deutlich. Betont wird: „Vordringliches Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es jedoch bleiben, Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, ein sozialversicherungsrechtliches Normalarbeitsverhältnis aufzunehmen.“ (CG, S. 30) Die Autoren knüpfen also an der



Arbeitslosen muss die Möglichkeit zu einem sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis gegeben werden

sozialmoralischen Grammatik bzw. an den arbeitsgesellschaftlichen Plausibilitäten der modernen Gesellschaft an. Allerdings hätten sie betonen können, dass sich die sozialstrukturellen Voraussetzungen der Arbeitsgesellschaft verändert haben und dass sich die Orientierung an einer Normalerwerbsbiographie bzw. an den Normalarbeitsverhältnissen als schwierig erweist. Insofern hätte die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen produktiver aufgegriffen werden können. Denn diese zwingt zu einer notwendigen sozialetischen Reflexion der herrschenden Arbeitsgesellschaft und der unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Strategien.

Abschließend wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

das normative Prinzip der Generationengerechtigkeit aufgegriffen und somit in die soziale Gerechtigkeit eine temporale Perspektive eingefügt. Diese Perspektive wird dann in verschiedenen Kontexten (Ökologie, Sozialpolitik, Staatsverschuldung) diskutiert und auch die Schwierigkeiten werden thematisiert. So wird mit Blick auf die ökologischen Bedingungen eine kollektive Verhaltensänderung gefordert. Es bedürfe „eines an der Nachhaltigkeit orientierten Wandels des Lebensstils und eines technischen Fortschritts, der sich an den ökologischen Erfordernissen ausrichtet“ (CG, S. 32). Sozialpolitisch wird angesichts der steigenden Lebenserwartung für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters plädiert. Allerdings kann die Lebensarbeitszeit unter Rücksicht der Belastung der unterschiedlichen Berufe sicherlich nicht undifferenziert ausgeweitet werden. Diesen Aspekt vernachlässigt das Pa-

KURZBIOGRAPHIE

Axel Bohmeyer (*1975), Dr. phil., studierte Theologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Frankfurt, Wien und Köln; seit 2006 Geschäftsführer des Berliner Instituts für Ethik und Politik, seit 2009 Professor für Erziehungswissenschaften an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Geschichte und Theorien von Bildung und Erziehung, Grundfragen der pädagogischen Anthropologie, Pädagogik der Lebensalter, Bildung und Partizipation, Ethik sozialprofessionellen Handelns/Christliche Sozialethik; aktuelle Veröffentlichungen: *Anthropologie und christliche Sozialethik. Theologische, philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge*, Münster 2010 (Herausgeber: zus. m. A. Filipović, Chr. Krauß, W. Veith); *Arbeit, Prekarität und Anerkennung: Sozial-ethische Betrachtungen*, in: Braune-Krickau/Ellinger (Hg), *Handbuch Diakonische Jugendarbeit, Neukirchen-Vluyn* 2010, S. 169–183.

pier, betont aber, dass das Renteneintrittsalter nur dann erhöht werden kann, wenn auch die Teilhabe älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt faktisch ermöglicht wird. Mit Blick auf die Vermögensvererbung wird die sozialethische Herausforderung beschrieben „gesellschaftliche Regeln zu finden, die sowohl das Recht der Erblasser zur Weitergabe ihres Vermögens als auch die damit verbundenen Verteilungsprobleme ernst nehmen. Hier liegt der Schnittpunkt von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verpflichtung.“ (CG, S. 34) Für die Autoren ist in diesem Kontext nicht eine Steuersenkung, sondern die „Ausweitung der Besteuerung – insbesondere bei sehr großen Vermögen“ (CG, S. 34) ein probates Instrument zur Herstellung von Generationengerechtigkeit.

Insgesamt bietet das Papier auf 38 Seiten einen beeindruckenden Blick auf den Status quo kirchlicher katholischer Sozialethik. Sie positioniert sich gerechtigkeitstheoretisch im Kontext einer liberalen politischen Philosophie mit starken Bezügen zur katholischen Sozialtradition und stellt sich in ihren stärksten systematischen Passagen eindeutig in die Tradition des Zweiten Vatikanischen Konzils. Die Konkretionen erinnern in ihrem abwägenden, verschiedenen Positionen würdigenden Duktus (*einerseits ... andererseits ...*) an das ökumenische Sozialwort, in dem sich ja auch die unterschiedlichen Perspektiven der am Konsultationsprozess Beteiligten niedergeschlagen haben. Dass dabei auch streitbare Thesen aufgestellt werden, liegt in der Natur der Sache – über den sukzessiven Abschied vom Prinzip der Lebensstandardsicherung, über das Renteneintrittsalter, über den aktivierenden Sozialstaat wird man weiter streiten.

Fazit

Nebeneinander betrachtet, sind die drei Impulspapiere nicht nur informativ im Hinblick auf die jeweiligen Themen. In

KURZBIOGRAPHIE

Christian Spieß (*1970), Dr. theol., 2004–2009 Wissensch. Mitarbeiter am Institut für Christliche Sozialwissenschaften in Münster und Schriftleiter des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften; seit 2008 Mitarbeiter im Exzellenzcluster ‚Religion und Politik‘ an der Universität Münster mit dem Forschungsschwerpunkt ‚Gewaltverzicht religiöser Traditionen; zusätzlich seit 2009 Gastprofessor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin sowie Mitglied des Berliner Instituts für Christliche Ethik und Politik; aktuelle Veröffentlichungen: „My religion is of interest only to me“: Rawls und die Religion – Religionsfreiheit im politischen Liberalismus, in: Chr. Spieß (Hg), *Freiheit – Natur – Religion. Studien zur Sozialethik*, Paderborn 2010, S. 513–532; *Terrorismus als Folge verweigerter Anerkennung? Rache als Reaktion auf kollektive Missachtungserfahrungen am Beispiel des Nordirlandkonflikts*, in: K. Gabriel/Chr. Spieß/K. Winkler (Hg), *Religion – Gewalt – Terrorismus. Religionssoziologische und ethische Analysen*, Paderborn 2010, S. 47–66.

verschiedenen Stilen und Argumentationsweisen sowie ganz unterschiedlichen Ansprüchen an systematische Klarheit und Aussagekraft, teils ausführlich und weit ausgreifend, teils knapp und präzise argumentierend, bieten die Papiere auch ein Bild großer Heterogenität kirchlich-theologischer Ethik, die man freilich – sozusagen mit dem Impulspapier „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ – auch als erfreulichen innerkirchlichen und innertheologischen Pluralismus der Diskurskulturen begrüßen kann, der der Ausweitung der Freiheitsspielräume geschuldet ist.



Joachim Wiemeyer: Growth – Primary Target of the Economy? Questions from the Viewpoint of the Church's Social Preaching

The Church's social preaching is critical of a pure growth orientation of the economy. In her view, the entire social life must not be dominated by economic thinking relevant and according conduct, so that intellectual-cultural values step back and the social capital of a society is at risk. A fair distribution of the produce, ecological considerateness and working conditions consistent with human rights standards have such a high importance that for them even a growth retardation is acceptable. Even developing countries should not direct their development towards technocratic-economic criteria alone.

Hervé Pierre Guillot: How can Quality of Life and Affluence be Measured? On the Methods and Consequences for European Politics

Despite being universally used to measure economic performance, Gross Domestic Product (GDP) has shown its limits when trying to evaluate quality of life and well-being. This article first presents various attempts recently carried out in academic circles (Stiglitz Commission), or in international organisations (the UN, the OECD and the Council of Europe) to conceptualise well-being and develop new, specific indicators to measure and monitor it. In a second part, the article focuses on the various ways quality of life and well-being of Europeans have progressively been integrated in the "policy cycle" of the EU, whether it be within the framework of the Lisbon strategy and EU2020, or within the framework of initiatives like the "Beyond GDP" Conference or the European Quality of Life Survey carried out by Eurofound.

Johannes Hirata: The Science of Well-Being and Economic Policy. Growth and Prosperity in a new Perspective

Economic Growth still plays a dominant part as a goal and measure for societal development. This must actually baffle the impartial observer: On the one hand a large majority seems to accept this goal as a given without making the effort to justify it in detail. On the other hand there are a growing number of critics. For some decades now they have named a whole array of convincing reasons why economic growth is a highly dubious goal. Where does this discrepancy stem from? Are the arguments against the issue not sufficiently compelling? Do the critics overlook the true worth of economic growth? Or do the theory's proponents simply don't understand that the economy has to serve the purpose of well-being and not the other way round? In the following the attempt is made to answer these questions from a science of well-being's perspective. Thereby it is possible to show its role in economic policy and describe the contribution which this science can make in the societal discourse on growth and affluence.

Michael Schramm: The Capability Approach. On the Way towards Integrative Economic Indicators

For almost two centuries now we live in a world of enormous economic growth. It has in the affluent countries overcome hunger but now has reached its ecological limitations. For some years now it has been discussed how the traditional indicator Gross Domestic Product (GDP) can be supplemented in order to come to a more integrative measurement of affluence. In this, next to the productive economic performance the quality of life of the population as well as the sustainability of economic activity will be taken into consideration. The general aim of this measuring the indicators is the Ca-

pability Approach (Amartya Sen). Christian Social Ethics can only welcome this debate. For religions have always kept alive the awareness for the fact that "man does not live on bread alone" and that a thriving life consists of material values, but not exclusively.

Digital Media Society – Sustainable Energy Supply – Equal Opportunities Society. Three Current Discussion Papers on the German Bishops' Conference – presented and commented on by Axel Bohmeyer und Christian Spieß

During the recent weeks two commissions of the German Bishops' Conference have presented three discussion papers. Of particular significance of the social-ethical discourse should be the one on "Equal Opportunities Society. Guideline for a liberal order", published on 27 June 2011. Responsible for it is the commission for societal and social issues of the German Bishops' Conference. It contains an up to date definition of social ethics – fourteen years after the ecumenical social paper "For a future in solidarity and justice" and after two highly contentious statements in between. The same commission published an environmental-ethical discussion paper aimed at a sustainable supply of energy. Moreover, the media commission of the Conference have issued a media-ethical discussion paper directed towards the uses of the internet. These two papers are related to earlier texts but also address new important issues.



Joachim Wiemeyer: La croissance – premier objectif de l'économie? Questions à poser du point de vue de l'enseignement social de l'Eglise

L'enseignement social de l'Eglise se méfie de l'idée d'orienter l'économie vers la seule croissance. Selon lui, l'ensemble de la vie sociale ne doit pas être dominée par des conceptions et des comportements dictés par l'économie. Cela reviendrait à réléguer au second plan les valeurs spirituelles et culturelles et à menacer le capital humain de la société. Une répartition équitable du produit social, la prise en compte des exigences écologiques et des conditions de travail conformes aux droits de l'homme sont d'une telle importance que, pour les réaliser, il est justifié d'accepter une croissance moindre. Les pays en voie de développement, eux aussi, ne devraient pas concevoir leur développement uniquement selon des critères technocratiques et économiques.

Hervé Pierre Guillot: Comment mesurer la qualité de vie et le bien-être? A propos des méthodes et des conséquences sur la politique européenne

Malgré son usage universel pour mesurer les performances économiques, le Produit Intérieur Brut (PIB) a montré ses limites lorsqu'il s'agit d'évaluer la qualité de vie ou le bien-être. Cet article présente, d'abord, divers travaux récents réalisés dans des cercles universitaires, (Commission Stiglitz), ou dans des organisations internationales (ONU, OCDE ou Conseil de l'Europe) pour conceptualiser la notion de bien-être et développer des indicateurs nouveaux et spécifiques de mesure et de suivi. Dans une seconde partie, l'article se concentre sur les diverses manières dont la qualité de vie et le bien-être des Européens ont progressivement été intégrés dans le « cycle politique » de l'UE, que ce soit dans le cadre de la stratégie de Lisbonne ou celui de la

stratégie EUROPE 2020, ou encore dans le cadre d'initiatives comme la Conférence « Au-delà du PIB » ou l'*Etude sur la Qualité de Vie* Européenne menée par Eurofound.

Johannes Hirata: La recherche sur le bonheur et la politique économique. Un nouveau regard sur la croissance et le bien-être

La croissance continue de jouer un rôle dominant comme objectif et mesure de la vie sociale. Voilà de quoi surprendre l'observateur neutre. D'une part, une majorité semble reconnaître cet objectif comme une évidence quitte à se donner la peine de le justifier en détail. D'autre part, le groupe des esprits critiques augmente de plus en plus. Depuis des décennies, ils avancent tout un arsenal d'arguments solides pour prouver que la croissance est un objectif extrêmement douteux. D'où vient cette divergence? Les arguments contradictoires ne sont-ils pas suffisamment contraignants? Les critiques ne mesurent-ils pas la vraie valeur de la croissance? Ou bien les partisans de la croissance ne veulent-ils pas comprendre que c'est l'économie qui doit servir le bonheur et pas l'inverse. L'article cherche à clarifier ces questions sous l'angle de la recherche sur le bonheur. Ainsi il devient possible de démontrer le rôle de celle-ci dans la politique économique ainsi que la contribution qu'elle peut apporter au débat sur la croissance et le bien-être.

Michael Schramm: Rendre capable de réussir pleinement sa vie. En route vers des indicateurs économiques intégrant

Depuis à peu près deux siècles, nous vivons dans un monde marqué par une croissance économique inouïe. Tout en ayant vaincu la faim dans les pays devenus riches grâce à elle, celle-ci se heurte aujourd'hui à des limites écologiques.

Ainsi, depuis quelques années, on discute de la question à savoir comment compléter l'indicateur traditionnel du bien-être, le produit intérieur brut (PIB) pour parvenir à une évaluation plus intégrante du bien-être. Dans cette perspective, il faut tenir compte non seulement de la performance économique productive, mais également de la qualité de vie des hommes et de la durabilité de notre mode de production. L'objectif général de l'évaluation basée sur ces indicateurs concerne la « capacité » de mener une vie pleinement humaine (Amartya Sen). Du point de vue de l'éthique sociale chrétienne il faut saluer le fait que ce débat ait lieu. Car les religions n'ont cessé d'éveiller les consciences sur le fait que l'homme ne vit pas seulement de pain et qu'une vie pleinement réussie se fonde bien-sûr mais pas exclusivement sur des valeurs matérielles.

La société médiatique et numérique – un approvisionnement en énergie durable – « chancengerechte Gesellschaft » (une société qui donne à chacun sa chance) La Conférence épiscopale allemande vient de publier trois documents de réflexion – présentés et commentés par Axel Bohmeyer et Christian Spieß

Au cours de la semaine passée, deux commissions de la Conférence épiscopale ont présenté trois documents. Parmi eux, celui paru le 27 juin 2011, intitulé « Chancengerechte Gesellschaft », image normative d'un ordre social basé sur la liberté « paraît être d'une importance particulière pour le débat éthico-social. Ce texte fut élaboré par la Commission des questions sociales de la Conférence épiscopale. Il fait le point sur les positions actuelles en matière d'éthique sociale, quatorze ans après la déclaration oecuménique « Pour un avenir dans la solidarité et la justice » et après deux prises de

position très controversées, parus entretiens. Sur le plan de l'éthique environnementale, la même commission a publié un texte qui traite de l'approvi-

sionnement en énergie durable. En ce qui concerne l'éthique des médias, la Commission pour les médias vient de sortir un papier qui concerne en particulier l'In-

ternet. Ces deux textes enchaînent sur des documents antérieurs, mais apportent aussi d'importants points de vue nouveaux.

SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

4/2006	Markt für Werte (vergriffen)	3/2009	Caritas in veritate
1/2007	Lohnt die Arbeit?	4/2009	Wende ohne Ende?
2/2007	Familie – Wachstumsmittelpunkt der Gesellschaft?	1/2010	Gerechte Energiepolitik
3/2007	Zuwanderung und Integration	2/2010	Steuern erklären
4/2007	Internationale Finanzmärkte (vergriffen)	3/2010	Neue Generation Internet – grenzenlos frei?
1/2008	Klima im Wandel	4/2010	Agrarpolitik und Welternährung
2/2008	Armut/Prekariat	1/2011	Zivilgesellschaft
3/2008	Gerüstet für den Frieden?	2/2011	LebensWert Arbeit
4/2008	Unternehmensethik	3/2011	Wohlstand ohne Wachstum?
1/2009	Wie sozial ist Europa?		
2/2009	Hauptsache gesund?		

VORSCHAU

Heft 4/2011
Schwerpunktthema: Soziale Marktwirtschaft für Europa

Heft 1/2012
Schwerpunktthema: Religionspolitik

Heft 2/2012
Schwerpunktthema: Was dem Frieden dient

